

**Wir nehmen die Herausforderung an!**

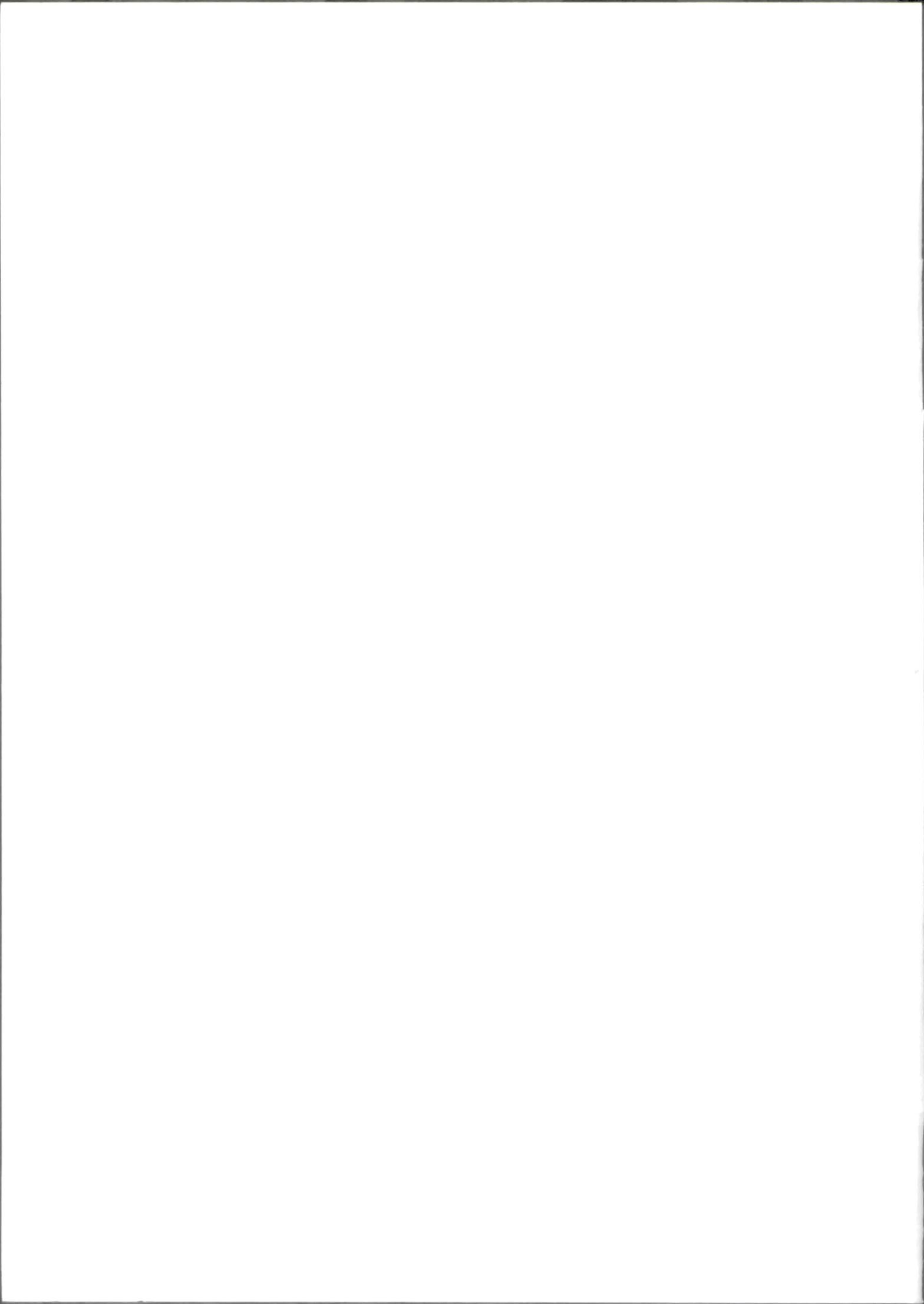


**CDU**

**11. Parteitag Bonn 1998**

**Bericht der  
Bundes-  
geschäftsstelle**

Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs



# **Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs**

---

**11. Parteitag der CDU Deutschlands  
7. November 1998, Bonn**

---



# Inhalt

	Seite
<b>Vorwort</b>	5
<b>1. Wahlkämpfe</b>	6
<b>1.1 Bundestagswahlkampf</b>	6
1.1.1 Konzept und Strategie	6
1.1.2 Zukunftsprogramm und Wahlplattform	7
1.1.3 Die politischen Kampagnen des Wahlkampfes	8
1.1.4 Instrumente des Wahlkampfes	10
1.1.4.1 Kandidatenservice	10
1.1.4.2 Verteilmaterialien	11
1.1.4.3 Beihefter und Zeitungsflugblatt, NBI	15
1.1.4.4 Insertionen	16
1.1.4.5 Plakatierung	17
1.1.4.6 Fernseh- und Hörfunkwerbung	19
1.1.4.7 Union-Magazin	19
1.1.4.8 Union in Deutschland	20
1.1.4.9 Pressearbeit	20
1.1.4.10 Elektronische Medien	21
1.1.4.11 CDU Hotline	22
1.1.5 Veranstaltungen	23
1.1.5.1 Auftaktveranstaltung Dortmund	23
1.1.5.2 Kundgebungen des Parteivorsitzenden	23
1.1.5.3 Kundgebungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden	25
1.1.5.4 Bundesrednereinsatz	25
1.1.5.5 Mandats- und Funktionsträgerkonferenz Ost	25
1.1.5.6 Regionalkonferenzen	26
1.1.5.7 Innovationskongreß	27
1.1.5.8 Extremismus-Kongreß	28
<b>1.2. Landtagswahl Niedersachsen</b>	29
<b>1.3. Landtagswahl Sachsen-Anhalt</b>	33
<b>1.4 Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern</b>	35

<b>2.</b>	<b>Parteigremien</b>	<b>37</b>
2.1	Bundesparteitag Bremen	37
2.2	Präsidium	38
2.3	Bundeschvorstand	41
2.4	Landesgeschäftsführerkonferenz	43
2.5	Bundesfinanzkommission	44
2.6	Bundesparteigericht	44
2.7	Bundesfachausschüsse	45
<b>3.</b>	<b>Mitgliederentwicklung</b>	<b>64</b>
<b>4.</b>	<b>Sonstige Dienstleistungen und Aktivitäten</b>	<b>67</b>
<b>5.</b>	<b>Politischer Arbeitskalender</b>	<b>69</b>
<b>6.</b>	<b>Wahltermine 1999</b>	<b>77</b>

## Vorwort

Der vorliegende Bericht der Bundesgeschäftsstelle an die Delegierten des 11. Parteitages umfaßt den Zeitraum von Herbst 1997 bis Herbst 1998.

Unser Dank gilt all den vielen Wahlkämpfern der CDU, die vor Ort mit großem Engagement und hoher Motivation für unsere Sache gekämpft haben. Hier sind Spitzenleistungen erbracht worden, die kaum zu steigern sein werden. Auch wenn uns bei dieser Wahl der Erfolg versagt blieb, dürfen wir stolz sein auf das, was wir miteinander in diesem Wahlkampf geleistet haben. Wir haben bei schwieriger Ausgangslage eine große Binnenmobilisierung erreicht und von über 17 Millionen Wählern das Vertrauen bekommen. Unser Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses, die alles daran gesetzt haben, mit deutlich weniger finanziellen Mitteln als sie der politischen Konkurrenz zur Verfügung standen, einen engagierten Wahlkampf zu gestalten.

Der 11. Parteitag markiert eine deutliche Zäsur in der Geschichte der CDU. In großer Dankbarkeit blicken wir zurück auf die 25jährige Amtszeit unseres scheidenden Parteivorsitzenden. Helmut Kohl hat die CDU geprägt, er hat sie immer wieder reformiert und modernisiert, er hat sie zu vielen politischen Höhepunkten und Erfolgen geführt. Sein Name wird über seine Zeit als Vorsitzender hinaus eng mit dem verbunden bleiben, was die Christlich Demokratische Union für unser Land bedeutet.

Wir blicken auf diesem Parteitag entschlossen nach vorne. Die Europawahl, sieben Landtagswahlen und zahlreiche Kommunalwahlen im nächsten Jahr sind Herausforderung und Chance zugleich. Wir haben die Möglichkeit, klar profilierte Konturen ohne Rücksichtnahme auf Koalitionspartner herauszustellen. Wir werden den Wählerauftrag umsetzen, der uns die Aufgabe zuweist, die Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit rot-grüner Politik immer wieder aufzuzeigen. Auf der Grundlage unserer bewährten Grundsätze werden wir hart arbeiten und wieder die Themen und Begriffe der öffentlichen Debatte in Deutschland prägen. Die Rückkehr in die Regierungsverantwortung im Bund führt über die Kommunen und Länder. Wir nehmen die Herausforderung an.

Mit der personellen Erneuerung muß auch eine organisatorische Reform unserer Arbeit einhergehen. Wo in den Belastungen der zurückliegenden Wahlkämpfe Schwachstellen sichtbar geworden sind, muß jetzt für rasche Abhilfe Sorge getragen werden. Dies gilt insbesondere für strukturelle Defizite, die nur durch weitreichende Maßnahmen aufgefangen werden können. Hier wird die Solidarität der ganzen CDU gefordert sein, um ein Höchstmaß an organisatorischer und politischer Schlagkraft in allen Gliederungen sicherstellen zu können. Die CDU begibt sich mit dem 11. Parteitag auf eine außerordentlich schwierige Wegstrecke. Aber wir sind davon überzeugt: sie hat alle Voraussetzungen, als erneuerte politische Kraft erfolgreich zu arbeiten und neues Vertrauen zu gewinnen.



Peter Hintze



Christian Dürig

# 1. Wahlkämpfe

## 1.1 Bundestagswahlkampf

Die Bundestagswahl 1998 fand in einem äußerst ungünstigen politischen Meinungsklima für die Union statt. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1996 schlug die politische Stimmung zugunsten von Rot-Grün um, so daß sich sowohl die Union im Vergleich zur SPD als auch die christlich-liberale Regierungskoalition im Vergleich zu Rot-Grün in der Defensive befand. Besonders kritisch wurde die Situation nach der Niedersachsenwahl am 1. März und der darauf folgenden Nominierung von Gerhard Schröder zum Kanzlerkandidaten der SPD. Rot-Grün konnte in der politischen Stimmung (Politbarometer) einen Vorsprung von bis zu 25 Prozentpunkten erreichen und in der Sonntagsfrage einen Vorsprung von bis zu vierzehn Prozentpunkten. Zum Zeitpunkt des Bremer Parteitages vom 18. bis 19. Mai 1998 lag die Union in den relevanten Daten nahezu aussichtslos zurück.

Durch das Geschlossenheits- und Aufbruchsignal des Bremer Parteitags sowie die darauf einsetzenden verstärkten Wahlkampfaktivitäten gelang es der Union, verlorengegangene Boden gutzumachen. In der Woche vor der Wahl erreichten die Zustimmung für Bundeskanzler Helmut Kohl sowie die Zufriedenheit mit der Regierung ihre Jahreshöchstwerte. Die Zahl der Befürworter eines Regierungswechsels sank von Mai bis September von 71 auf 58 Prozent. Erwarteten im Mai noch 71 Prozent einen Wahlsieg von Rot-Grün, so waren es kurz vor der Wahl nur noch 46 Prozent. Die Siegeserwartung zugunsten der christlich-liberalen Koalition stieg im gleichen Zeitraum auf 37 Prozent. Dementsprechend war die politische Stimmung zugunsten der Union kurz vor der Wahl so günstig wie seit zwei Jahren nicht mehr.

Der Stimmungsumschwung, der vier Monate vor der Wahl einsetzte, startete von einem sehr niedrigen Niveau, so daß es letztlich trotz erheblicher Anstrengungen nicht mehr gelang, den Vorsprung von Rot-Grün einzuholen.

Die deutliche Stimmungsverbesserung ist das Ergebnis eines von allen Beteiligten engagiert geführten Wahlkampfes. Viele Tausende von ehren- und hauptamtlichen Wahlkämpfern haben trotz der äußerst komplizierten Ausgangsposition mit hohem Einsatz und mit Überzeugungskraft um jede Stimme geworben. Dies führte zu einer starken Mobilisierungswirkung innerhalb der Anhängerschaft der Union.

### 1.1.1 Konzept und Strategie

Die Wahlkampfführung stand vor der Herausforderung, eine äußerst ungünstige, bereits seit Ende 1996 bestehende Stimmungslage umzukehren. Ein Strategiepapier der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom November 1997 vermerkte hierzu: „In der derzeitigen Situation neigen die Deutschen eher zu Skepsis. Die Menschen erkennen und bejahen den politischen Änderungsbedarf, beklagen zeitweise sogar die mangelnde Geschwindigkeit in der Umsetzung von Reformen, die individuelle Bereitschaft zur Veränderung und zu finanziellen Opfern ist hingegen äußerst schwach ausgeprägt.“ In dem Papier wurde ein starker Wunsch der Deutschen nach Stabilität und Führung festgestellt und

die Schlußfolgerung gezogen, daß es vor diesem Hintergrund aus der Sicht der Union im Wahljahr 1998 vor allem Vertrauen und Optimismus zu erzeugen gelte.

Daraus wurden vier zentrale Elemente des Wahlkampfes 1998 entwickelt.

**Die Aufschwungkampagne:** Bereits 1997 konnte mit einer verbesserten wirtschaftlichen Situation im Jahr 1998 gerechnet werden. Auch wenn die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt noch nicht genau abgeschätzt werden konnten, war es doch möglich, mit einiger Sicherheit eine Trendwende für den Arbeitsmarkt zu prognostizieren. Es galt daher, „die bessere wirtschaftliche Situation mit dem Handeln der Regierung Kohl in Verbindung zu bringen“. Das Strategiepapier stellt weiter fest: „Um dies deutlich zu machen, braucht die CDU Verbündete. Es wird daher ein enger Schulterschuß mit der Wirtschaft und den moderaten Gewerkschaften angestrebt.“

**Die Richtungswahl:** Das Strategiepapier vom November 1997 bezeichnet es als „von hoher strategischer Bedeutung“, daß sichtbar wird, daß der Aufbruch zu mehr Arbeitsplätzen „nur aus der politischen Mitte kommen kann, die von der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP gebildet wird... Die klare Unterscheidung zwischen der politischen Mitte auf der einen Seite, die für Freiheit, Sicherheit und Modernität steht, und dem Risiko einer SPD-geführten Bundesregierung, charakterisiert durch Desorientierung, Technologie- und Reformfeindlichkeit auf der anderen Seite muß konsequent herausgearbeitet werden.“

**Der Stabilitätsanker:** Die Menschen verbinden mit der Union traditionell Stabilität und Sicherheit. Es galt also, die Union als die Kraft zu profilieren, die in 16 Regierungsjahren stets über genügend Veränderungskraft verfügte, um auf neue Fragen neue Antworten zu geben, ohne dabei den Stabilitäts- und Sicherheitsgedanken zu vernachlässigen. Ziel war es, die Zukunft der politischen Stabilität, des wirtschaftlichen Wohlstandes und der sozialen Sicherheit untrennbar mit der Fähigkeit für Reformen und für Innovation zu verbinden.

**Die Kanzlerkampagne:** Die Wahlkampfführung setzte sich zum Ziel, in der Schlußphase des Wahlkampfes den Bundeskanzler als den Garanten für Vertrauen, Stabilität und Veränderungskraft zu präsentieren und damit seine Persönlichkeit ins Zentrum der personalen Auseinandersetzung zu rücken.

### **1.1.2. Zukunftsprogramm und Wahlplattform**

Die inhaltlichen Aussagen wurden im auf dem Bremer Parteitag verabschiedeten Zukunftsprogramm der CDU sowie in der auf drei Pressekonferenzen vorgestellten gemeinsamen Wahlplattform von CDU und CSU festgelegt. Beide Papiere positionieren die CDU als eine moderne zukunftsorientierte Volkspartei der Mitte, die ihre politischen Schwerpunkte in der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, der Sicherheit der Bürger, des Vorrangs für den Aufbau Ost sowie der Wahrung des Friedens und der weiteren Integration Europas sieht.

Das Zukunftsprogramm der CDU wurde in einer Kommission unter Leitung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, erarbeitet. Der Entwurf der Kommission wurde vom Bundesvorstand einstimmig gebilligt und vom Bremer Parteitag beschlossen. Sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit erntete das Zukunftsprogramm viel Anerkennung für sein Bemühen, die gesellschaftlichen Veränderungen in allgemein nachvollziehbarer Sprache zu analysieren und daraus wegweisende Antworten für die zukünftige Gestaltung abzuleiten.

Das Zukunftsprogramm der CDU sowie mehrere vom kleinen Parteitag der CSU beschlossene Fachprogramme bildeten die Grundlage für die gemeinsame Wahlplattform von CDU und CSU.

Die Wahlplattform wurde der Öffentlichkeit in drei Pressekonferenzen am 27.7.1998 in München, am 3.8.1998 in Schwerin sowie am 12.8.1998 in Bonn vorgestellt.

In München wurden die Kapitel zum ländlichen Raum sowie zur inneren Sicherheit vorgestellt. In Schwerin stand die Sozialpolitik und der Aufbau Ost im Vordergrund. In Bonn standen die Europa- und Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt.

### **1.1.3. Die politischen Kampagnen des Wahlkampfes**

#### *Die Aufschwungkampagne*

Nachdem sich im Mai erstmals die Arbeitsdaten für ganz Deutschland aufhellten, startete die CDU mit ihrer Aufschwungkampagne. Ziel war es, die Bedeutung der von der Regierung eingeleiteten Reformpolitik für die Schaffung neuer Arbeitsplätze deutlich zu machen. Aus der Sicht der CDU gehören die Themen „Wirtschaft“ und „Beschäftigung“ zusammen. Damit vertritt die CDU einen anderen Ansatz für die Beschäftigungspolitik als die SPD, die die Frage der Verteilung vorhandener Arbeit in den Vordergrund stellt.

Zunächst war von zentraler Bedeutung, daß sich nach zwei schwierigen Jahren mit sich verschlechternden Arbeitsmarktdaten das Bewußtsein durchsetzte, durch einen wirtschaftlichen Aufschwung die Trendwende am Arbeitsmarkt erreicht zu haben. Es galt ferner, deutlich zu machen, daß der Aufschwung das Ergebnis der Reformpolitik der Bundesregierung ist und ein Regierungswechsel mit den angekündigten Rücknahmen der Reformen das Erreichte wieder in Frage stellen würde.

Die Ziele der CDU wurden insofern erreicht, als sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in der Bevölkerung von Monat zu Monat verbesserte und der Optimismus stetig zunahm. Ab August 1998 bekamen erstmals auch die Optimisten in den neuen Bundesländern wieder die Oberhand über die Pessimisten. Die Folge war, daß in der Schlußphase des Wahlkampfes die CDU die Wirtschaftskompetenz deutlich zurückgewonnen hatte. Allerdings verblieb die Beschäftigungskompetenz bei der SPD, was in der besonderen Situation der Bundestagswahl 1998 unweigerlich dazu führte, daß die CDU auch die Zukunftskompetenz nicht mehr zurückgewinnen konnte.

Im Verlust der Beschäftigungskompetenz wird letztlich ein nicht unwesentlicher Grund für das Wahlergebnis zu suchen sein.

### *Die Richtungswahlkampagne*

Das Element der Richtungswahl sollte zum einen verdeutlichen, daß durch eine SPD-geführte Bundesregierung die Erfolge der bestehenden Regierungskoalition gefährdet würden, zum anderen, daß es die „SPD pur“ oder die „brave SPD“ mit einem „Neue-Mitte-Kanzler“ Schröder nicht geben werde. Besonders zwischen März und Mai 1998, als sich die SPD in einem absoluten Stimmungshoch befand, mußte sich die Angriffsstrategie der CDU unvermeidlich auf die Bündnispartner richten. Die Alternative zur bestehenden Regierung bedeutet Rot-Grün, unter Umständen sogar ein rot-grün-dunkelrotes Bündnis. „Rot-Grün ist gleich Risiko für Deutschlands Zukunft“. Das sollte in die Köpfe.

Diesem Richtungswahlgedanken diene die Aktion „Fünf-Mark-Benzin“. Keine andere politische Forderung der Grünen bringt den Grundcharakter grüner Politik derart auf den Punkt wie die Benzinpreisdiskussion. Diese Forderung war keineswegs neu. Auch 1994 stand sie bereits im grünen Wahlprogramm. Nachdem die CDU die Thematik aufgegriffen hatte, wurde sie zum Dauerthema. In der Folge haben sich die Umfrageergebnisse für die Grünen halbiert, sowohl in der politischen Stimmung als auch bei der Sonntagsfrage.

Das Rote-Hände-Plakat ist entstanden als Antwort auf die Regierungsbildung in Magdeburg. Wie aktuell die Thematik der Zusammenarbeit von SPD und PDS war, ist nun auch in Schwerin zu beobachten.

Beide Kampagnen hatten unter Kritik zu leiden, wobei im Nachhinein festgestellt werden kann, daß beide Kampagnen erfolgreich waren.

62 Prozent der Befragten trauten Schröders Zusage nicht, sich keinesfalls mit Stimmen der PDS zum Bundeskanzler wählen zu lassen. Kurz vor der Wahl gaben fast 60 Prozent an, Rot-Grün wäre ein Risiko für den Aufschwung, und über 50 Prozent sahen in einer rot-grünen Bundesregierung Gefahren für die Arbeitsplätze.

Das heißt, die Kampagnen haben ihren Zweck erfüllt. Ihre Wirkungsfähigkeit war jedoch aufgrund der Perspektive für eine große Koalition stark begrenzt.

Dadurch konnte das zweite Element, also der Stabilitätsgedanke, seine Wirkung nicht voll entfalten. „Sicherheit statt Risiko“ war die Verbindung der Richtungswahl mit dem Stabilitätsgedanken. Rot-Grün wurde als Risiko betrachtet. Die rot-grüne Perspektive war bei einer Mehrheit jedoch nicht vorhanden. Vor allem die sogenannten Wechselwähler setzten eher auf eine große Koalition. Mit ihr verbanden die Menschen allerdings nicht das Risiko von Energiesteuern, doppelter Staatsangehörigkeit und arbeitsmarktfeindlichen Maßnahmen in der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik.

### *Die Kanzlerkampagne*

Die CDU-Strategie hatte von Anfang an darauf gesetzt, in der Schlußphase eine starke Kanzlerkampagne zu entfachen. In der personalen Auseinandersetzung sollten die Stärken des Bundeskanzlers „Vertrauen, Stabilität und Erfahrung“ herausgestellt werden, ohne die Wahl zu einer Abstimmung über Personen werden zu lassen. Wahlentscheidend sollten nicht nur die Personen sein, sondern vor allem die politische Richtung, für die die jeweilige Person steht.

Die Aktion „Keep Kohl“ hat zur Mobilisierung unserer Anhänger beigetragen. Darüber hinaus deutete sie an, daß die CDU mit modernen und fröhlichen Stilelementen umzugehen weiß.

Schließlich hat auch der Auftritt „Weltklasse für Deutschland“ die positiven Eigenschaften, die dem Kanzler zugeordnet werden, deutlich unterstützt.

Die logische Folge des Wahlkampfes der CDU sowie die zunehmende Fehlerneigung der Gegenseite führten dazu, daß sich Helmut Kohl bei der Kanzlerpräferenz dem SPD-Kandidaten wieder annähern konnte.

#### **1.1.4 Instrumente des Wahlkampfes**

##### **1.1.4.1 Kandidatenservice**

Die Bundesgeschäftsstelle hat die 283 Bundestagskandidatinnen und -kandidaten ab dem Tag ihrer Nominierung betreut. Ab Januar wurde in der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit für die Bundestagskandidaten und CDU-Verbände ein ständig besetztes „Kandidatentelefon“ (02 28/5 44-4 00) eingerichtet. Dieses Telefon stand allen Kandidatinnen und Kandidaten sowie ihren persönlichen Mitarbeitern zur Verfügung und wurde vor allem zur Beratung in Fragen der Wahlkampfführung in Anspruch genommen.

Zu den allgemeinen Leistungen des Kandidatenservice gehörten die regelmäßige Aussendung von Informationsmaterial, ein Fotoservice für Portraits, die Erstellung und Produktion von Kandidatenprospekten sowie die Produktion von Kandidatenplakaten und schließlich das Angebot eines Sortiments unterschiedlicher persönlicher Sympathiewerbemittel. Intensiv genutzt wurde auch das Angebot, in Bonn gemeinsame Fotos mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl für den Kandidatenprospekt erstellen zu lassen.

Darüber hinaus hat die Bundesgeschäftsstelle neben dem Werbemittelkatalog und dem Wahlkampfhandbuch noch organisatorische Tips für den Wahlkampf und Vorschläge für Aktionen während der Sommerferien herausgebracht.

### *KandiNet*

Mit dem „KandiNet“ hat die Bundesgeschäftsstelle im Februar 1998 einen neuen parteiinternen Informations- und Kommunikationsdienst für die Bundestagskandidaten und ihre Mitarbeiter eingerichtet. In diesem nur mit Paßwort zugänglichen Angebot im Internet wurde Wahlkampfmaterial für

die Kandidaten zur Verfügung gestellt: Textmaterial, Argumentationshilfen, Redebausteine, Termine, Werbemittel, aktuelle Gegner-Informationen, Formulierungshilfen, Gestaltungshilfen (Werbeline), Flugblätter zum download, Kandidaten-Informationen, E-Mail-Adressen, Ansprechpartner für Fachfragen etc. Die monatlichen Zugriffszahlen stiegen bei rund 300 Zugangsberechtigten von 2.038 im Mai 1998 auf rund 6.000 Zugriffe im August 1998.

Das KandiNet bot die Möglichkeit, eilige Informationen und Aufrufe an Basis und Kandidaten zu richten, auf aktuelle Situationen schnell zu reagieren (z.B. Musterantworten auf Wahlprüfsteine); das Material konnte zu jeder Zeit direkt aus dem Netz geladen und weiter bearbeitet werden. Zudem diente es als Forum zum Austausch von Erfahrungen und Anregungen, Äußerung von Wünschen und Anfragen an die Bundesgeschäftsstelle.

#### **1.1.4.2 Verteilmaterialien**

Die CDU hat für den Bundestagswahlkampf zahlreiche Publikationen und Wahlkampfmaterialien herausgebracht. Dazu gehörten das „Handbuch der politischen Argumentation“, 40 Faltblätter zu verschiedenen Themen, 38 Broschüren, ein Argumentationskarten-Set zu 47 Themen sowie die CD-ROM „Politisches Lexikon“.

Insgesamt sechs Ausgaben der Flugblattvorlage „Deutschland am Wochenende“ sind in der heißen Wahlkampfphase erschienen. „Deutschland am Wochenende“ war die Fortsetzung des seit Jahresbeginn über den Uid angebotenen Flugblattendienstes „Das Wichtigste der Woche“.

Auflagen der wichtigsten Wahlwerbemittel:

#### *Informationsmaterial*

Schulheft Schröder	191.010
Wahlplattform	155.960
Zukunftsprogramm	133.000
Informationen für Aussiedler	74.435
Erstwählerprospekt	55.550
Schlußlicht, Kurzfassung	42.400
Der rot/grüne Kandidat	32.800
Politik für Arbeitnehmer	31.100
Kassenbücher: Bündnis-90/Die Grünen	30.700
Grundsatzprogramm	25.950
Verdeckte Verführung, Kurzfassung	25.075
Zehn Gründe gegen Rechtsradikale	21.970
Kassenbuch: SPD-Programm	18.100
Euro für Kids	16.750

Frauen-Union - Lernen Sie uns kennen	14.200
Leistungsbilanz 94-98	13.250
Mach mit in der Senioren-Union	11.600
Der EURO	11.375
100 Tage Schröder	10.570
Schröder, Widersprüche...	6.600
Verdeckte Verführung, Dokumentation	6.000
CDU-Statut	5.190
Schlußlicht, Dokumentation	4.927
Leitfaden: Neuer Aufschwung	4.745
Wolfgang Schäuble, Rede 10. Parteitag	3.875
Das Versagen der SPD	3.500
Nie wieder Sozialismus	3.425
Bündnis 90, Die Grünen	3.350
Helmut Kohl, Rede 10. Parteitag	3.000
Rentenreform	2.905
Handbuch zur politischen Argumentation	2.700
Wachstum, Wohlstand, ...	2.200
Steuerreform	1.915
Leitfaden: Verbrechensvorbeugung	1.810
Aufbau Ost	1.025
Soziale Marktwirtschaft	750
Peter Hintze, Rede 10. Parteitag	675

### *Faltblätter*

Sieben gute Gründe	450.495
Argumente zur Bundestagswahl 98	192.000
Handeln für mehr Sicherheit	128.550
Zukunftschancen	88.550
Soziale Sicherheit	80.600
Solide Finanzen	80.050
Arbeitsmarkt	77.850
Euro	77.300
Senioren	71.450
Bildung für die Zukunft	68.300
Standort Deutschland	67.900
Reformen für meine Zukunft	64.900
Politik für Frauen	63.250

Zeitungsfaltblatt Neuer Aufschwung...	63.250
Ausbildung	59.300
Damit das Land nicht rot wird	57.900
Gesundheitsreform	52.800
Umwelt und Energie	49.700
Innovationen	49.100
Mittelstand	48.400
Landwirtschaft	47.500
Leistungen für Familien	44.900
Sicherheit für die Zukunft	43.250
Leistungen für Frauen	42.850
Unsere Bundeswehr	31.100
Das bringt uns die EU	30.500
Aufschwung Ost	27.550
Argukarten-Set zur Bundestagswahl	23.275
Erfolgreiche Sportpolitik	22.750
Der Euro - Chance für den Mittelstand	21.600
Frauen-Rente	19.100
Zeitungsfaltblatt: EURO	17.150
Stimmen zum Euro	15.700
Erfahrung ist gefragt	12.204
Wassersparbuch	10.200
Anwalt und Partner der Senioren	8.700
Frauen und Rente	7.500
Mitentscheiden - Mitverantworten	7.500
Klimaschutz	6.100
Reformen	3.500
5 gute Gründe für die Steuerreform	3.000
	<hr/>
	2.337.574

*Materialien zum Eindrucken*

Diverse Rednerankündigungsplakate	84.990
-----------------------------------	--------

*Poster und Plakate*

Sicherheit statt Risiko	400.000
Weltklasse für Deutschland	311.795
Familie wählen!	109.465
Aufschwung wählen!	106.040

Frieden wählen!	101.750
Sicherheit wählen!	96.050
Blühende Landschaften wählen!	80.970
SPD/PDS - Wir sind bereit! (Rote Hände)	26.983
Neuer Aufschwung	26.050
Fit für Europa	11.800
Lass Dich nicht anzapfen	1.400

### *Aufkleber*

Aufkleber „keep Kohl“	188.800
Aufkleber- Erkennungszeichen	102.400
Aufkleber- 5 DM Benzin	102.100
Aufkleber „Deutschlandfahne“	24.000

### *Sympathiewerbemittel*

Luftballon bunt sortiert	1.275.500
Fußball-WM-Kalender	827.730
Papierfähnchen	318.500
Kugelschreiber	274.168
Bleistifte	264.700
Rubbelkarten-Set (240 Stck)	253.520
Stundenplan	184.100
Notizblock mit CDU-Aufdruck	176.150
Einkaufswagen-Chip	155.710
Kunststofftragetasche	142.875
Bierdeckel	139.200
Button „Ich bin für Kohl“	105.150
Postkarte „keep Kohl“	78.950
Button: „keep Kohl“	73.500
PIN „CDU-Smilie“	67.400
Bundesligaplaner	66.301
Nähetui	54.750
EURO-Kugelschreiber	43.250
Skatspiele	41.337
CDU-Feuerzeug	35.693
Parkscheibe „Europa“	33.750
Reflektor-Bärchen	30.925
Tragetasche m. Baumwollkordel	12.525

Schlüsselanhänger	11.800
T-Shirt „Smilie“	5.761
Bundstift-Set	4.696
CDU-Baseballmütze	4.218
Wasserball	3.810
Speedy-Atlas	2.566
Windbreaker „Smilie“	1.625
Lederfußball	623
Beach-Volley-Ball	393
	<hr/>
	5.108.476

### *Kostenlose Grundausrüstung*

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle stellte den Kreisverbänden folgende Materialien als Grundausrüstung kostenlos zur Verfügung:

10.000 Exemplare	„Die Wahl-Illustrierte“
5.000 Exemplare	Briefwahl-Prospekt
3.500 Exemplare	Partei plakate
1.000 Exemplare	Türanhänger
500 Exemplare	Überkleber „Beide Stimmen für die CDU“

### *Info-Fax*

Neben den online-Angeboten setzte die Bundesgeschäftsstelle auf das bewährte Info-Fax als schnelles Kommunikationsmittel. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 98 Infofaxe verschickt. Davon waren 79 aktuelle Flugblatt-Vorlagen (insbesondere zu den Anzeigen in der Bild-Zeitung), mit denen die Arbeit der Gliederungen unterstützt wurde.

#### **1.1.4.3 Beihefter und Zeitungsflugblatt, NBI**

##### *„Die Wahl-Illustrierte“*

Die sechzehnseitige Illustrierte war das zentrale Werbemittel der Kanzlerkampagne mit einer Auflage von über 21 Millionen Exemplaren. Sie wurde in folgenden Programmzeitschriften beigeheftet:

FunkUhr  
Hörzu  
Gong,  
Bild und Funk,  
BWZ Ost  
rtv Ost

TV-Spielfilm  
TV-Movie  
Super-TV  
Telestunde  
UNION-Magazin

Außerdem wurde „Die Wahl-Illustrierte“ mit folgenden Tageszeitungen in den neuen Bundesländern verteilt:

Mitteldeutsche Zeitung (Gesamtausgabe)  
Nordkurier (Gesamtausgabe)  
Ostsee Zeitung Rostock  
Schweriner Volkszeitung

Die Kreisverbände erhielten von dieser Illustrierten zusätzlich insgesamt vier Millionen Exemplare.

#### *Zeitungsflugblatt „W.I.R.“*

Das vierseitige Zeitungsflugblatt „W.I.R.“ ist in einer Gesamtauflage von 2,5 Millionen Exemplaren bereitgestellt worden. 56 Kandidaten haben davon für eine persönliche Wähleransprache Gebrauch gemacht.

#### *NBI*

Die CDU hat als Sonderausgabe die „NBI - Neue Bundesländer Illustrierte“ herausgebracht. Das achtundvierzigseitige Magazin wurde in einer Auflage von 6,5 Millionen Exemplaren im Zeitraum vom 3. bis 16. Juli flächendeckend an private Haushalte (die keinen Werbeverbotshinweis an den Briefkästen hatten) in den neuen Bundesländern verteilt.

#### **1.1.4.4 Insertionen**

Die CDU hat im Bundestagswahlkampf insbesondere über die Bild-Zeitung ab Mitte Juni, aber auch über die Boulevardzeitungen „Express“ und „BZ“ ab Ende August mit einer Anzeigenkampagne für die Bestätigung unserer Politik geworben. Darüber hinaus wurden Anzeigen u.a. in überregionalen Tageszeitungen (FAZ, Die Welt, Süddeutsche Zeitung), in Wochenzeitungen (Die Zeit, Rheinischer Merkur), in regionalen Tageszeitungen und Anzeigenblättern in den neuen Bundesländern geschaltet. Außerdem wurden in einer Reihe von Publikationen für die Zielgruppe der Vertriebenen und der Spätaussiedler Anzeigen geschaltet.

#### **1.1.4.5 Plakatierung**

##### ***Kommerzielle Plakatierung***

Zur kommerziellen Plakatierung gehörten Sondergroßflächen (Wesselmann), Großflächen, Allgemeinstellen, Ganzstellen, Superposter und City-Light-Poster. Die Plakatierung auf den Sondergroßflächen begann Anfang August, auf den übrigen Flächen Anfang September und erstreckte sich dort über zwei Dekaden.

Pro Dekade waren kommerziell folgende Flächen gebucht:

- 6.000 Sondergroßflächen (Wesselmann)
- 13.359 Großflächen
- 1.610 Ganzsäulen
- 2.659 Allgemeinstellen
- 2.387 City-Light-Poster
- 253 Superposter.

Die Plakatierung begann mit dem Aufstellen der Sondergroßflächen Anfang August. Dort wurde das Motiv „Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“ geklebt. Ab 11. September wurden in den alten Bundesländern jeweils zur Hälfte die Motive „Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“ und „Sicherheit statt Risiko“ angeschlagen, in der Schlußphase wurden sie mit dem Überkleber „Beide Stimmen für die CDU“ versehen. In den neuen Bundesländern wurde durchgängig das Motiv „Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“ geklebt, ab 21. September mit dem Überkleber „Aufbau Ost, nur mit uns, CDU“.

Die Gestaltung der weiteren kommerziellen Anschlagflächen sah in den zwei Dekaden ab dem 4. September wie folgt aus: In der ersten Dekade (4.-14. September) wurde durchgängig das Motiv „Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“ auf allen Flächen geklebt. Ab dem 15. September wurden (auf allen Flächen mit Ausnahme der Superposter) jeweils zur Hälfte die Motive „Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“ und „Sicherheit statt Risiko“ angebracht. Bei den Superpostern blieb es bei dem Motiv „Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“.

##### ***Sonderplakatierung***

Zum Parteitag in Bremen wurde auf 142 Großflächen und 150 Dreiecksständern (Format A 0) das Motiv „Neuer Aufschwung, neue Arbeit“ geklebt. Zudem wurden zehn Fahrräder mit Plakaten bestückt, die als mobile Flächen durch die Innenstadt fuhren.

Bei der Wahlkampföffnung in Dortmund wurden 200 Großflächen und 20 Superposter mit dem Motiv „Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“ versehen.

### *Parteiplakatierung*

Für den Bundestagswahlkampf wurde den Kreisverbänden eine kostenlose Grundausrüstung von insgesamt 3.500 Plakaten mit folgenden Motiven zur Verfügung gestellt:

„Helmut Kohl: Weltklasse für Deutschland“

Fünf Motivplakate:

- „Familie wählen“
- „Sicherheit wählen“
- „Frieden wählen“
- „Aufschwung wählen“
- „Blühende Landschaften wählen“

Sloganplakat „Sicherheit statt Risiko“.

Im Vorwahlkampf standen den Gliederungen folgende Motive zur Verfügung:

- „Laß Dich nicht anzapfen“
- „Fit für Europa“
- „Für einen starken EURO - Helmut Kohl“ (kostenlos)
- „Neuer Aufschwung, neue Arbeit“
- „Wir sind bereit, SPD - PDS“
- „Der Aufschwung ist da“
- „Rücksicht macht Schule“.

### *Wandzeitungen*

Zu den zentralen Werbeträgern der CDU gehört vor allem in wahlkampffreien Zeiten der Wandzeitungsdienst für die Schaukästen. Der aktuelle Verteiler umfaßt 14.500 Exemplare.

Folgende Motive wurden von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegt:

- Rot-Grün
- Fit für Europa
- Neuer Aufschwung - neue Arbeit
- Wir sind bereit SPD - PDS
- Der Aufschwung ist da
- Keep Kohl (zusätzliche Auflage 23.000)
- Stabile Preise wählen.

#### **1.1.4.6 Fernseh- und Hörfunk-Werbung**

Die Werbung im Fernsehen und Hörfunk gehörte zu den zentralen Instrumenten der Wahlkampf-führung. Dabei spielte die richtige Auswahl und Zuordnung von Spotmotiven zum entsprechenden Sendeumfeld eine besondere Bedeutung. Die TV-Spots selbst hatten unterschiedliche Anforderungen zu erfüllen. Zum einen galt es, den Bundeskanzler und seine Arbeit für Deutschland darzustellen. Darüber hinaus galt es, politische Themen mit dem Angriff auf den politischen Gegner zu verbinden.

##### *Fernseh-Spots*

In ARD und ZDF gab es jeweils acht Schaltungen von je 90 Sekunden für den sogenannten Kanzler-Spot.

Bei insgesamt acht Privatsendern sowie dem Regionalfernsehen Rhein-Neckar werden insgesamt 559 Spots à 30 Sekunden geschaltet, für die 19 verschiedene Motive produziert worden waren. Zunächst wurden zum Ende der Ferienzeit solche Spots ausgestrahlt, die auf das Lebensgefühl in Deutschland zielten. Sie wurden in der zweiten Phase im wesentlichen durch Themen- und Angriffs-spots mit den Moderatoren Petra Roth und Arnold Vaatz abgelöst. Das Thema „Blühende Landschaften“ wurde in drei Motiven behandelt. Der Kanzler stand bei zwei Motiven im Mittelpunkt.

##### *Hörfunk-Spots*

Bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten gab es im Zeitraum vom 31. August bis 25. September 68 Schaltungen à 90 Sekunden. Dabei gab es drei thematische Varianten im Format „Bürgertelefon“ mit Roland Koch und Arnold Vaatz als Moderatoren. Im Laufe der Zeit wurde der Anteil sogenannter Testimonials von Petra Roth, Roland Koch, Lothar Späth, Kurt Biedenkopf und Edmund Stoiber erhöht.

Bei 19 Privatsendern wurden vom 14. bis 26. September insgesamt 681 Spots à 30 Sekunden geschaltet. Hier wurden vor allem Testimonials von Petra Roth, Kurt Biedenkopf, Lothar Späth, Edmund Stoiber, Roland Koch - in den Neuen Bundesländern zusätzlich mit Arnold Vaatz und Lothar de Maizière - eingesetzt. Zudem wurde für die Ansprache jugendlicher Zuhörer ein eigenes Format entwickelt.

#### **1.1.4.7 Union-Magazin**

Das Union-Magazin ist im Berichtszeitraum viermal erschienen. Im Herbst vergangenen Jahres hat es an der Redaktionsspitze einen personellen Wechsel gegeben. Seitdem versuchen Redaktion und Redaktionsbeirat mit Nachdruck, über ein ansprechendes, frisches Layout und breitere Themenangebote das Union-Magazin zu einer Lese-Zeitschrift zu machen, in der - über die notwendige politische Auseinandersetzung hinaus - kulturelle und gesellschaftliche Hintergründe stärker beleuchtet werden. Rubriken, Tips und Service sowie die verstärkte Kommunikation mit der Parteibasis runden das Angebot ab. Ziel der Verantwortlichen ist es, das Union-Magazin zu einem lebendigen und informativen Medium zu machen, das auch als Diskussionforum genutzt wird.

#### **1.1.4.8 Union in Deutschland (UiD)**

Im Berichtszeitraum sind 41 UiD-Ausgaben erschienen. Im Wahljahr 1998 hat der UiD für die Parteiarbeit an Bedeutung gewonnen, insbesondere durch die Einführung von neuen Rubriken. Die aktuellen Texte der UiD-Ausgaben wurden parallel zum Druck im KomSys und KandiNet eingestellt.

Die neue Übersicht „Das Wichtigste der Woche auf einer Seite“ erscheint seit November 1997 regelmäßig auf Seite 2 im UiD. Sie ist als aktuelles Flugblatt entwickelt worden und enthält - knapp formuliert - noch einmal die wichtigsten Informationen der jeweils vorangehenden UiD-Ausgabe. In den letzten sechs Ausgaben vor dem Wahltag am 27. September erschien diese Übersicht in neuer Aufmachung unter dem Titel „Deutschland am Wochenende“.

Unter dem Titel „Argumente“ wurden zu größeren Themenkomplexen detaillierte Erläuterungen geben - für die argumentative Auseinandersetzung in Gesprächen, Diskussionen und Ansprachen. Unmittelbar nach dem Leipziger Parteitag erschien mit dem Thema „Schlanker Staat“ die erste Ausgabe, bis zum Wahltag dann weitere 35 Ausgaben.

Mit Fakten und Bewertungen der Politik des SPD-Kanzlerkandidaten setzte sich eine Flugblatt-Serie in den UiD-Ausgaben Nr. 21 bis 31, unter dem Titel „Apropos Schröder“ auseinander. Die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der SPD, der Grünen und der PDS erfolgte unter anderem durch die Gegenüberstellung von Originalzitaten und politischen Erklärungen der CDU. Wichtige Stichworte dieser Synopsen waren: Wehrpflicht, Abschiebung, Ausbildungsplatzabgabe, Vermögenssteuer. Im UiD Extra 27/1998 waren weitere fünfzehn Stichworte zusammengefasst.

Im Berichtszeitraum erschienen 25 UiD-Dokumentationen (grüner Teil) sowie 19 UiD-Extras. Darunter waren die beiden Dokumentationen der CDU-Leistungsbilanz 1994 - 1998 „Wir haben viel bewegt“ (UiD 11/98 und 12/98) besonders nachgefragt. Als UiD-EXTRA erschienen die drei Teile der „Wahlplattform 1998 - 2002“ jeweils unmittelbar nach deren Vorstellung sowie die Musterrede für den Wahlkampf 1998 „Den Wandel gestalten“.

Das Gesamtangebot an Informations- und Werbematerialien erschien zum ersten Mal in einer neuen Form zum Parteitag in Bremen, eine aktualisierte Fassung folgte Anfang August.

#### **1.1.4.9 Pressearbeit**

Die Presse- und Medienarbeit stand in diesem Jahr im Zeichen der Wahlkämpfe. Um eine möglichst breite und intensive Berichterstattung über die Arbeit der Partei sowohl in den elektronischen als auch in den Druckmedien zu erreichen, wurden im Berichtszeitraum etwa 250 Pressemitteilungen veröffentlicht. Die elektronischen Medien gewinnen zunehmend an Bedeutung, was an der Vielzahl der Wahlsondersendungen, politischen Talk-Shows und Kandidatenportraits ersichtlich wurde. Auch das Interesse der ausländischen Presse lag weit über den Erfahrungen aus den früheren Wahljahren. Die Pressestelle hat dafür die entsprechenden Kontakte zwischen den Politikern und Jour-

nalisten hergestellt. Für den Parteivorsitzenden und den Generalsekretär wurden zahlreiche Interviews vorbereitet sowie etliche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet. Daneben hat die Pressestelle etwa 60 Pressekonferenzen organisiert.

Ein Arbeitsschwerpunkt für die Pressestelle war die Begleitung des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs bei den zahlreichen Wahlkampfkundgebungen sowie bei Parteitagen und Kongressen. Dazu gehörte insbesondere die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Presseaktivitäten vor Ort.

Zahlreiche Veranstaltungen und Kongresse von Gliederungen der Union wurden von der Pressestelle betreut, beispielsweise der Innovationskongreß am Anfang des Jahres sowie der Extremismuskongreß im September in Bonn. Daneben wurden schwerpunktmäßig im Sommer die Arbeitsergebnisse der Bundesfachausschüsse in zahlreichen Pressegesprächen vorgestellt und dazu gezielt Fachjournalisten angesprochen, um auch das jeweils fachlich interessierte Publikum zu erreichen.

Eine werktäglich erteilte Presseschau gehört zur Nachbereitung und Erfolgskontrolle aller Aktivitäten der Pressestelle. Für CDU-Großveranstaltungen hat die Pressestelle im Berichtszeitraum Sonderpresseschauen herausgegeben, beispielsweise zum 10. Parteitag in Bremen.

Nach den guten Erfahrungen im Wahljahr 1994 wurde Anfang 1998 wieder eine regelmäßige Beobachtung der elektronischen Medien eingerichtet, die die politischen Sendungen sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privaten Fernsehen ausgewertet hat.

#### **1.1.4.10 Elektronische Medien**

##### *Internet*

Das Internet hat sich im Bundestagswahlkampf 1998 als wichtiges Medium neu etabliert. Zum Wahlkampfauftakt, am Beginn der Computermesse CeBit Home, wurde das CDU-Internet-Angebot graphisch überarbeitet, und es wurden zusätzlich Sonderseiten für den Wahlkampf eingerichtet. Das neue Design entsprach der Werbelinie und bot eine moderne Navigation. Inhalt der Wahlkampf-Seiten: die Wahlplattform, illustrierte Seiten über den Bundeskanzler, Informationen über die CDU-Kandidaten, Plakate, Videos, Hörfunk-Spots, Erstwähler-Informationen, Materialien zu den politischen Gegnern sowie humorvolle Animationen.

Als die CDU am 16. Oktober 1995 auf dem Parteitag in Karlsruhe ihr Internet-Angebot startete, lag die Zahl der Zugriffe bei 8000 im Monat. Seitdem ist die Zahl kontinuierlich gestiegen. 1998 hat sie sich von rund 1,5 Millionen im März auf über drei Millionen nach der Erneuerung des Angebotes im August erhöht.

### *Seitenabrufe 1998*

Januar	595.807
Februar	828.062
März	1.442.211
April	1.575.444
Mai	1.962.874
Juni	1.674.474
Juli	1.795.675
August	3.069.003
September	2.813.391

Die Kommunikation besitzt im CDU-Angebot einen hohen Stellenwert. Wichtiger Bestandteil des Internet-Angebotes ist daher weiterhin das Diskussionsforum. Im Laufe der Wahlkampfphase stieg auch hier die Zahl der Zugriffe erheblich. Im Durchschnitt werden zwischen 20.000 und 30.000 Beiträge monatlich eingestellt.

Spitzenpolitiker der Union beteiligten sich an der Diskussion im Internet. So diskutierten Generalsekretär Peter Hintze (9. Juli und 26. August), Christian Wulff, Dr. Jürgen Rüttgers, Dr. Wolfgang Schäuble (alle am 28. August) und Lothar Späth (17. September). Am 18. September beantwortete Bundeskanzler Helmut Kohl zwei Stunden lang Fragen aus dem Netz. Allein dabei wurden 42.000 Zugriffe gezählt. Die Diskussion mit dem Bundeskanzler war durch einen Fernseh- und einen Hörfunkspot angekündigt worden.

Auf große Beachtung stieß der CDU-Auftritt bei der CeBit Home in Hannover vom 26.-30. August. Während der fünf Messetage kamen über 4.000 Besucher zu dem Stand, auf dem sich die CDU mit Informationen und Unterhaltung als moderne Volkspartei präsentierte.

#### **1.1.4.11 CDU-Infoline/Telefonmarketing**

##### *01 80-5-20 00*

Mit dem Tag der Wahlkampfauftaktveranstaltung am 23. August schaltete die Bundesgeschäftsstelle unter der Bezeichnung „CDU-Infoline“ die Rufnummer 01 80-5-20 00 frei. Dadurch war die CDU bis zum Wahltag an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr für Anfragen und Anregungen der Bürger erreichbar. Die Nummer wurde über Wahlwerbespots in Fernsehen und Hörfunk bekannt gemacht. Die Anruferzahlen verzeichneten eine deutliche Steigerung, nachdem die Rufnummer zusätzlich über die täglichen Anzeigen in der Bild-Zeitung noch einmal millionenfach verbreitet worden war.

##### *Telefonmarketing*

Wie im Wahljahr 1994 setzte die CDU im Bundestagswahlkampf erneut das sogenannte Telefonmarketing für die Mobilisierung von Mitgliedern ein. Neben zahlreichen Eigeninitiativen aus den

Kreisverbänden sind zentrale Schulungsveranstaltungen der Bundesgeschäftsstelle in den jeweiligen Landesverbänden zu nennen. Mit Telefonbeauftragten aus den Kreisverbänden wurden dabei verschiedene Aktionsansätze diskutiert, Gesprächsleitfäden erarbeitet und Grundsätze für eine optimale Gesprächsführung entwickelt. Im Rahmen dieser Aktion konnte eine sinnvolle Verknüpfung mit der „Aktion 7 Millionen Gespräche“ hergestellt werden, zu der im Union-Magazin alle Mitglieder aufgerufen worden waren.

### **1.1.5 Veranstaltungen**

#### **1.1.5.1 Auftaktveranstaltung Dortmund**

Traditionsgemäß wurde die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes wieder in der Dortmunder Westfalenhalle eingeleitet. Zum zentralen Wahlkampfauftakt kamen über 18.000 Mitglieder und Sympathisanten am 23. August 1998 nach Dortmund.

Ein anspruchsvolles Unterhaltungsprogramm sorgte schon am Vormittag für ausgelassene Stimmung. Die Phoenix-Jazzband, die Volker Klimmer Band, das Blasorchester Günnigfeld, die Artistic-Jumpers, das Jugend-Blas- und Schauorchester Weimar, Irvin Doomes und das Deutsche Fernsehballt sowie Künstler aus dem Europa Park Rust zeigten eine bunte Palette musikalischer und akrobatischer Darbietungen bis hin zur phantasievollen Illusionsschau.

Am Nachmittag wurden die Teilnehmer von der politischen Führung von CDU und CSU auf die entscheidende Phase des Wahlkampfes eingestimmt. Es sprachen Generalsekretär Peter Hintze, die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Angela Merkel und Dr. Norbert Blüm, der sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. h.c. Lothar Späth, der CSU-Vorsitzende Dr. Theo Waigel und als Hauptredner der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

#### **1.1.5.2 Kundgebungen des Parteivorsitzenden im Bundestagswahlkampf**

##### *Bäderreise*

15.07.1998	Cuxhaven	Kurpark	3.000 Teilnehmer
15.07.1998	Neuharlingersiel	Fischereihafen	3.000 Teilnehmer
15.07.1998	Norderney	Kurplatz	6.000 Teilnehmer
15.07.1998	Borkum	Obere Kurpromenade	8.000 Teilnehmer
22.07.1998	Heringsdorf	Kurplatz	3.000 Teilnehmer
22.07.1998	Binz	Pavillon am Kurhaus	5.000 Teilnehmer
22.07.1998	Kühlungsborn	Konzertpavillon (Ost)	4.000 Teilnehmer
29.07.1998	Büsum	Ankerplatz am Hafen	4.000 Teilnehmer
29.07.1998	St. Peter Ording	Kurpromenade	6.000 Teilnehmer
29.07.1998	List/Sylt	Hafenvorplatz	4.000 Teilnehmer
29.07.1998	Westerland/Sylt	Kurpromenade/Musikmuschel	20.000 Teilnehmer

### *Bundestagswahlkampf*

03.07.1998	Erlangen	Rathausplatz	6.000 Teilnehmer
06.07.1998	Fürstenfeldbruck	Festzelt a. Volksfestplatz	4.000 Teilnehmer
12.08.1998	Recklinghausen	Rathausplatz	8.000 Teilnehmer
12.08.1998	Münster	Domplatz	10.000 Teilnehmer
14.08.1998	Naumburg	Markt	6.000 Teilnehmer
14.08.1998	Ilmenau	Lindenstraße/An der Sparkasse	8.000 Teilnehmer
17.08.1998	Wuppertal-E.	Laurentiusplatz	10.000 Teilnehmer
17.08.1998	Bielefeld	Alter Markt	8.000 Teilnehmer
19.08.1998	Bayreuth	Ehrenhof Altes Schloß	7.000 Teilnehmer
19.08.1998	Annaberg	Marktplatz	13.000 Teilnehmer
21.08.1998	Mannheim	Marktplatz	8.000 Teilnehmer
21.08.1998	Marburg	Marktplatz	6.000 Teilnehmer
24.08.1998	Altenburg	Markt	7.000 Teilnehmer
24.08.1998	Cottbus	Oberkirchplatz	6.000 Teilnehmer
26.08.1998	Ansbach	Martin-Luther-Platz	12.000 Teilnehmer
26.08.1998	Nürnberg	Hauptmarkt	15.000 Teilnehmer
27.08.1998	Berlin	Platz v.d. Roten Rathaus	10.000 Teilnehmer
27.08.1998	Brandenburg	Altstädtischer Markt	8.000 Teilnehmer
28.08.1998	Neustrelitz	Markt am Rathaus	6.000 Teilnehmer
28.08.1998	Frankfurt/Oder	Markt	8.000 Teilnehmer
31.08.1998	Kassel	Königsplatz	10.000 Teilnehmer
31.08.1998	Hannover	Opernplatz	15.000 Teilnehmer
01.09.1998	Leipzig	Markt	15.000 Teilnehmer
03.09.1998	Braunschweig	Burgplatz	5.000 Teilnehmer
04.09.1998	Frankfurt/Main	Römerberg	10.000 Teilnehmer
07.09.1998	Oldenburg	Schloßplatz	10.000 Teilnehmer
07.09.1998	Bremen	Am Markt	13.000 Teilnehmer
08.09.1998	Ingolstadt	Theatervorplatz	6.000 Teilnehmer
08.09.1998	Weimar	Marktplatz	8.000 Teilnehmer
09.09.1998	Würzburg	Oberer Markt	20.000 Teilnehmer
10.09.1998	Trier	Platz an der Porta Nigra	8.000 Teilnehmer
10.09.1998	Ludwigshafen	Europaplatz	5.000 Teilnehmer
11.09.1998	Reutlingen	Marktplatz	8.000 Teilnehmer
11.09.1998	Heidelberg	Universitätsplatz	8.000 Teilnehmer
12.09.1998	Saarbrücken	Schloßplatz	10.000 Teilnehmer
12.09.1998	Köln	Roncallyplatz	15.000 Teilnehmer
15.09.1998	Rendsburg	Schloßplatz	5.000 Teilnehmer

15.09.1998	Lübeck	Markt	8.000 Teilnehmer
16.09.1998	Stuttgart	Marktplatz	10.000 Teilnehmer
17.09.1998	Berlin	Wittenberplatz	20.000 Teilnehmer
17.09.1998	Bitterfeld	Marktplatz	10.000 Teilnehmer
18.09.1998	Dresden	Platz v. d. Frauenkirche	30.000 Teilnehmer
19.09.1998	Ludwigshafen	Wahlkreisbereisung	4.800 Teilnehmer
19.09.1998	Neu-Ulm	Rathausplatz	10.000 Teilnehmer
21.09.1998	Bonn	Marktplatz	15.000 Teilnehmer
21.09.1998	Neuss	Markt	15.000 Teilnehmer
22.09.1998	Greifswald	Nexö-Platz	7.000 Teilnehmer
22.09.1998	Schwerin	Alter Garten	5.000 Teilnehmer
23.09.1998	Hamburg	Gänsemarkt	15.000 Teilnehmer
24.09.1998	München	Marienplatz	20.000 Teilnehmer
25.09.1998	Mainz	Domplatz	20.000 Teilnehmer

#### **1.1.5.3 Kundgebungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden**

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble, führte im gesamten Bundesgebiet - ohne Bayern und eigenen Wahlkreis - 46 Kundgebungen durch. Die überwiegende Zahl der Veranstaltungen wurde in Absprache mit den jeweiligen Landesverbänden an die Kreisverbände vergeben. Zwei Wahlkampfteams der Abteilung Parteiorganisation unterstützten die Kreis- bzw. Landesverbände bei der Vorbereitung und Durchführung der Kundgebungen. In Wismar, Zwickau, Lingen und Tübingen fanden die Kundgebungen auf den zentralen Marktplätzen statt. Zu den Veranstaltungen kamen jeweils 500 bis 2.500 Teilnehmer, so daß insgesamt rund 60.000 Zuhörer erreicht wurden.

#### **1.1.5.4 Bundesrednereinsatz**

Im August 1998 begann der zentrale Bundesrednereinsatz mit insgesamt 1.365 Terminen im ganzen Bundesgebiet. Die Zahl der Veranstaltungen stieg bis auf 200 Termine pro Woche. Am Rednereinsatz waren 72 Bundespolitiker beteiligt. 644 Termine wurden von Präsidiumsmitgliedern und Bundesministern wahrgenommen. Neben nahezu 550 öffentlichen Veranstaltungen fanden auch Veranstaltungen für bestimmte Zielgruppen statt, verbunden mit Betriebsbesichtigungen und Informationsbesuchen. Den Kreisverbänden wurden durch die Bundesgeschäftsstelle Lebensläufe, Fotos und Bildplakate der Bundesredner zur Verfügung gestellt.

#### **1.1.5.5. Mandats- und Funktionsträgerkonferenz Ost**

400 Teilnehmer aus den neuen Bundesländern nutzten die Mandats- und Funktionsträgerkonferenz am 17. März in Berlin zu einer ausführlichen Diskussion mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Generalsekretär Peter Hintze. Dabei kam die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern genauso zur Sprache wie die Planung für den anstehenden Bundestagswahlkampf.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte den Zuhörern, daß der Aufbau Ost für die CDU auch weiterhin Vorrang habe. Er sagte, daß sich die CDU in besonderer Weise der Probleme und Sorgen der Menschen in den neuen Bundesländern annehmen werde. Er erinnerte an die Erfolge beim Aufbau Ost und kündigte an, wichtige Investitionen vorziehen zu wollen, um so die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze zusätzlich zu fördern. Der Bundeskanzler versicherte, die CDU werde einen Wahlkampf mit einer einheitlichen klaren Sprache führen. Die CDU sei die Partei der Deutschen Einheit. Sie stehe deshalb in Ost und West für dieselbe Politik.

Viele Teilnehmer dankten in der Aussprache dem Bundeskanzler für seinen unermüdlichen Einsatz für den Aufbau Ost. Die Leistungen, die die Menschen in den neuen Bundesländern erbracht haben, wären ohne nationale Solidarität, für die sich der Bundeskanzler stets einsetze, nicht möglich gewesen. Die Konferenz machte deutlich, daß der Aufbau Ost zu den beeindruckendsten Erfolgsgeschichten in Europa zählt. Im Wahlkampf, so sagten viele Teilnehmer, käme es darauf an, diese Erfolge deutlich herauszustellen und für eine Fortsetzung der erfolgreichen Politik Helmut Kohls zu werben.

#### **1.1.5.6 Regionalkonferenzen**

Den Auftakt der innerparteilichen Mobilisierungsphase für den Bundestagswahlkampf bildeten die gemeinsam mit den Landesverbänden durchgeführten Regionalkonferenzen. Für die Bundesgeschäftsstelle nahmen Generalsekretär Peter Hintze, Bundesgeschäftsführer Christian Dürig und der stellvertretende Bundesgeschäftsführer Heiner Lueg daran teil. Nach den politischen Lageberichten wurden Fragen der Parteiorganisation und der Öffentlichkeitsarbeit diskutiert sowie Wahlkampfstrategie, Werbelinie, Informationsmaterialien und Werbemittel vorgestellt.

An den Regionalkonferenzen nahmen jeweils die Mitglieder der Landesvorstände, die Landesgeschäftsführer, die Kreisvorsitzenden, die Kreisgeschäftsführer, Funktionsträger sowie die Bundestagskandidaten mit ihren Wahlkampfleitern teil. Mitarbeiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit boten an einem Informationsstand der Bundesgeschäftsstelle die neusten Werbe- und Verteilmittel an und standen den Kandidaten für alle Fragen der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

#### *Termine der Regionalkonferenzen*

26.06.1998	Kaiserslautern
01.07.1998	Berlin
04.07.1998	Magdeburg
06.07.1998	Idstein
11.07.1998	Bremen
18.07.1998	Dresden
23.07.1998	Stuttgart
06.08.1998	Pinneberg
07.08.1998	Neuss

### **1.1.5.7 Innovationskongreß**

Am 21. Januar 1998 fand in Bonn der Kongreß „Innovationen - Wir gestalten das 21. Jahrhundert menschlich“ statt. Vor rund tausend Teilnehmern wurden die Chancen von Innovationen und neuen Technologien für die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze, für die Erhaltung des Wohlstands und eine Verbesserung der Lebensbedingungen diskutiert. Die Grundsatzreferate hielten Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers, Dr. Thomas Middelhoff, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, sowie der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Dr. Hubert Markl.

Der Bundeskanzler unterstrich den Anspruch der Union, das 21. Jahrhundert menschlich zu gestalten. Innovationen in Wissenschaft, Technik sowie in Wirtschaft und Gesellschaft bezeichnete er als Quelle des Wohlstands und Königsweg zu neuen Arbeitsplätzen in einer sich dramatisch verändernden Welt. Er erläuterte als Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Innovationsstrategie den Reformkurs der Union und verwies in diesem Zusammenhang auf die Große Steuerreform und den EURO als finanzpolitische Zukunftskonzepte für Deutschland und Europa.

Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers betonte ebenfalls, daß Innovationen nicht nur ein Thema der Forschungs- und Bildungspolitik, sondern der Wirtschaftspolitik insgesamt sind. Er erläuterte die Strukturumbrüche am Übergang der Industrie- in die Wissensgesellschaft. Zu den Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit komme heute noch der Produktionsfaktor Wissen hinzu. Als besonders bedeutsam wertete er in dieser Zeit den Ausbau höherwertiger Dienstleistungen und die Förderung von mehr Selbständigkeit für eine innovative Entwicklung unseres Landes.

Dr. Thomas Middelhoff mahnte mehr Aufgeschlossenheit und Innovationsbereitschaft in Deutschland an und forderte dazu auf, von Innovations-Strategien in den USA zu lernen. Deutschland brauche eine konzertierte Innovationsförderung, Deregulierung und mehr Wettbewerb, eine Reform der Bildung an Schulen und Hochschulen, die dem Erlernen der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen, aber auch dem Umgang mit der Computertechnik und den Fähigkeiten zu lebenslangem Lernen, vernetztem Denken und Teamfähigkeit einen höheren Stellenwert einräumt, ein klares Bekenntnis zu Elite und Begabung und schließlich die Entwicklung einer Risikokultur in Deutschland.

Professor Dr. Hubert Markl mahnte eine ausreichende finanzielle Förderung von Forschung und Bildung in Deutschland an. Als Determinanten für wirkliche Innovationen, die er als wertvolle, erfolgreiche Neuerungen definierte, nannte er neues Wissen, neues Können und vor allen Dingen auch eine Erfolgsbewertung nach Wertmaßstäben.

Im zweiten Teil des Kongresses diskutierten Experten in drei Podiumsrunden über die entscheidenden Zukunftsthemen Umweltschutz, Verkehr, Bio- und Gentechnologie. Am Forum Umwelt nahmen Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitskreises für Umweltbewußtes Management, Dr. Maximilian Gege, der Vorsitzende des Vorstandes der ALBA AG & Co. KG, Dr. Axel Schweitzer, der Unternehmer Dr. Klaus Steilmann und der Leiter

der Studiengruppe „Zukunftsfähiges Deutschland“ des „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie GmbH“, Dr. Reinhard Loske, teil. In das Form Mobilität im 21. Jahrhundert führte Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann ein. Forumsteilnehmer waren Dr. Hugo Fiege von der Firma Fiege Logistik GmbH & Co., Dr. Bernd Gottschalk, der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, Dr. Johannes Ludewig, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, und Wolfgang Mayhuber aus dem Vorstand der Lufthansa AG. Die Zukunftschancen der Biotechnik schließlich diskutierten Professor Dr. Ernst-Ludwig Winnacker, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Dr. Metin Colpan, Chief Executive Officer der Qiagen GmbH, Dr. Frank Douglas von Hoechst Marion Roussel, Professor Dr. Albert Hinnen, der wissenschaftliche Direktor des Hans-Knöll-Instituts für Naturforschung e.V., und Professor Dr. Peter Stadler, Vorstand der Firma ARTEMIS.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Experten die Chancen für eine zukunftsfähige, arbeitsplatzschaffende und umwelterhaltende Entwicklung durch konsequente Innovationen hoch einschätzen. Die CDU seit mit ihrer Politik der Forschungsförderung, der Reformen und der Entbürokratisierung auf dem richtigen Weg.

#### **1.1.5.8 Extremismus-Kongreß**

Für die CDU war der Kampf gegen Links- und Rechtsradikalismus stets eine selbstverständliche Verpflichtung. Durch die jüngsten Entwicklungen in der Parteienlandschaft hat die Abgrenzung nach links und rechts große Aktualität gewonnen. Die immer offenere Zusammenarbeit von Teilen der SPD mit der linksextremen PDS ist vom Tabu zum Modell geworden. Aus diesem Grund hat die Bundesgeschäftsstelle am 1. September 1998 in Bonn einen Kongreß veranstaltet, der Einsichten in die Strategien extremistischer Parteien vermittelte.

Besondere Aufmerksamkeit fand Stephane Courtois, Herausgeber des Bestsellers „Schwarzbuch des Kommunismus“, bei den rund 400 Zuhörern mit seiner Forderung nach einer „radikalen Verurteilung des kommunistischen Übels“, weil die kriminelle Dimension des Kommunismus, die Millionen Menschen zwischen 1917 und 1991 erleiden mußten, nicht etwa die Verfehlung einer „wunderbaren theoretischen Idee“ gewesen sei, sondern ihren Ursprung in der Theorie selbst finde.

Generalsekretär Peter Hintze hatte zu Beginn der Veranstaltung dazu aufgerufen, „die Gegner von Freiheit und Demokratie gut im Auge zu behalten“, denn nicht immer seien sie als solche zu erkennen. Er kritisierte heftig die Zusammenarbeit von SPD und PDS und erinnerte daran, daß bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt PDS und DVU zusammen mehr Stimmen von Erstwählern erhalten hätten als SPD und CDU zusammen. Angesichts solcher Tendenzen gebe Gerhard Schröder das falsche Signal, wenn er auf die Frage, ob die PDS eine demokratische Partei sei, antworte: „Das interessiert mich nicht.“

Radikale treiben ihr Unwesen in Deutschland zum Teil mit erheblichem Aufwand. Dies wies Uwe Backes, Privatdozent an der Universität Bayreuth, für die rechtsextremen Parteien ebenso nach wie der Münchner Politologe Jürgen P. Lang für die PDS. Lang sagte, die „im Kern linksextremistische“

PDS sei mittlerweile zu einem Machtfaktor geworden. Aus dem Umstand, daß sie Parlamentspartei ist, dürfe nicht abgeleitet werden, daß sie auch eine Partei des Parlamentarismus sei. Trotz anderslautender Beteuerungen fühle sie sich dem Parlamentarismus als politischem Prinzip nicht verpflichtet. Vielmehr folge sie dem Muster aller kommunistischen Strategien, mit Aufrufen, Kampagnen und Demonstrationen Protest zu mobilisieren und so eine Art Massenloyalität zu gewinnen. Die eigentlichen ideologischen Ziele träten dabei hinter einem möglichst nahe an der gesellschaftlichen Stimmung liegenden aktuellen politischen Thema zurück. Durch moralisierende Überzeugungsarbeit sollten Menschen erkennen, daß „das System“ an sich schuld sei an dem jeweiligen Problem und deswegen zugunsten eines sozialistischen Modells überwunden werden müsse.

Auch wenn offensichtlich wurde, daß links- und rechtsextreme Parteien in Deutschland unterschiedliche Strategien verfolgen, so muß die Bekämpfung an der gleichen Wurzel ansetzen. Der Bonner Politikwissenschaftler Funke sprach von der Gefahr des „Denkzettel-Extremismus“ als Rache an die Regierenden. Er erläuterte, daß die Flucht zu Extremen nicht aus dauerhafter Überzeugung geschähe, sondern um an exponierter Stelle auf sich aufmerksam zu machen, weil extremen Meinungsbekundungen häufig mehr Beachtung geschenkt werde. In diesem Zusammenhang appellierte Funke auch an die Verantwortung der Medien.

In seinem Schlußwort forderte der Bürgerrechtler Ehrhart Neubert den antitotalitären Konsens der Demokraten ein. Zivilcourage und Mut der Demokraten seien unerlässlich, denn „die Demokratie als Raum für eine Politik mit menschlichem Maß war und ist keine Selbstverständlichkeit“.

## 1.2 Landtagswahl Niedersachsen

### *Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden*

24.01.1998	Hannover	Eilenriedehalle	6.000 Teilnehmer
13.02.1998	Duderstadt	Fabrikhalle Fa. Bock	4.000 Teilnehmer
13.02.1998	Braunschweig	Stadthalle	4.000 Teilnehmer
17.02.1998	Cloppenburg	Stadthalle	2.000 Teilnehmer
17.02.1998	Sögel	Fabrikhalle Fa. Quappen	2.000 Teilnehmer
20.02.1998	Zeven	Ballhaus Meyer	1.500 Teilnehmer
20.02.1998	Fallingbostel	Heidmarkhalle	2.000 Teilnehmer
26.02.1998	Stadthagen	Festhalle	2.000 Teilnehmer
26.02.1998	Osnabrück	Stadthalle	5.000 Teilnehmer

### *Bundesrednereinsatz*

In Absprache mit der CDU in Niedersachsen hat die Bundesgeschäftsstelle 229 Veranstaltungen mit 40 Bundespolitikern von CDU und CSU durchgeführt. 127 Termine wurden von Mitgliedern des Präsidiums und Bundesministern wahrgenommen.

### *Agrarkongreß in Osnabrück*

Im Vorfeld der Landtagswahl hat die Bundespartei am 20. November 1997 in Osnabrück einen Agrarkongreß unter dem Titel „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft“ veranstaltet. Unter der Tagungsleitung des braunschweiger CDU-Landesvorsitzenden Heinrich-Wilhelm Ronsöhr wurden mit den rund 600 Teilnehmern Herausforderungen und Chancen der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert diskutiert. Thematische Schwerpunkte waren die Perspektiven der Agrarpolitik, das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Ernährungswirtschaft.

Der niedersächsische CDU-Vorsitzende Christian Wulff trug zu Beginn ein umfassendes Konzept für die Entwicklung von ländlichen Räumen vor, das von der Landwirtschaft bis zu den Chancen moderner Technologien, wie der Telekommunikation, für eine stärker standortunabhängige Wirtschaftsentwicklung reichte.

Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert sprach über die Vorstellungen der CDU zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik und nannte als wichtigste Eckpunkte die Erzielung eines hohen Anteils des Einkommens der landwirtschaftlichen Betriebe über den Markt, den vollständigen Ausgleich für unvermeidliche Stützpreissenkungen, einen ausreichenden Außenschutz, Maßnahmen zur Marktentlastung bei Rindfleisch sowie die Verlängerung der Milchquotenregelung und eine Stärkung der Position der aktiven Bewirtschafter. Die Teilnehmer waren sich mit dem Minister einig in der Ablehnung der von der EU-Kommission in der Agenda 2000 dargelegten Vorstellung, deren Verwirklichung zu Einkommenseinbußen bei den deutschen Bauern führen würde.

Die Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes, Hedwig Keppelhoff-Wiechert MdEP, und der agrarpolitische Sprecher der CDU im niedersächsischen Landtag, Hans-Heinrich Ehlen MdL, befaßten sich mit den speziellen Zukunftsanforderungen und Problemen der Frauen im ländlichen Raum sowie der Landwirtschaft in Niedersachsen.

Zum Verhältnis Landwirtschaft und Umweltschutz stellte Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel klar, daß die CDU Umwelt- und Naturschutz mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie betreibt, und erläuterte die Pläne zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes mit dem Ziel der rechtlichen Verankerung eines Anspruchs auf finanziellen Ausgleich bei Belastungen durch natur-schutzbedingte Nutzungseinschränkungen.

In einer letzten Diskussionsrunde gingen der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik der CDU, Reimer Böge MdEP, sowie der Präsident des Landesverbandes des Niedersächsischen Landvolks, Wilhelm Niemeyer, der Frage nach, wie einerseits die politischen Rahmenbedingungen gestaltet sein müssen und was andererseits die landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Betriebe selbst leisten müssen, damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft erhalten

und gestärkt wird. Reimer Böge hob hervor, daß neben entsprechenden Rahmenbedingungen der EU-Agrarpolitik die deutsche Standortpolitik für die Landwirtschaft investitionsfreundlich sein müsse. Die landwirtschaftlichen Betriebe brauchten mehr Entwicklungsspielräume. Hausgemachte Wettbewerbsverzerrungen aus der Naturschutzpolitik, durch zu lange Genehmigungsverfahren im Baubereich, zu hohe Kostenbelastungen bei der Fleischhygiene usw. müßten vermieden werden.

### *Rechtspolitischer Kongreß in Hannover*

Die Rolle der Justiz für die Wahrung der Inneren Sicherheit war Leitthema des rechtspolitischen Kongresses, der am 16. Januar 1998 in Hannover unter dem Titel „Staatsanwalt, Strafgerichte, Strafvollzug - Verantwortung für die Innere Sicherheit“ stattfand und gleichzeitig an das dreißigjährige Bestehen des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen erinnerte.

Zu Beginn der Veranstaltung vor über 500 Teilnehmern aus Politik, Justiz, Wissenschaft, Polizei und Verwaltung übte der niedersächsische CDU-Vorsitzende Christian Wulff scharfe Kritik an der SPD-Landesregierung und warf Ministerpräsident Schröder ein gestörtes Verhältnis zu Polizei, Justiz sowie zum Recht überhaupt vor. In den vergangenen Jahren habe die niedersächsische Landesregierung unter seiner Führung eine Rechtsbruchpolitik betrieben, Staatsanwälte, Polizisten und Beamte des Verfassungsschutzes angegriffen, als gelte es, den Bürger vor Übergriffen des Staates zu schützen. Für das Land Niedersachsen forderte Christian Wulff neues Denken und Handeln, das nicht nur im Bereich der Justiz, sondern auch bei Polizei und Strafvollzug notwendig sei. Innen- und Rechtspolitik müßten von einer Strategie der Null-Toleranz gegen alle Formen von Kriminalität geleitet sein.

Den zweiten Teil des Kongresses bildete eine Podiumsdiskussion unter der Leitung des BACDJ-Vorsitzenden Herbert Helmrich MdL. Der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern, Alexander Prectel, zeigte zunächst die Verantwortung der Staatsanwaltschaften für die Innere Sicherheit anhand von vier Problemkreisen auf. Zunächst lehnte er jede Entkriminalisierung, auch sogenannter Bagatelldelikte, ab. Zum zweiten sprach er sich für eine Stärkung der Rolle der Justiz bei der Vermittlung des Rechts- und Wertebewußtseins der Bevölkerung aus. Zum dritten sei Innere Sicherheit ein Rechtsanspruch, den der rechtstreuere Bürger gegenüber dem Staat habe. Der Schutz des rechtstreuen Bürgers sowie der rechtstreuen Bevölkerung müsse bei einer Güterabwägung mit den Individualinteressen eines Straftäters absoluten Vorrang haben. Schließlich müsse Strafe auch weiterhin Sanktions- und Sühnecharakter haben.

Im anschließenden Beitrag wies der sächsische Justizminister Steffen Heitmann MdL auf die besorgniserregend abnehmende Akzeptanz des Rechts und der Rechtsprechung hin. Als Gründe für eine Blockade rechtspolitischer Entscheidungen nannte er die parteipolitische Instrumentalisierung des Bundesrates, den Interessenunterschied zwischen Rechtspolitikern des Bundes und der Länder. Nach seiner Ansicht habe auch der Moralverlust der vergangenen Jahre zu einer Verwischung der Grenzen zwischen Recht und Unrecht geführt. Es müsse wieder stärker bewußt werden,

daß gerade in der Strafe eine gelegentliche Hilfe liegen könne. Als unverzichtbar hob der Staatsminister die Einrichtung der geschlossenen Heimunterbringung für jugendliche Serientäter hervor und lehnte jede Legalisierung von Rauschgift ab.

Der bayerische Justizminister Hermann Leeb MdL widmete sich dem Thema des Strafvollzugs. Die Verhinderung neuer Straftaten fordere eine zügige, konsequente und verantwortungsbewußte Vollstreckung der Strafe. Der Schutz der Allgemeinheit sowie die Resozialisierung des Täters müßten gleichgewichtig sein. Ausdrücklich lehnte er eine Unterbringung im offenen Vollzug als Regelfall ab. Eine Lockerung des Strafvollzuges durch Urlaub oder offenen Haftvollzug dürfe nicht zu Lasten des Schutzes der Allgemeinheit gehen. Schließlich wies Staatsminister Leeb auf die erleichterten Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung hin.

Aus der Sicht der Richterschaft berichtete die Richterin am Bundesgerichtshof, Frau Monika Harms, zunächst zu den Umständen, durch die die Justiz in zunehmende Kritik geraten sei. Die bekannten Vorwürfe, die Justiz verhängte zu milde Strafen, gewähre größeren Täter- als Opferschutz und verweigere sich der Verantwortung für die Innere Sicherheit unter dem Deckmantel der richterlichen Unabhängigkeit, wies die Bundesrichterin aber unter Hinweis auf die teilweise engen Voraussetzungen der Strafprozeßordnung zurück. Tatsache seien vielmehr überfüllte Gefängnisse. Mit Nachdruck warnte sie davor, Mängel im Verfahren dem Beschuldigten anzulasten. Stattdessen forderte sie eine verbesserte personelle und sachliche Ausstattung der Justiz. Die Justiz sei zu einer Korrektur des falsch verstandenen Liberalismus aufgerufen, der seit den 68er Jahren eine allgemein nachlassende Gesetzestreue zur Folge gehabt habe.

Nach Ansicht des rechtspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen, Dr. Hans-Ulrich Schneider, ist Sicherheit Voraussetzung von Freiheit und zugleich Anspruchsrecht des Bürgers. Er erinnerte daran, daß die Zahl der Straftaten in Niedersachsen seit der Regierungsübernahme durch Ministerpräsident Schröder von 520.000 auf 580.000 angestiegen sei. Wegen der steigenden Kinder- und Jugendkriminalität bezeichnete Hans-Ulrich Schneider es als vornehmste Aufgabe der Politik, Jugendlichen durch gute Ausbildung eine Perspektive zu geben. Andererseits müsse auch die Jugendstrafe wieder als Strafe empfunden werden. Weiterhin sprach sich Dr. Schneider für eine konsequente Umstrukturierung des Strafvollzugs aus. Er verlangte eine klare Trennung zwischen Sicherungsvollzug und Resozialisierungsvollzug. Für straffällige Ausländer forderte er eine konsequente Abschiebung, die bereits bei der Verurteilung zu einem Jahr zwingend sein müsse.

Zum Abschluß der Veranstaltung warnte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, in seiner Rede davor, die zur Bekämpfung der Alltagskriminalität bedeutsame „Null-Toleranz-Strategie“ an verfassungsrechtlichen Bedenken scheitern zu lassen. Vielmehr habe der Bürger ein Recht auf Sicherheit, das zur grundrechtlichen Freiheit eines jeden gehöre. Die Verfassung wolle keinesfalls Verbrechensbekämpfung verhindern, sondern fordere sie. Aus der neuen Strategie zur Verbrechensbekämpfung in New York folgerete er zwei wesentliche Botschaften für

Deutschland: Zum einen habe man in New York die Erwartungen an die Polizei ernst genommen und zum anderen habe man sie ins Zentrum der eigenen Polizeiarbeit gestellt. Schließlich forderte Schäuble zu konsequentem und schnellem Handeln in der Inneren Sicherheit auf.

### **1.3 Landtagswahl Sachsen-Anhalt**

#### *Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden*

31.03.1998	Bernburg	Rheineplatz	8.000 Teilnehmer
31.03.1998	Quedlinburg	Rathausplatz	8.000 Teilnehmer
01.04.1998	Eisleben	Marktplatz	12.000 Teilnehmer
01.04.1998	Weißenfels	Marktplatz	7.000 Teilnehmer
21.04.1998	Halle	Marktplatz	12.000 Teilnehmer
21.04.1998	Wittenberg	Marktplatz	8.000 Teilnehmer
22.04.1998	Stendal	Markt	7.000 Teilnehmer
22.04.1998	Magdeburg	Marktplatz	15.000 Teilnehmer

#### *Bundesrednereinsatz*

In Absprache mit dem CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt hat die Bundesgeschäftsstelle 142 Veranstaltungen mit insgesamt 33 Bundespolitikern von CDU und CSU durchgeführt. 108 Termine wurden von Mitgliedern des Präsidiums und Bundesministern wahrgenommen. Die Veranstaltungen wurden von einem Team der Abteilung Parteiorganisation in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kreisverbänden vorbereitet.

Außerdem hat die Bundesgeschäftsstelle dem Landesverband ein Zeitungsflugblatt unter dem Titel „CDU Sachsen-Anhalt“ in einer Auflage von 500.000 Exemplaren zur Verfügung gestellt.

#### *Zukunftsforum Innere Sicherheit in Halle*

Im Vorfeld der Landtagswahl fand unter dem Motto „Sicherheit für Deutschland - Kampf dem organisierten Verbrechen“ das Sicherheitsforum der CDU Deutschlands am 28. März 1998 in Halle an der Saale statt. Rund fünfhundert Teilnehmer, unter ihnen eine große Anzahl von Fachleuten aus Justiz, Polizei und Verwaltung, nahmen an der Veranstaltung teil. Auf dem Programm standen Reden von Generalsekretär Peter Hintze, Bundesinnenminister Manfred Kanther, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Dr. Christoph Bergner, und von Ministerpräsident Bernhard Vogel sowie auf zwei Diskussionsforen die sachkundige Auseinandersetzung mit den drängenden Fragen von Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung.

Zu Beginn beschrieb Generalsekretär Peter Hintze die Gefahren, die vom organisierten Verbrechen für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger ausgehen, sowie die polizeilichen Forderungen, die sich daraus ergäben. Begegnen könne eine wehrhafte Demokratie dieser Gefahr nur mit einer rechtlichen, technischen und personellen Stärkung von Polizei und Justizbehörden.

Bundesinnenminister Manfred Kanther unterstrich in seiner Rede die entscheidende Bedeutung von technisch ausgefeilten Methoden für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Diese Form des Verbrechens verzeichne einen besonders hohen Ausländeranteil. Dies dürfe jedoch keinesfalls zu ungerechtfertigten Angriffen gegen diejenigen ausländischen Mitbürger verleiten, die sich bereits seit Jahrzehnten in unsere Kultur, Gesellschaft und Ökonomie integriert hätten. Die Täter im Bereich des organisierten Verbrechens hielten sich nämlich meist nur kurzfristig zur Begehung von Straftaten in Deutschland auf. - An dieses Grundsatzreferat schloß sich eine ausführliche Diskussion im Plenum an, in der die Teilnehmer Gelegenheit zu Fragen an den Minister hatten.

Auf die schier endlose Liste von innen- und rechtspolitischen Fehlleistungen der Regierung Höppner machte Christoph Bergner in seiner Rede aufmerksam. Der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 26. April 1998 bilanzierte die traurigen Ergebnisse einer Regierung, die seit ihrem Amtsantritt vor vier Jahren dem sprunghaften Anstieg der Kriminalität in allen Bereichen taten- und konzeptionslos zugesehen habe.

Der zweite Teil der Veranstaltung in Halle stand ganz im Zeichen der sachkundigen Diskussion auf den beiden Foren, an der sich auch die interessierten Zuhörer beteiligen konnten.

Unter der Leitung von Martina Fietz aus der Bonner WELT-Redaktion widmete sich die erste Gesprächsrunde den Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Bekämpfung der Kriminalität. Daß die CDU dabei mit ihrem konsequenten Eintreten für mehr innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit in Europa auf dem richtigen Weg ist, bestätigte unter anderem der Koordinator der Europol-Drogenstelle in Den Haag, Jürgen Storbeck, in seinen Diskussionsbeiträgen.

Professor Ulrich Rommelfanger, Rektor der Fachhochschule für Polizei des Freistaates Sachsen, erläuterte die nächsten Schritte für eine noch bessere Sicherung der EU-Außengrenzen: Die sächsische Staatsregierung könne bereits jetzt auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Polizei- und Justizbehörden in Polen und in der Tschechischen Republik verweisen. Die Notwendigkeit einer solch grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn unterstrich auch Bernd Walter vom Grenzschutzpräsidium Ost. Er zeichnete zugleich ein positives Bild von der erfolgreichen Arbeit des Bundesgrenzschutzes an der Ostgrenze in den vergangenen Jahren. Die professionelle Arbeit der deutschen Behörden wird dabei auch von den Nachbarstaaten hoch eingeschätzt, wie Monika Ledererova vom tschechischen Innenministerium als Forumsteilnehmerin bestätigen konnte.

Unter dem Arbeitstitel „Bandenunwesen - Drogenkriminalität - Schutzgelderpressung - Die Organisierte Kriminalität kann jeden treffen“ standen während des zweiten Forums dann wieder landespolizeiliche Möglichkeiten einer wirksamen Verbrechensbekämpfung im Vordergrund. Wie erfolgreich solche Bemühungen bei entsprechenden politischen Voraussetzungen sein können, erfuhren die Teilnehmer von Gerhard Forster, dem Präsidenten des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Bayern erziele seit Jahren mit einer rechtsstaatlich abgesicherten Zusammenarbeit

zwischen Polizei, Verfassungsschutzbehörden und Justiz bei der Vorfeldbeobachtung der organisierten Kriminalität hervorragende Ergebnisse. Der Berliner Innensenator Jörg Schönbohm pflichtete dem bei, wußte er doch gerade vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen bei der Kriminalitätsbekämpfung in der Hauptstadt um die Wichtigkeit der Stärkung des Verfassungsschutzes.

Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel motivierte in seiner abschließenden Rede nochmals alle Veranstaltungsteilnehmer für die bevorstehenden Wahlkämpfe. Sowohl die Reden als auch die fachbezogenen Diskussionen der Forumsteilnehmer hätten die unzweifelhafte Kompetenz der CDU in allen Fragen der Inneren Sicherheit bewiesen.

#### **1.4 Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern**

##### *Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden*

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern fanden zeitgleich mit der Bundestagswahl statt. Die Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden wurden deshalb in das Gesamtkonzept für den Bundestagswahlkampf eingepaßt.

Am 22. Juli 1998 führte der Parteivorsitzende an der mecklenburg-vorpommernschen Ostseeküste eine Ferienaktion durch, bei der Heringsdorf, Binz und Kühlungsborn besucht wurden. Weitere Wahlkampfkundgebungen fanden in Neustrelitz, Greifswald und Schwerin statt.

##### *Bundesrednereinsatz*

Da die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit der Bundestagswahl zusammenfiel, wurden auch die Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag in den zentralen Rednereinsatz einbezogen. Insgesamt wurden in Mecklenburg-Vorpommern 82 Veranstaltungen durchgeführt, davon 44 mit Präsidiumsmitgliedern und Bundesministern.

##### *Fachkonferenz Ostsee*

Mit Blick auf die Landtagswahl hat der Bundesfachausschuß Umweltpolitik der CDU am 1. Juli 1998 in Rostock eine Fachkonferenz zu den ökologischen und ökonomischen Perspektiven des Ostseeraumes durchgeführt. Unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Kurt-Dieter Grill MdB, zogen nationale und internationale Experten eine Bilanz der aktuellen Situation und diskutierten ökonomische und ökologische Entwicklungslinien.

Die Fachkonferenz hat die Bedeutung der Großregion Ostsee, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder zu einem verbindenden europäischen Binnenmeer geworden ist, hervorgehoben und Vorschläge erarbeitet, wie das politische, kulturelle und wirtschaftliche Wachstumspotential des Ostseeraumes effizient und verantwortungsvoll genutzt werden kann.

Im Mittelpunkt stand dabei die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung in der Großregion Ostsee. Es wurde deutlich, daß dazu sämtliche Politikbereiche, aber auch Wirtschaft und Verbände national wie

international gemeinsam beitragen müssen. In diesem Zusammenhang wurde die sogenannte Baltic 21 besonders hervorgehoben, bei der es sich um den weltweit ersten, von den Staaten einer Region gemeinsam formulierten Aktionsplan handelt. Er soll die bestehende Umweltzusammenarbeit ergänzen und insbesondere die Einbeziehung des Umweltschutzes in die Politikbereiche Energie, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr und Raumordnung verbessern.

Es bestand Übereinstimmung, daß Staat und Gesellschaft weitaus stärker als bisher in einen Dialog über umweltpolitische Erfordernisse eintreten müßten. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die erfolgreiche Initiative von Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel „Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung“ verwiesen, mit der die vorrangigen Handlungsfelder einer nachhaltigen Entwicklung benannt und die gesellschaftlichen Gruppen zur Diskussion eingeladen wurden.

Unterstrichen wurde auch, daß die Verkehrsentwicklung große Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung hat; die umweltschonende Bewältigung des zunehmenden Verkehrsaufkommens im Ostseeraum wird in den kommenden Jahren eine zentrale Aufgabe der Umwelt- und Verkehrspolitik sein. Die Tourismuswirtschaft im Ostseeraum gewinnt im Zuge der Öffnung Osteuropas gleichfalls zusätzliche Bedeutung. Deshalb müssen Naturschutz und Erholungsvorsorge richtig miteinander verknüpft werden. Nachhaltiger Tourismus bietet die Chance, wertvolle Ökosysteme wie die an den deutschen Küsten noch zu 80 Prozent erhaltenen Dünengebiete zu bewahren.

Ein Fazit der Fachkonferenz lautet, daß die Entwicklung des Großraums Ostsee die gemeinsame Aufgabe der Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft und Verbänden sein muß. Die Motivation und die Kompetenz der Entscheidungsträger vor Ort - in den Kommunen wie in den Betrieben - ist ein Erfolgskriterium für effizienten Mitteleinsatz und Innovation und damit zugleich die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Region mit einer außergewöhnlich hohen Lebensqualität.

## 2. Parteigremien

### 2.1 10. Parteitag der CDU Deutschlands in Bremen

Ein deutliches Signal der Geschlossenheit und des Siegeswillens setzte die CDU Deutschlands mit ihrem 10. Parteitag in Bremen. Mit dem Motto: „Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert“ unterstrich die CDU ihren politischen Führungsanspruch. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wurde nach seiner kämpferischen Rede von den Delegierten minutenlang mit stehenden Ovationen gefeiert.

Mit dem Parteitag gelang es, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß die CDU geschlossen und engagiert in den Wahlkampf gehen wird. Vom Parteitag ging ein Signal aus, das sowohl in der Partei, als auch in der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde. Der gelungene Parteitag wirkte sich auch die politische Stimmung aus: Die Umfragewerte der Union verbesserten sich nach dem Parteitag deutlich.

Die CDU präsentierte sich mit ihrem Parteitag als gesamtdeutsche Partei, die dem Aufbau Ost Priorität einräumt. Es wurde deutlich, daß die CDU die Partei der Bürgerrechtler ist. Auf dem Parteitag traten die drei DDR-Bürgerrechtler Thomas Auerbach, Reinhard Klingenberg und Siegfried Reiprich der CDU bei.

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, rief die Partei zur Geschlossenheit auf. In seiner kämpferischen Rede warf er den Sozialdemokraten vor, die Steuerreform blockiert und damit Stillstand produziert zu haben. Er machte deutlich, daß es um die politische Richtung in Deutschland gehe. Der Bundeskanzler gab in seiner Rede den Kurs vor, der das Land in eine gute Zukunft führen werde. Die CDU kämpfe für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze, für einen bezahlbaren Sozialstaat und die Sicherheit der Bürger. Sie stehe dafür, daß der Aufbau Ost weiter vorankomme und Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik auf dem bewährten Kurs bleibe.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, machte deutlich, daß die CDU Reformbereitschaft und Verlässlichkeit verbinde. CDU und CSU würden den Wandel gestalten und das Land voranbringen. Die Union wolle eine Gesellschaft des sozialen Miteinanders, nicht des egozentrischen Nebeneinanders.

Generalsekretär Peter Hintze nahm eine klare Ortsbestimmung für die CDU vor: „Wir sind die politische Mitte in Deutschland und niemand sonst.“ Die SPD habe die Mitte längst geräumt, so der Generalsekretär. Er verurteilte scharf die Zusammenarbeit von SPD und PDS in Sachsen-Anhalt.

Der Parteitag machte den engen Schulterschuß zwischen CDU und CSU deutlich. Das Grußwort des CSU-Vorsitzenden, Finanzminister Dr. Theo Waigel wurde mit großer Zustimmung aufgenommen.

Mit dem Zukunftsprogramm, das in einer Kommission unter dem Vorsitz des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble erarbeitet wurde, beschlossen die Delegierten einstimmig die inhaltliche Grundlage für den Bundestagswahlkampf.

## 2.2 Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 9. Parteitag zu 26 Sitzungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch den Vorsitzenden waren folgende Themen Schwerpunkt der jeweiligen Sitzung:

- Stand der Planung der Partei-, Fraktions- und Regierungsarbeit bis zur Wahl '98 (28. 10. 1997)
- Behandlung der Überweisungen des 9. Parteitags an den Bundesvorstand (10. 11. 1997)
- Soziale Sicherung (24. 11. 1997)
- Wirtschaftliche Lage in Deutschland (8. 12. 1997)
- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstandes (9. 1. 1998)
- Arbeit der Fraktion und weitere Jahresplanung (26. 1. 1998)
- Fragen im Zusammenhang mit dem Umzug der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin (9. 2. 1998)
- Erste Analyse der Landtagswahl in Niedersachsen (2. 3. 1998)
- Erste Analyse der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein (23. 3. 1998)
- Stand der Vorbereitungen zur Einführung des Euro (30. 3. 1998)
- Erste Analyse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (27. 4. 1998)
- Euro-Beschluß des EU-Gipfels (4. 5. 1998)
- Vorbereitung des 10. Parteitags in Bremen (17. 5. 1998)
- Phasenplanung des Wahlkampfes zur Bundestagswahl (27. 5. 1998)
- Stand des Wahlkampfes (8. 6. 1998)
- Haushalt der CDU, Finanzausgleich, Finanzrahmen BGS Berlin (22. 6. 1998)
- Bundeshaushaltsentwurf 1999 (6. 7. 1998)
- Bundestagswahlkampf; Lage im Kosovo (10. 8. 1998)
- Bundestagswahlkampf; Situation in den neuen Ländern (17. 8. 1998)
- Bundestagswahlkampf; aktuelle Lage am Arbeitsmarkt (31. 8. 1998)
- Ausgang der Landtagswahl in Bayern (14. 9. 1998)
- Bundestagswahlkampf; Wahlauf Ruf (21. 9. 1998)
- Erste Analyse der Bundestagswahl (28. 9. 1998)
- Personelle und sachliche Konsequenzen aus der Bundestagswahl (5. 10. 1998)
- Vorbereitung des 11. Parteitags (22. 10. 1998)
- Vorbereitung des 11. Parteitags (6. 11. 1998)

Darüber hinaus spielten folgende Einzelthemen in Sitzungen des Präsidiums im Berichtszeitraum eine wesentliche Rolle:

### *Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik*

- Wirtschaftsentwicklung, insbesondere in den neuen Ländern
- Monatszahlen der Bundesanstalt für Arbeit
- Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
- Europäischer Beschäftigungsgipfel

- Vermögensbildung
- Altersteilzeit
- Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst
- FFH-Richtlinie
- Beschäftigung im Baugewerbe
- Lage in der Landwirtschaft
- Castor-Transporte
- Europäischer Medienmarkt
- Vergabe ABM
- ICE
- Kartellrecht
- Aktienrecht
- Postgesetz

#### *Finanzpolitik und Euro-Einführung*

- Steuerschätzung November '97
- Bundeshaushalt 1999
- Länderfinanzausgleich
- Steuerstruktur
- Verhältnis direkter zu indirekten Steuern
- Solidaritätszuschlag
- Ergebnisse ECOFIN-Rat März '98
- Ergebnisse EWI-Konvergenzbericht
- Einschätzung Euro durch Bundesbank

#### *Sozial- und Familienpolitik*

- Rentenreform
- Entwicklung des Rentenversicherungsbeitrags
- Lage der Krankenkassen in den neuen Ländern
- Überregionale Solidarität in den Sozialversicherungen
- Pflegeversicherung
- Heim-Mindestpersonal-Verordnung
- Kinderbericht der Bundesregierung
- Schwangerenkonfliktberatung
- Lage der Studierenden in Deutschland

#### *Außen-, Sicherheits- und Europapolitik*

- Lage in Rußland
- Lage im Kosovo

- Situation in Bosnien
- Situation im Nahen Osten
- Verhältnis Deutschland/Tschechien
- Verhältnis Deutschland/Türkei
- Agenda 2000
- Subsidiarität in Europa
- Eurofighter

#### *Innen-, Rechts- und Bildungspolitik*

- Entbürokratisierung
- Staatsangehörigkeitsrecht
- Ausländerintegration
- Verstärkter Asylruck durch kroatische Flüchtlinge
- International organisierte Kriminalität
- Elektronische Beweissicherung
- Enteignungen '45 bis '49
- Aussiedlerpolitik
- Hochschulrahmengesetz
- Nichtraucherchutzgesetz
- Bezirksreform Berlin
- Gestaltung des Staatsaktes am 3. Oktober

#### *Parteiangelegenheiten und Strategiefragen*

- Zukunftsprogramm
- Wahlplattform
- Aufschwung-Kampagne
- Landtagswahl in Niedersachsen
- Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
- Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
- Landtagswahl in Bayern
- Kommunalwahl in Schleswig-Holstein
- Kommunalwahl in Brandenburg
- SPD-PDS-Zusammenarbeit
- Umgang mit der PDS
- Umgang mit den Rechtsradikalen
- Verhältnis zu den Kirchen
- DDR-Bürgerrechtler in der CDU
- Rolle der Medien im Wahlkampf



# Die Auftaktkampagne

Die CDU startete im März mit Plakaten und Aufklebern die Kampagne „Lass´ Dich nicht anzapfen!“.

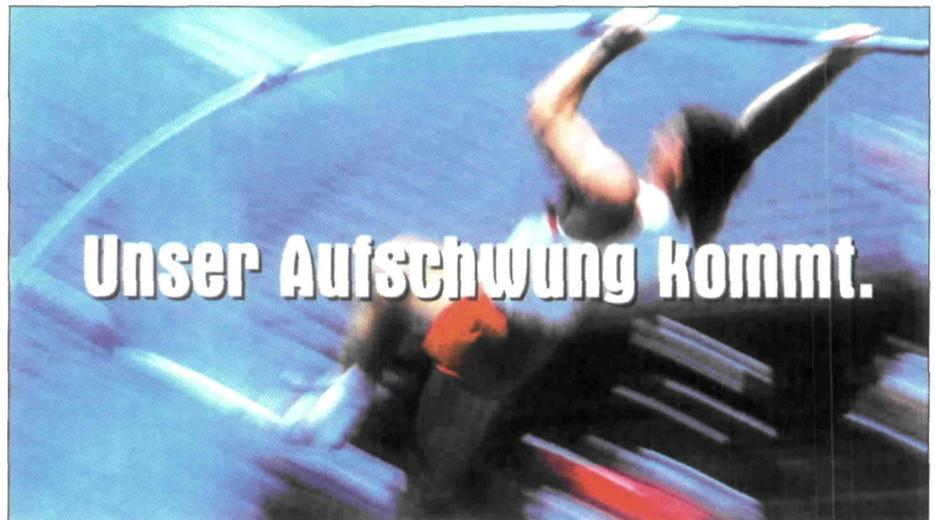
Zum Linksbündnis von SPD und PDS in Sachsen-Anhalt legte die Bundesgeschäftsstelle das Plakat „Wir sind bereit“ vor. Ab April folgte die „Aufschwungkampagne“ mit drei aufeinanderfolgenden Plakatmotiven.



**LASS' DICH  
NICHT  
ANZAPFEN!**



**CDU**



**Unser Aufschwung kommt.**

**CDU**

**neuer  
Aufschwung,  
neue  
Arbeit!**

**CDU**

**Der Aufschwung  
ist da!**



**schöne Ferien!**

**CDU**

**Wir sind bereit  
SPD**



**PDS**

**Aufpassen Deutschland!**

**CDU**





# Die EURO-Kampagne

Ihre EURO-Kampagne setzte die Bundesgeschäftsstelle bis in den Monat Mai fort. Dazu gehörten u.a. EURO-Regionalveranstaltungen, Argukarten, ein Aktionsleitfaden, die Multimedia-CD-ROM und speziell für Kinder und Jugendliche „EURO for Kids“.

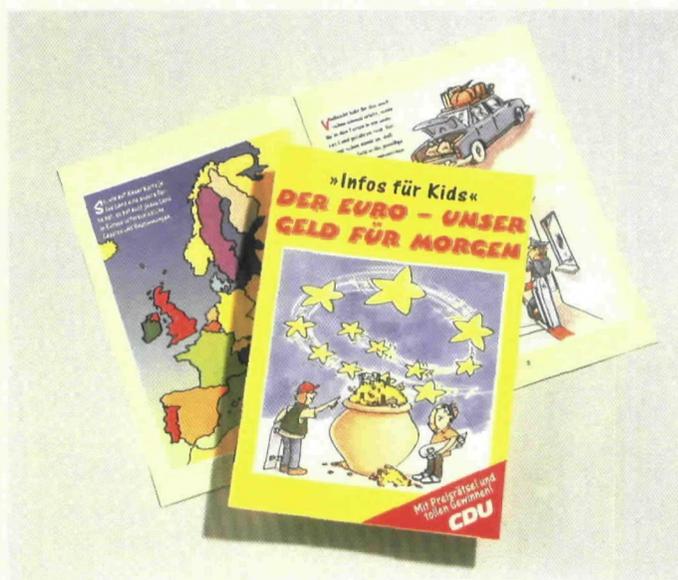


**EURO**  
Die Währung  
für eine sichere  
Zukunft

Leitfaden für  
Veranstaltungen  
rund um den  
**EURO**

WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT **CDU**

001	HAMBURG
022	MÜNCHEN
051	FRANKFURT
080	WIESEN
089	SÜLFERT
019	BERLIN
013	AMSTERDAM
074	MÜNCHEN





# Der Parteitag in Bremen



Vom Parteitag (17.-19. Mai) in Bremen ging das Startsignal für den Bundestagswahlkampf aus. Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, wurde formal zum Spitzenkandidaten der CDU nominiert. Das Zukunftsprogramm wurde verabschiedet.



# Die Angriffskampagne

## Schlußlicht



**Wie Lafontaine,  
Schröder & Co.  
den Abstieg  
organisieren**

Eine Dokumentation zur SPD-Politik

**WIR GESTALTEN ZUKUNFT! CDU**

## Schlußlicht



**Wie Lafontaine,  
Schröder & Co.  
den Abstieg  
organisieren**

**WIR GESTALTEN ZUKUNFT! CDU**

## Der rot-grüne Kandidat

**CDU**

*Was kostet uns  
Rot/Grün?*

**Bündnis90/Die Grünen:**  
Politik des Umverteils und Abkassierens,  
der staatlichen Lenkung und Bevormundung

*Was kostet uns  
Rot/Grün?*

**SPD-Programm:**  
Populismus und Blendung  
statt Seriosität und Solidität

## WAS LEISTET ROT-GRÜN?

**Steuerreform blockiert  
Verbrechen ignoriert  
Bildung reduziert  
Landesfinanzen ruiniert**



**WIR GESTALTEN ZUKUNFT!  
CDU**

*Klassenarbeitsheft  
Gerhard Schröder*

Schon zu Beginn des Jahres startete die Bundesgeschäftsstelle ihre Angriffe auf die politischen Gegner. Zunächst wurde die Broschüre „Schlußlicht“ veröffentlicht. Ab April kamen weitere Schriften und Wandzeitungen hinzu, in denen sich die CDU sowohl mit den Linken wie den Rechten auseinandersetzte.

**10 gute  
Gründe,**

warum Rechtsradikale  
in deutschen Parlamenten  
nichts zu suchen haben

**CDU**

**10 Gründe,**

warum die PDS  
nicht an der Macht  
beteiligt werden darf

**CDU**



# Die Anzeigenkampagne

Ab Juni erschienen regelmäßig Balkenanzeigen in der „Bild-Zeitung“ und ab August auch in den Boulevard-Blättern

„Express“ und „BZ“. In den Anzeigen stellte die CDU die Erfolge der Bundesregierung und die Persönlichkeit des

Bundeskanzlers heraus, setzte sich aber auch kritisch mit Rot/Grün auseinander.

## Schröders Steuer-Willkür.

Die NEIN-Partei SPD und ihr Kandidat. Erst haben sie die Steuerreform verhindert, jetzt wollen sie bei allen abkassieren. Schröder im „Stern“ von gestern: „Es steht nirgendwo geschrieben, daß nicht jeder Bürger – auch der Inhaber eines Betriebes – nicht einen Mindestsatz an Steuern zahlen muß.“

**Jetzt greift er allen in die Tasche** **CDU**

## Klasse: Jumbo-Aufschwung!

**SPD, was sagste nu? Auf geht's mit der CDU**

Wachstum plus 3,8% Export plus 13,4% Investitionen plus 10,7% Privater Konsum plus 2,8% Trendwende am Arbeitsmarkt geschafft Beschäftigung plus 744.000 und die Zahl der offenen Stellen steigt, jetzt über 1,3 Mio.

**Helmut Kohl, Bundeskanzler**

**CDU**

Grüne endgültig Rad ab? Baustop-Plan für die schnellen Straßen. Das sind Ihre Partner, Herr Schröder!

## Bummelwahn statt Autobahn

Erst 5-Mark-Benzin und Mallorca alle 5 Jahre, dann Tempo 30 bis 100, jetzt der Schleichzwang: Schlimmer Schlag gegen Autofahrer und Arbeitsplätze in der Autoindustrie. Ohne uns

**CDU**

**Preise stabil wie nie**

## Bei uns bleibt das Geld hart

Preisentwicklung im Juli 0,9 %. Rekord-Tief. Kerninflation sogar nur 0,5 %. Geringste Rate seit 1987. Das alles trotz der Kosten der Einheit. Schöne Folge: Die Zinsen bleiben extrem niedrig. **Wir schreiben schwarze Zahlen.**

**Sicherheit statt Risiko**

**CDU**

## Schröder. Hoppla, jetzt kommt nichts

Satzandies in einer Anzeige in der „Welt“ am 4.8. Und jetzt sein 100-Tage-Programm: Das Urteil von CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble: „Eine Luftnummer. Die deutsche Presse sieht

es genauso, von links bis rechts. „Wie ein sozialdemokratisches Steuerkonzept aus sehen kann, ist nicht erkennbar.“ (Süd-deutsche Zeitung). „Für jeden was ins Köbchen.“ (Westdeutsche Allgemeine)

„Wachswelch“ (Handelsblatt). „Wo Schröders Programm konkret ist, wird es teuer. Wo es nichts kostet, bleibt es abstrakt.“ mit Schröder zurück zu alten Utens.“ (Frankfurter Allgemeine). „Durch

und durch unspektakulär.“ (Frankfurter Rundschau). „Ein Dokument, wahltaktischen Kleinmuts.“ (Die Welt). „Schlichtes Stückwerk und kaum der Rede wert.“ (Leipziger Volkszeitung). **Noch Fragen?**

**Klarheit wählen!**

**CDU**

## Lafontaine & Schröder: Bündnis gegen Arbeit

Zahlen lügen nicht. Hier der aktuelle Vergleich zwischen den SPDgeführten Ländern Niedersachsen (Schröder), Saarland (Lafontaine) und NRW sowie den

unionsregierten Ländern: Bayern (Stoiber) und Baden-Württemberg (B.W. Teufel). Arbeitslosenquote August '98 (Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit): Bayern 6,5 %

BW 6,9 % NRW 10,3 % Niedersachsen 10,7 % Saarland 11,2 % Jugendarbeitslosigkeit: Bayern 6,8 % BW 7,8 % NRW 12,3 % Saarland 13 % Niedersachsen 14,2 % Die

beiden Ministerpräsidenten Lafontaine und Schröder beweisen in ihren Ländern jeden Monat, daß sie in der Landespolitik versagen. Arbeit schafft man nicht mit links

**Sicherheit statt Risiko!**

**CDU**

## Grüner Großangriff auf alle Autofahrer

Erst 5-Mark-Benzin und alle 5 Jahre Mallorca. Jetzt: Tempo 30-Stop in den Städten, Tempo 80-Stop auf Landstraßen, Tempo 100-Stop auf Autobahnen. Wenn der grüne Wahn es will, stehen alle Räder still. Deutschland demnächst im Dauer-Stau? Nicht mit uns!

**CDU**



# Die Argumente und Programme

## Zukunftsprogramm

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands



**CDU**

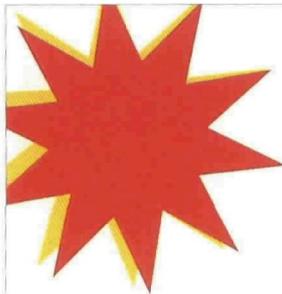
1998 - 2002

## Wahlplattform



sicher in die Welt von morgen

**CDU**



Damit das Land nicht **rot** wird.



**CDU**



## Das ist nur mit der CDU zu haben

Argumente zur Bundestagswahl 1998

sicher in die Welt von morgen

**CDU**

Mit einer Reihe von Materialien begründete die CDU ihren Anspruch auf die Gestaltung der Zukunft unseres Landes.

Dabei nahm das „Zukunftsprogramm“ und die gemeinsame Wahlplattform von CDU und CSU eine besondere Stellung ein.

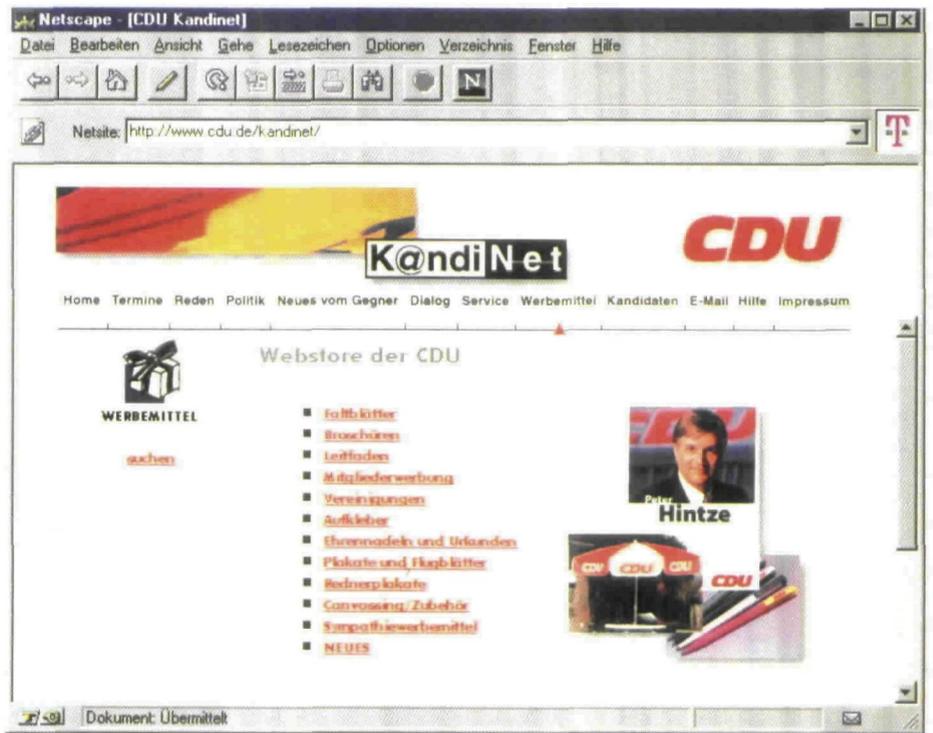




# Der Kandidatensevice



Alle Direktkandidaten der CDU nutzen die Angebote des Kandidatenservices der Bundesgeschäftsstelle. Neben bereits bewährten Dienstleistungen wie der Erstellung von Kandidatenprospekten und -plakaten sowie einem Angebot von speziellen Kandidaten-Werbemitteln stellte die Bundesgeschäftsstelle als neues Kommunikationsinstrument das KandiNet vor. Zu dem geschlossenen Netz hatten nur die Bundestagskandidaten und ihre Mitarbeiter Zugang. Dort konnten sie u.a. aktuelle Redebausteine, Infos vom politischen Gegner und Werbemittel direkt abrufen.

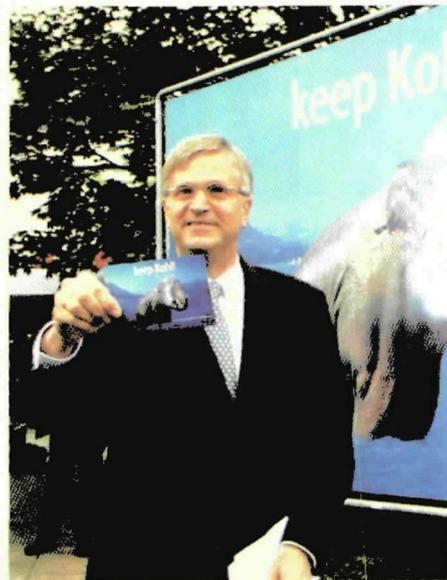
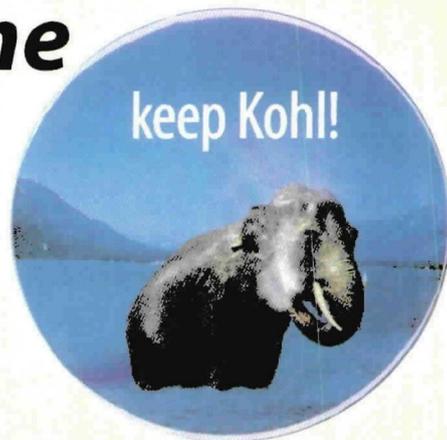




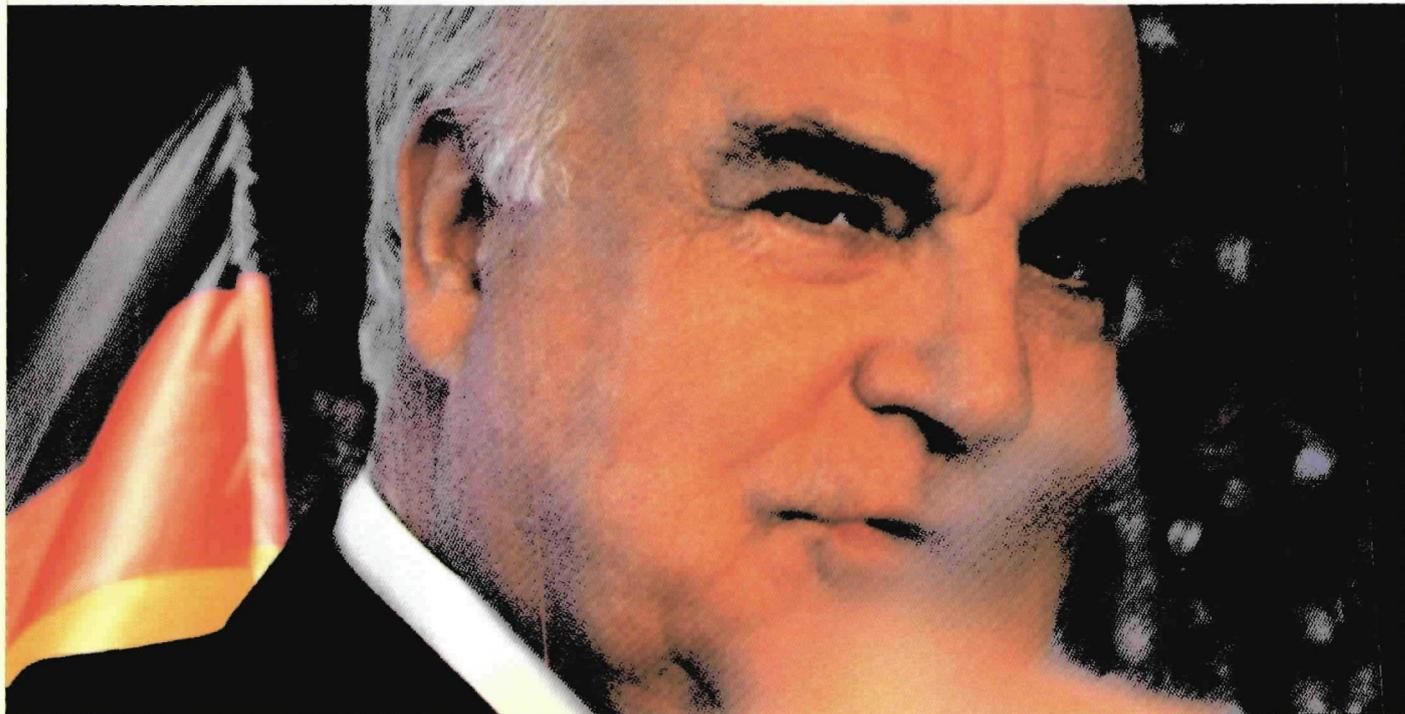
# Die Kanzlerkampagne

Mit Aufklebern, Buttons und einer Wandzeitung „Keep Kohl“ startete die Kanzlerkampagne im Sommer. Zudem gab es den Button „Ich bin für Kohl“, der ebenso wie die „Keep Kohl“ Buttons

vor allem auf den insgesamt 62 Kanzlerkundgebungen bei den Zuhörern auf großes Interesse stießen. Das Plakat „Weltklasse für Deutschland“ war das zentrale Motiv in der heißen Phase des Wahlkampfes.



## Weltklasse für Deutschland





# Die CDU im Internet



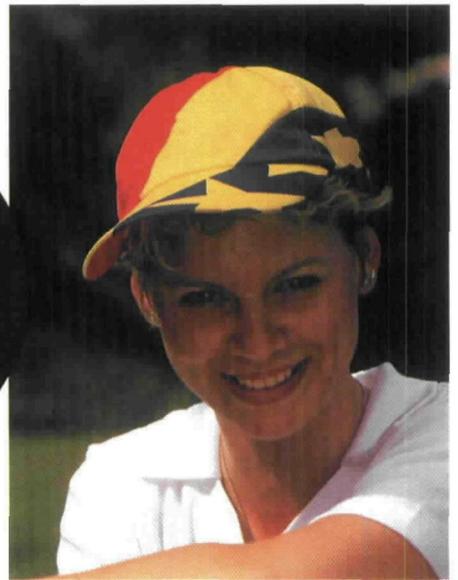
Von den Nutzern wie den Medien gleichermaßen gelobt wurde das Internet-Programm der CDU Deutschlands. Zum Parteitag in Bremen und für die heiße Phase des Wahlkampfes überarbeitete und gestaltete die Bundesgeschäftsstelle ihr Programm. Auf der CEBIT-Home in Hannover, Ende August, war der CDU-Stand der begehrteste aller politischen Anbieter auf der Messe. Das Highlight unter den Live-Diskussionen im CDU Internet-Programm war der zweistündige Online-Gedankenaustausch mit Bundeskanzler Helmut Kohl am 18. September.





# Die Sympathiewerbemittel

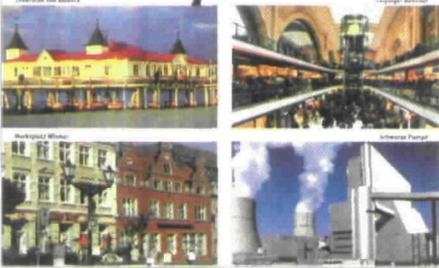
Der weiterentwickelte „Smilie“ auf den Sympathiewerbemittel der Bundesgeschäftsstelle sorgte für ein frisches Erscheinungsbild der CDU.



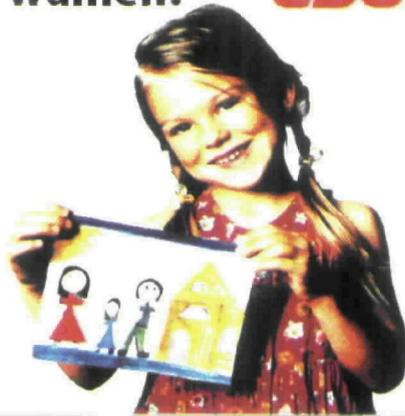


# Die Auftaktkampagne

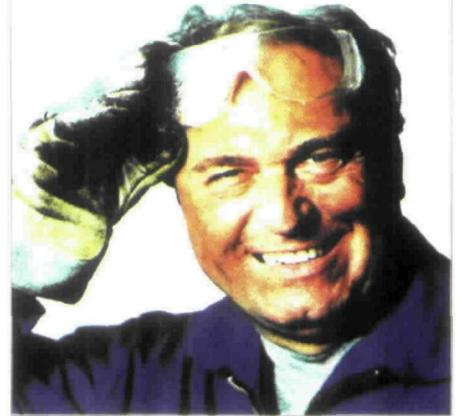
## Blühende Landschaften wählen! **CDU**



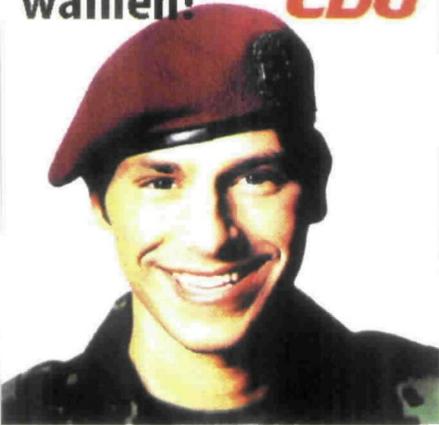
## Familie wählen! **CDU**



## Aufschwung wählen! **CDU**



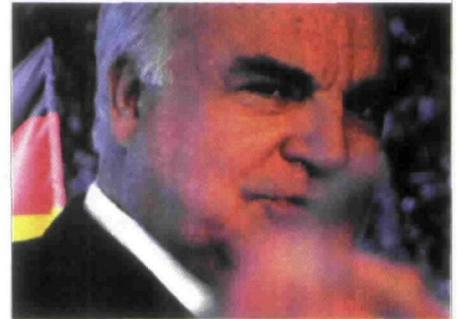
## Frieden wählen! **CDU**



## Sicherheit wählen! **CDU**



## Weltklasse für Deutschland



# **CDU**

## Sicherheit statt Risiko

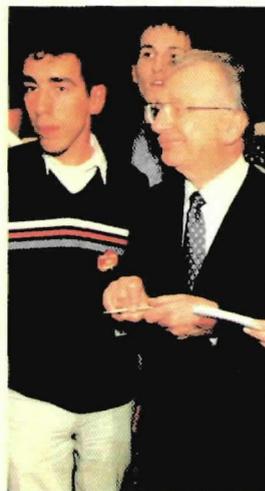
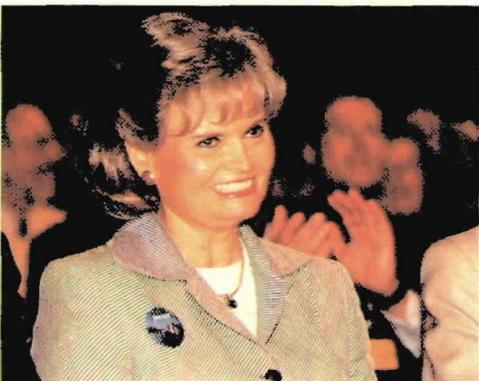
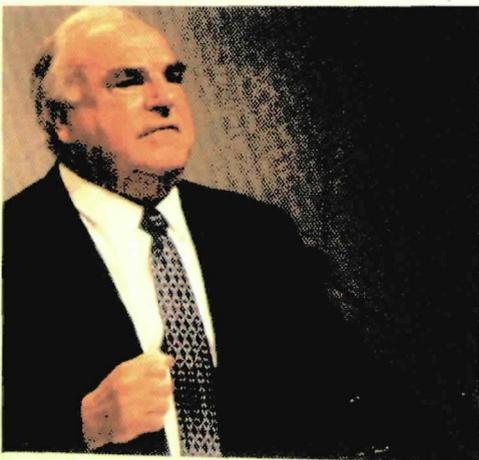
Für Deutschland

# **CDU**

Sieben Motive stellte die Bundesgeschäftsstelle den Verbänden für ihre Plakatierung zur Verfügung. Sowohl die zentralen politischen Themen der CDU wurden bei den Motiven aufgenommen, wie das Hauptmotiv „Weltklasse für Deutschland“ und das Schlußplakat „Sicherheit statt Risiko“.



# Die Wahlkampföffnung



Ein kurzweiliges Musik- und Showprogramm am Vormittag brachte die 12.000 Teilnehmer bei der Wahlkampföffnung in der Dortmunder Westfalenhalle richtig in Fahrt, ehe dann am Mittag die Spitzen der Union ans Mikrophon gingen. Höhepunkt des Tages war die Rede von Bundeskanzler Kohl. Von Dortmund ging die CDU – hochmotiviert – in die Schlußphase des Wahlkampfmarathons.



# Die Massenverteilungsmittel

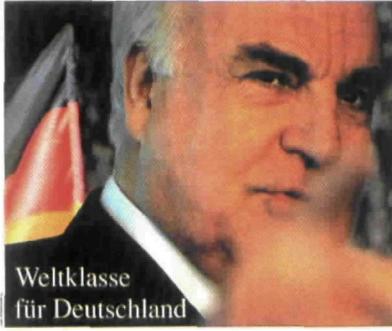
Die „NBI - Neue Bundesländer-Illustrierte“ wurde in einer Auflage von 6,5 Millionen Exemplaren flächendeckend an alle privaten Haushalte in den neuen Bundesländern verteilt.

Das zentrale Massenverteilungsmittel im Bundestagswahlkampf war „Die Wahlillustrierte“ mit einer Gesamtauflage von über 21 Millionen Exemplaren. Sie wurde Programmzeitschriften beigeheftet, regionalen Tageszeitungen beigelegt und von den Gliederungen der Partei verteilt.

Das Zeitungsflugblatt „CDU aktuell“ erschien im Mai in der Auflage von 200.000 Exemplaren. Mit dem Zeitungsflugblatt „W.I.R.“ gab die Bundesgeschäftsstelle in der Schlußphase den Parteigliederungen ein zusätzliches wichtiges Verteilungsmittel an die Hand.

ANZEIGER

## DIE WAHL ILLUSTRIERTE



Weltklasse für Deutschland

- Gewalt muß bekämpft werden!
- Die Steuern müssen runter!
- Der Aufschwung muß weitergehen!
- Der Euro muß stark werden!

Wahl: Illustration von CDU

Wahl: 50% bis zu 5,5%  
 Export: +15,5%  
 Investitionen: +10,7%  
 Preisstabil: +0,5%  
 Öffliche Stellen: über 1 Mio.  
 Arbeitslosigkeit: 744.000

WISSENSCHAFTLICHES ZEITUNGSPROJEKT

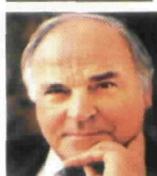
WISSENSCHAFTLICHES ZEITUNGSPROJEKT

## CDU aktuell

Deutschlands starke Seiten

### AUF-SCHWUNG SCHAFFT ARBEITS-PLÄTZE

### Neuer Aufschwung, neue Arbeit



Deutschland ist modernisiert geworden

Viele neue Stellen  
 Preise stabil wie nie

## Der Aufschwung greift auf breiter Front

Über 700.000 Arbeitsplätze...  
 Die Welt in Führung mit...  
**CDU aktuell!**  
 W.I.R. Wichtig Interessant Richtig  
**Kohls Abrechnung mit Rot-**  
 Duell im Bundestag - so verlor Schröder die S...  
**Respekt für diesen Kanzler!**  
 So urteilen die Kollegen  
**Ein Prost mit Rbe-Wein für den starken Mann am Rhein**  
**NEWS ++**  
**Luxus-Schröder**  
**Der Kanzler und die Titeln**  
**Frauen-Power**  
**Kohl ist Kult**  
**Meister-BAGG**  
**Autisch! Das tut weh**  
 Was Rot-Grün den Bürgern zumuten will

Neue Bundesländer Illustrierte

# NBI

Die Zeit im Bild Sonder-Ausgabe

## Ein Land voller Superlative

Seiten 38 - 39

Die Guinness-Rekordler aus dem Osten  
 Seiten 6 - 8

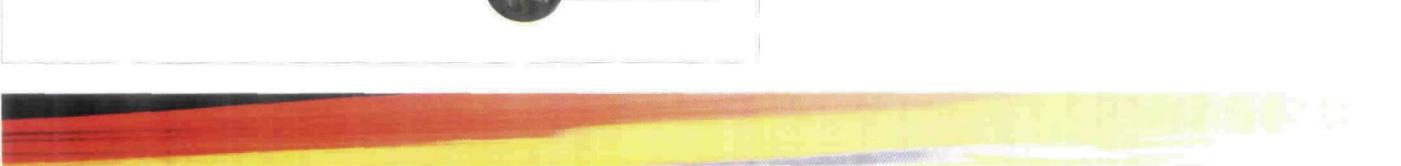
Wismut-Schlema im Erzgebirge  
**Uran-Gebiet bald wieder Kurparadies**  
 Seiten 10 - 13

Meinungsforschung  
**Wo Deutsche sich begegnen, schwinden die Vorurteile**  
 Seiten 14 - 15

Zu gewinnen  
**Ein schnittiger BMW 316 i**  
 Seite 46

Der Kanzler und die Titeln  
 Ines Kuba, 27, Miß Germany aus dem Osten





# Die **Schlußkampagne**

**Briefwahl**  
denn jede Stimme zählt!

**CDU**

**Beide Stimmen für die CDU!**

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen. Die Erststimme gibt er seinem Wahlkreis Kandidaten. Der Kandidat mit den meisten Stimmen im Wahlkreis zieht direkt in den Bundestag ein.

<b>CDU</b> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Mit der Zweitstimme entscheidet sich der Wähler für die Landesliste einer Partei. Nach der Zweitstimme bemißt sich die Zahl der Sitze, die jede Partei im Parlament erhält.

Daher **beide** Stimmen für die CDU!

So unterstützen Sie die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Bundestagswahl am 27. September

**CDU**

Herausgeber: CDU, Bundestagswahlkampf 40. Oberwiesenthaler Freizeitzentrum, Meer 73, 51111 Bonn, 1998/88, Ausgabe 2/88

**Wählen gehen!**

**Sicherheit statt Risiko**

Für Deutschland beide Stimmen

**CDU**

**Sicherheit statt Risiko**

Für Deutschland

**CDU**

**Gegen Rot-Grün**

**Beide Stimmen:**

**CDU**

**Aufbau Ost**

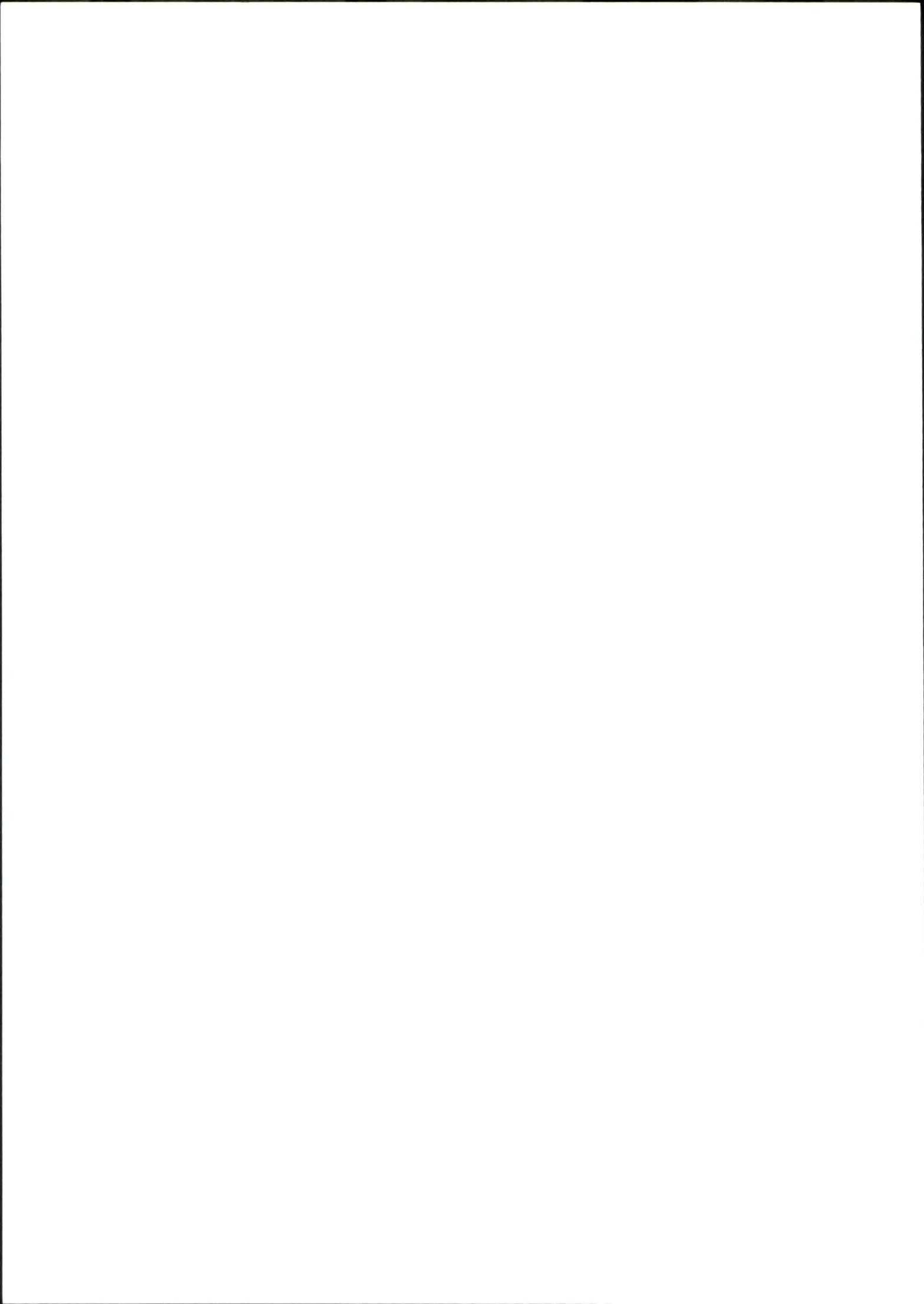
**Nur mit uns!**

**CDU**

In den letzten Wochen vor dem Wahltag kam es darauf an, die Wählerinnen und Wähler zur Stimmabgabe für die CDU zu mobilisieren.

Dazu dienten der Briefwahl-Prospekt, Türanhänger sowie zwei Überkleber für die Plakate.





- Verhalten im Vermittlungsausschuß
- Koalition in Thüringen
- Parteienfinanzierung

### **2.3 Bundesvorstand**

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu zwanzig Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

#### *Parteiarbeit und Strategiefragen*

- Neuberufung von Mitgliedern in die Bundesfinanzkommission
- Fragen des Parteienfinanzierungsrechts
- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 9./10. Januar 1998 in Windhagen
- Aktuelle Lage der SPD
- Wahlkampfstrategie der SPD
- Innovationskongreß der CDU am 21. Januar 1998 in Bonn
- Aktuelle Lage der FDP
- Zielgruppenansprache von Aussiedlern im Wahlkampf
- Landtagswahlkampf Niedersachsen
- Landtagswahlkampf Sachsen-Anhalt
- Aktuelle Lage von Bündnis 90/Grüne
- Aktuelle Lage und Strategie der PDS/Auseinandersetzung mit der PDS
- Strategie und Themenschwerpunkte der CDU im Bundestagswahlkampf
- Gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU
- Aktuelle Lage der CSU/Verhältnis zwischen CDU und CSU
- Aktuelle Entwicklungen in den christlichen Kirchen/Verhältnis der CDU zu den Kirchen
- Aktuelle Entwicklungen bei den Gewerkschaften/Verhältnis der CDU zu den Gewerkschaften
- Aktuelle Entwicklungen bei den Wirtschaftsverbänden/Verhältnis der CDU zu den Wirtschaftsverbänden
- Aktuelle Entwicklungen bei den Sozialverbänden/Verhältnis der CDU zu den Sozialverbänden
- Lage der deutschen Landwirtschaft/Verhältnis der CDU zu den Landwirten
- Verhältnis der CDU zu den Vertriebenen
- Entwicklungen in der deutschen Medienlandschaft
- Aktuelle demoskopische Befunde und Entwicklungen
- Fragen der Mobilisierung für die Bundestagswahl
- Aktuelle politische Entwicklungen in den neuen Bundesländern
- Aktuelle Entwicklungen der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen
- Verkauf des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Niedersachsen



- Beratung und Verabschiedung des Zukunftsprogramms der CDU
- Aktuelle Entwicklungen im rechten Parteienspektrum
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
- Fragen der Finanzierung des Wahlkampfes
- Vorbereitung des 10. Parteitages der CDU Deutschlands in Bremen
- Verabschiedung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Haushaltsjahr 1998 und Festlegung des Kreditrahmens aus Anlaß der Bundestagswahl 1998
- Verabschiedung des Etats für den Bundestagswahlkampf 1998
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Bayern
- Ergebnis und Analyse der Bundestagswahl
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
- Nominierung des Kandidaten für die Wahl des Parteivorsitzenden durch den 11. Parteitag der CDU Deutschlands
- Erneuerung der Fraktionsgemeinschaft mit der CSU
- Vorbereitung der Wahl des Bundesvorstandes durch den 11. Parteitag der CDU Deutschlands

#### *Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik*

- Rentenreform
- Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland
- Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt
- Bundeshaushalt 1998 / Nachtragshaushalt 1997
- Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts
- Frage der Einführung einer streckenbezogenen Gebühr auf Autobahnen
- Finanzhilfen für die neuen Bundesländer
- Frage einer Regionalisierung der Sozialversicherungssysteme/Risikostrukturausgleich
- Entwicklung der Finanzmärkte in Asien
- Postgesetz
- Steuerreform
- Frage der 610,- DM-Beschäftigungsverhältnisse
- Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand
- Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Arbeit für alle“
- Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Förderung von Existenzgründungen und Selbständigkeit
- Programm zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
- Pflegeversicherung
- wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern
- Entwicklung des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern
- Castor-Transporte
- Kombilohn

### *Innen- und Rechtspolitik*

- Ausländerpolitik
- Reform des Staatsangehörigkeitsrechts
- Verlängerung der Verjährungsfristen für SED-Unrecht
- Situation an den Hochschulen/Studentenproteste
- Novelle zum Hochschulrahmengesetz/BAFöG
- Bekämpfung der Organisierten Kriminalität/Regelung zum Abhören von Gangsterwohnungen
- Auftritt des Rechtsextremisten Manfred Roeder vor der Führungsakademie der Bundeswehr
- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen
- Maßnahmen zur Entbürokratisierung
- Asylpolitik/Kurdenproblematik
- Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949
- Innere Sicherheit/Kriminalitätsbekämpfung
- Weltausstellung Expo 2000

### *Außen-, Sicherheits- und Europapolitik*

- Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Luxemburg
- Fragen der Erweiterung der Europäischen Union
- Lage in Bosnien-Herzegowina/Beitrag der Bundeswehr zur Friedenssicherung
- Deutsch-tschechische Beziehungen
- Europäische Wirtschafts- und Währungsunion/Einführung des EURO
- Die Finanzierung der Europäischen Union und der deutsche Beitrag
- Agenda 2000
- Lage im Nahen Osten
- Irak-Krise
- Politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rußland
- Politische und wirtschaftliche Entwicklung in Asien
- Lage im Kosovo

### **2.4 Landesgeschäftsführerkonferenz**

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Vorbereitung Landtagswahlkampf Niedersachsen
- Zielgruppenansprache Aussiedler im Wahlkampf
- Rechtsfragen bei der Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl
- Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen
- Betriebsratswahlen 1998

- Kandidatenservice der Bundesgeschäftsstelle
- Künstlersozialversicherung
- Die politische Ausgangslage des Bundestagswahlkampfes
- Die demoskopische Ausgangslage des Bundestagswahlkampfes
- Die strategische Konzeption des Bundestagswahlkampfes
- Die Themenschwerpunkte des Bundestagswahlkampfes
- Die werbliche Konzeption des Bundestagswahlkampfes
- Organisatorische Aspekte des Bundestagswahlkampfes
- Analyse der Landtagswahl in Niedersachsen
- Analyse der Bundestagswahl
- Analyse der Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
- 11. Parteitag der CDU Deutschlands in Bonn

## **2.5 Bundesfinanzkommission**

Die Bundesfinanzkommission hat im Berichtszeitraum einmal getagt. Sie beschloß, daß der parteiinterne Finanzausgleich für 1998 nach dem gleichen Verteilmodus wie im vergangenen Jahr vorgenommen wird. Außerdem bekräftigte die Bundesfinanzkommission ihre Entscheidung, die neuen Bundesländer zeitlich befristet durch einen pauschalen Zuschuß zu fördern.

Die Finanzkommission hat sich ferner mit der Beratung von Anträgen beschäftigt, die vom Bundesvorstand an die Bundesfinanzkommission überwiesen worden waren. Anträge, die sich auf die Änderungen der Beitragsregelungen (Familienbeiträge) und die Beteiligung an staatlichen Mitteln beziehen, sind noch nicht abschließend behandelt worden.

## **2.6 Bundesparteigericht**

Vorsitzender: Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 1. Oktober 1997 bis zum 31. Oktober 1998 zu drei Sitzungen zusammen. Von den am 1. Oktober 1997 insgesamt zwölf anhängig gewesenen bzw. seitdem neu anhängig gewordenen Parteigerichtssachen (6 Parteiausschluß-Verfahren, 5 Wahlanfechtungen, 1 Einstweilige Ausübung von Mitgliedschaftsrechten) konnten neun Verfahren abgeschlossen werden. Die am 31. August bzw. 10. Oktober 1998 anhängig gewordenen drei Verfahren wegen Einstweiliger Anordnung bzw. wegen Wahlanfechtung können erst nach entsprechender Vorbereitung mündlich verhandelt werden.

Die oben erwähnten neun Parteigerichtsverfahren wurden im Berichtszeitraum wie folgt abgeschlossen: 8 Zurückweisungen der Anträge, Beschwerden und Rechtsbeschwerden, 1 Einstellung infolge Rücknahme des Rechtsmittels.

Im Zusammenhang mit der Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der CDU und in der „Scientology Church (Sekte)“ hatten die ausgeschlossenen früheren CDU-Mitglieder gegen die Ausschluß-Entscheidungen CDU-BPG 3/95 ® und CDU-BPG 1/96 ® , abgedruckt in UiD-Extra 2/97, Klage vor dem Landgericht Bonn (7.0.55/97) erhoben. Diese Klage wurde durch Urteil vom 9. Juli 1997 kostenpflichtig abgewiesen. Gegen diese Entscheidung legten die Kläger Berufung zum Oberlandesgericht Köln ein. Mit Urteil vom 21.4.1998 (22 U 190/97) wurden die Berufungen der Kläger ebenfalls kostenpflichtig rechtskräftig zurückgewiesen.

## **2.7 Bundesfachausschüsse**

### **(1) Bundesfachausschuß Innenpolitik**

Vorsitzender: Johannes Gerster MdL (Rheinland-Pfalz), bis Mai 1997  
Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen), ab Mai 1997

Stellvertreter: Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen), bis Mai 1997  
Alexander Prechtel (Mecklenburg-Vorpommern)  
Volker Bouffier MdL (Hessen), ab Mai 1997

Geschäftsführer: Patrick Kammerer (bis September 1997)  
Karin Althaus-Grewe (ab Oktober 1997)

#### *Schwerpunktt Themen*

Während der 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages befaßte sich der Bundesfachausschuß Innenpolitik schwerpunktmäßig mit den Themen Verwaltungsreform, Aussiedlerpolitik, Wertewandel, Ausländerpolitik, Scientology-Organisation, kommunale Kriminalprävention, Drogenbekämpfung, Organisierte Kriminalität und Verbrechensbekämpfung.

Zum Themenbereich Verwaltungsreform bzw. „Schlanker Staat“, bei dem die CDU-geführte Bundesregierung mit dem Dienstrechtsreformgesetz (1997) und dem Versorgungsreformgesetz (1998) bedeutende politische Marksteine setzte, leistete der BFA Innenpolitik mit der Vorstellung seines Beschlusses „Für einen modernen leistungsfähigen Staat“ im Rahmen einer Pressekonferenz im Februar 1996 einen wichtigen Diskussionsbeitrag im Vorfeld der gesetzgeberischen Arbeit.

Ebenfalls große Resonanz in den Medien fanden sowohl das BFA-Hearing in Mainz unter dem Motto „Zukunft ohne Werte? Gemeinsinn stärken - Rechtsbewußtsein schärfen - Verantwortung annehmen“ im März 1996 als auch die öffentliche Präsentation des Beschlusses „Bekämpfung der Scientology-Organisation - eine Frage der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie“ im August 1996.

Die Anti-Drogen-Politik der CDU erfuhr wichtige Unterstützung und konstruktive Mitarbeit durch den BFA-Beschluß „Suchtfrei leben - Leitlinien für eine Anti-Drogen-Politik der Zukunft“ und durch die Formulierung entsprechender Leitsätze unter dem Titel „Wege aus der Sucht“, die im August 1997 bzw. im Juni 1998 jeweils im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.



### *Schwerpunkthemen*

Die Arbeit des Bundesarbeitskreises Polizei im Berichtszeitraum konzentrierte sich neben der Erörterung aktueller Fragen im Bereich der Inneren Sicherheit auf die Themen: Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, Eigenverantwortung und Mitwirkung des Bürgers an der Inneren Sicherheit, Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendkriminalität, Aufgabenkritik der Polizei und Stärkung der Effizienz des Einsatzes von Polizeibeamten, Stand der Organisationsreform der Polizei in den Ländern, Verbesserung des Verhältnisses zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft sowie Korruptionsvorsorge in der Polizei.

Zu den Vorwürfen von Amnesty International über Mißhandlungen an Ausländern durch deutsche Polizeibeamte erarbeitete der Bundesarbeitskreis eine eigene Stellungnahme, die am 23. April 1996 in Bonn vorgestellt wurde.

Darüber hinaus befaßte sich der Bundesarbeitskreis Polizei insbesondere mit dem Thema Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei, Kommunen und Bürgern, um vor dem Hintergrund der Vorschläge von Bundesinnenminister Manfred Kanther zum Aufbau eines „Sicherheitsnetzes“ erste Erfahrungen zu diskutieren und politisch zu bewerten. Der Bundesarbeitskreis hat ein Arbeitspapier vorbereitet, das Anregungen und Forderungen zur kriminalpräventiven wie auch polizeilichen Arbeit enthält.

Zu den Sitzungen des Bundesarbeitskreises Polizei wurden regelmäßig Experten eingeladen, die zu den Schwerpunkthemen referierten.

### *Beschlüsse/Erklärungen*

- 23. April 1996       „Stellungnahme zu den Vorwürfen von Amnesty International über Mißhandlungen an Ausländern durch deutsche Polizeibeamte“
  
- 25. Juni 1996       „Stellungnahme zum Anti-Diskriminierungsparagrafen im nordrhein-westfälischen Landespolizeigesetz

### **(2) Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur**

Vorsitzender:       Herbert Reul MdL (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter:     Bärbel Sothmann MdB (Hessen)  
                          Dieter Althaus MdL (Thüringen)  
                          Klaus von Trotha MdL (Baden-Württemberg)

Geschäftsführer:   Gabriele Hopp (kommissarisch von Oktober bis Dezember 1997)  
                          Dr. Michael Schmitz (ab Januar 1998)



### *Schwerpunktt Themen*

Vor dem Hintergrund der internationalen TIMSS-Studie und dem Überhandnehmen des sog. schülerbezogenen Unterrichts befaßte sich der Bundesfachausschuß mit unterschiedlichen Lernzielen und verschiedenen Unterrichtsmethoden in der aktuellen Bildungsdebatte, über die Prof. Dr. Franz-Emanuel Weinert vom Max-Planck-Institut für psychologische Forschung/München im Januar 1998 berichtete.

Weiteres Schwerpunktthema war eine umfassende Darstellung der forschungs- und innovationspolitischen Arbeitsschwerpunkte der gesamten Legislaturperiode. Die Diskussionsergebnisse gingen in einem Beschluß-Entwurf des Bundesfachausschusses ein, den der Ausschußvorsitzende Herbert Reul MdL im Anschluß an die BfA-Sitzung vom März 1998 veröffentlichte.

Dritter Themenschwerpunkt war die Frage nach Maßnahmen zur Qualitätssicherung schulischer Bildung. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Herbert Reul MdL entwickelte „Leitsätze für die Schule von morgen“, die er im August 1998 in Bonn der Öffentlichkeit unter großer öffentlicher Resonanz vorstellte.

### *Beschlüsse/Erklärungen*

- 16. Januar 1998 „Unterschiedliche Lernziele - verschiedene Unterrichtsmethoden“
- 23. März 1998 „Forschung - Wissen - Innovation - Arbeit. Forschungs- und Innovationspolitik an der Schwelle zum dritten Jahrtausend“
- 13. August 1998 „Qualität sichern - Lernen fördern - Leistung fordern, CDU-Leitsätze für die Schule von morgen“

### **(3) Bundesfachausschuß Sport**

Vorsitzende: Petra Roth (Hessen)  
Stellvertreter/in: Klaus Riegert MdB (Baden-Württemberg)  
Steffi Schnoor MdL (Mecklenburg-Vorpommern)  
Geschäftsführerin: Edelgard Schönau

### *Schwerpunktt Themen/Beschlüsse*

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU befaßte sich in der vergangenen Legislaturperiode schwerpunktmäßig mit den Themen Ehrenamt im Sport, Rehabilitationssport und Gesundheitsreform, Schulsport, Behindertensport und Förderung des Spitzensports.

Das Thema Ehrenamt im Sport wurde sowohl in einem gesonderten Arbeitskreis wie im Plenum des BFA Sport vor allem unter dem Aspekt diskutiert, wie der freiwillige Einsatz von derzeit 2,5 Mio. Ehrenamtlichen in unseren Sportvereinen auch für die Zukunft erhalten und ausgebaut werden kann. Als Ergebnis seiner Arbeit verabschiedete der BFA Sport am 2. Juli 1996 Thesen zum Ehrenamt im Sport.

Im Zusammenhang mit dem zweiten Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung beschäftigte der BFA Sport sich intensiv mit dem Thema Gesundheitsvorsorge durch Sport und Förderung des Rehabilitationssports. Er faßte am 2. Dezember 1996 einen Beschluß mit der zentralen Forderung, die Förderung des Rehabilitationssportes weiterhin im Pflichtleistungskatalog der Krankenkassen zu belassen.

Das Thema Schulsport, mit dem sich der Bundesfachausschuß Sport bereits in der letzten Legislaturperiode befaßt hat, stand auch in dieser Legislaturperiode im Mittelpunkt seiner Arbeit. Nach wie vor stellen sich folgende Probleme: Wir erleben Kürzungen des Sportunterrichts, Auslagerung in die Vereine und fachlich unzureichend ausgebildete Lehrkräfte.

1996 wurden die Schul- und Sportpolitiker der CDU-Landtagsfraktionen von der Vorsitzenden des BFA Sport angeschrieben und zu entsprechenden Initiativen aufgefordert.

Der BFA Sport der CDU hat am 21. April 1997 in Bonn mit Vertretern der Länder, der Sportmedizin, des Sportlehrerverbandes, des Bundeselternrates und des Deutschen Sportbundes ein Expertengespräch durchgeführt. Die wichtigsten Forderungen aus diesem Gespräch wurden in die „10 Thesen der CDU zum Schulsport“ aufgenommen, die am 30. Juni 1997 verabschiedet wurden.

Ein weiteres Schwerpunktthema war der Behindertensport in Deutschland, zu dem Gespräche mit dem Vorstand des Behinderten-Sport-Verbandes geführt wurden. Die Ergebnisse sind in den Beschluß des BFA Sport „Neue Wege für den Behindertensport“ vom 27. Oktober 1997 eingegangen.

Zum Thema „Förderung des Spitzensports“ wurde am 19. Januar 1998 eine gesonderte Sitzung des BFA Sport mit Bundesinnenminister Manfred Kanther MdB durchgeführt. Im Mittelpunkt der Diskussionen zu diesem Thema standen die Nachwuchsförderung und berufliche Perspektiven für Spitzensportler, die in einem 8-Punkte-Papier zusammengefaßt und am 29. Juli 1998 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Bundestagswahl erarbeitete der BFA Sport sportpolitische Aussagen der CDU zum Wahlkampf. Sie wurden am 4. Mai 1998 verabschiedet und in das Faltblatt „Erfolgreiche Sportpolitik“ aufgenommen.

### *Beschlüsse/Erklärungen*

- 2. Juli 1996           „Thesen zum Ehrenamt im Sport“
- 2. Dezember 1996   „Gesundheitsreform und Rehabilitationssport“
- 21. April 1997       Zehn Thesen der CDU zum Schulsport“
- 27. Oktober 1997   „Neue Wege für den Behindertensport“
- 29. Juli 1998       „Nachwuchsförderung und berufliche Perspektiven für Spitzensportler“

#### **(4) Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik**

Vorsitzender: Dr. Norbert Lammert MdB (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Dr. Gisela Meister-Scheufelen MdL (Baden-Württemberg)  
Dr. Paul Krüger MdB (Mecklenburg-Vorpommern)  
Dr. Dieter Murmann (Schleswig-Holstein)  
Geschäftsführer: Michael Alber

Der Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik hat sich seit seiner Konstituierung schwerpunktmäßig mit den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen für mehr Wachstum und Beschäftigung befaßt. Ausgangspunkt stellt das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vom 30. Januar 1996 dar, das mit Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vom 25. April 1996 konkretisiert wurde.

Ein besonderer Schwerpunkt bildete die Finanz- und Steuerpolitik. Neben Beratungen zu den Jahressteuergesetzen 1996 und 1997 hat der Bundesfachausschuß in der Kommission zur „Zukunft des Steuersystems“ an der Erarbeitung des Leitantes der CDU Deutschlands „Reform der Einkommensteuer“ für den 8. Parteitag in Hannover vom 20. bis 22. Oktober 1996 mitgewirkt. Im Anschluß hat der Bundesfachausschuß die Beratungen der „Petersberger Steuervorschläge“ vom 22. Januar 1997 bis hin zur Beschlußfassung über die Große Steuerreform am 25. Juni 1997 im Deutschen Bundestag begleitet.

Auf der Tagesordnung des Bundesfachausschusses standen weiterhin die Novellierung des Energiewirtschaftsrechtes, des Stromeinspeisungsgesetzes und die Förderung erneuerbarer Energien. Im Zusammenhang mit der Bewahrung der Schöpfung wurde eine Stellungnahme für den 8. Parteitag der CDU Deutschlands zu ökologischen Elementen in der Steuerpolitik vorgelegt.

Der Bundesfachausschuß hat außerdem über die Berichte der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen über Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit beraten. Dem Bundesfachausschuß stand hierzu als Gesprächspartner der Vorsitzende der Kommission, Prof. Dr. Meinhard Miegel, zur Verfügung. Für den 9. Parteitag der CDU hat der Bundesfachausschuß eine Stellungnahme zum Thema „Kommunale Beschäftigungsgesellschaften“ vorgelegt. Darüber hinaus hat der Bundesfachausschuß eine Stellungnahme zur Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ beraten und an einer gemeinsamen Stellungnahme für die CDU Deutschlands mitgewirkt.

#### **(5) Bundesfachausschuß Strukturpolitik**

Vorsitzender: Dr. Karl-Heinz Daehre MdL (Sachsen-Anhalt)  
Stellvertreter: Brita Schmitz-Hübsch MdL (Schleswig-Holstein)  
Werner Dörflinger MdB (Baden-Württemberg)  
Claus-Peter Grotz MdB (Baden-Württemberg)  
Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Der Bundesfachausschuß Strukturpolitik hat sich im Berichtszeitraum vor allem mit folgenden Themen befaßt:

- Multimedia - Auswirkungen auf Arbeit, Wohnen und Verkehr
- Postreform
- Tarifkonzept der Telekom
- Zukunftssicherung durch Mobilität
- Zukunft der Verkehrssysteme
- Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans
- Umsetzung Regionalisierung des Personennahverkehrs
- Perspektiven für den Gütertransport
- Revitalisierung der Innenstädte
- Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes
- Auswirkungen der Steuerreform auf den Wohnungsbau
- Neugestaltung des Baugesetzbuches
- Neugestaltung der Städtebauförderung
- Städtebauliche Entwicklung
- Reform im Sozialen Wohnungsbau
- Strukturreform des Wohngeldrechts
- Änderung des Mietrechts

Die Beschlüsse und Stellungnahmen des Bundesfachausschusses zu diesen behandelten Themen wurden mit externen Fachleuten, Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der zuständigen Bundesministerien erörtert sowie in mehreren Presseerklärungen / Pressekonferenzen oder UfD-Artikeln der Öffentlichkeit vorgestellt.

Eine Vorlage des Bundesfachausschusses war Grundlage des Beschlusses des 9. Parteitags der CDU Deutschlands in Leipzig: „Politik für eine lebendige Stadt - ohne Einzelhandel keine Stadt“.

Weitere Anträge zu Bundesparteitagen behandelten die Themen: „Konzentration der Mittel für Wirtschaftsförderung auf Infrastrukturmaßnahmen“ sowie „Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung“.

## **(6) Bundesfachausschuß Umweltpolitik**

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill MdB (Niedersachsen)

Stellvertreterin: Wilma Glücklich MdB (Berlin)

Prof. Dr. Roland Salchow MdHB (Hamburg)

Geschäftsführer: Frank Niebuhr

### *Arbeitsgruppen*

- Zukunft/Nachhaltige Wirtschaft/Ökologische und Soziale Marktwirtschaft
- Energie und Umwelt
- Umwelt und Landwirtschaft
- Umwelt und Verkehr
- Abfall/Abwasser und Altlasten
- Kommunikationsstrategien
- Umwelt und Entwicklung
- Süßwasserproblematik

### *Schwerpunkthemen*

- Ausgestaltung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft
- Umwelt und Entwicklung
- Verstärkter Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten in der Umweltpolitik
- Klimaschutz und Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramms
- Ausgestaltung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes
- Kostenentwicklung und Möglichkeiten der Kostensenkung im Gewässerschutz
- Naturschutz/Umwelt und Landwirtschaft
- Maßnahmen zur Intensivierung unserer Umweltpolitik vor Ort
- Umwelt und Verkehr
- Globale Süßwasserproblematik

### *Beschlüsse und Veranstaltungen*

- Expertengespräch zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft am 24. und 25. November 1995 in Bonn
- „Damit unsere Erde Zukunft hat!“ - Zukunftsforum Ökologie am 31. Mai 1996 in Schwerin
- Umweltbeauftragtenkonferenz am 1. Juni 1996 in Schwerin
- Abwassergebühren - Senkung nötig; Beschluß des Bundesfachausschusses Umweltpolitik vom 6. Dezember 1996
- Anhörung „Fünf Jahre nach Rio - Umwelt und Entwicklung - Bilanz und Perspektiven“ - Gemeinsame Anhörung mit dem Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik am 24. März 1997 in Bonn
- Umwelt und globale Verantwortung - Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt - Gemeinsamer Beschluß mit dem Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik vom 15. Mai 1997
- Aktion: „Klimaschutz - Mach mit!“ - Gemeinsame Aktion zum Klimaschutz mit der Frauen-Union, Jungen Union und der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU - Auftakt Pressekonferenz am 2. Juli 1997
- Landwirtschaft und Naturschutz: Zukunftschancen für ein wirkungsvolles Miteinander - Gemeinsamer Beschluß mit dem Bundesfachausschuß Agrarpolitik vom 13. Februar 1998

- Internationales Konfliktfeld Wasser: Vorsorgend handeln - Frieden sichern  
Gemeinsamer Beschluß der Bundesfachausschüsse Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Umweltpolitik vom 27. Februar 1998
- Fachkonferenz Ostsee „Ökonomische und Ökologische Perspektiven für den Ostseeraum“ am 1. Juli 1998 in Rostock
- Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdB, zur Vorstellung des Wassersparbuches am 30. Juli 1998 in Bonn

### **(7) Bundesfachausschuß Agrarpolitik**

Vorsitzender: Reimer Böge MdEP (Schleswig-Holstein)  
 Stellvertreter(in): Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB (Braunschweig)  
 Petra Wernicke MdL (Sachsen-Anhalt)  
 Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik hat sich in der vergangenen Legislaturperiode im Schwerpunkt mit der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik befaßt. In diesem Zusammenhang fanden Gespräche mit dem Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Dr. Helmut Born, mit dem stellvertretenden Kabinettschef von EU-Agrarkommissar Fischler, Dr. Strohmeier, mit dem Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Landjugend, Dirk Detlefsen, sowie auch mit Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert statt. Der Bundesfachausschuß hat sich zur Agenda 2000 positioniert und Vorstellungen zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik entwickelt.

Ein weiteres wichtiges Thema für den Bundesfachausschuß Agrarpolitik war die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft. Der Ausschuß hat Vorschläge und Empfehlungen für eine Standortsicherung- und Kostenentlastungsoffensive für die deutsche Landwirtschaft erarbeitet und Anstöße für den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und Investitionshemmnissen in Deutschland gegeben.

Mit dem Thema Landwirtschaft und Umwelt hat sich der Bundesfachausschuß Agrarpolitik ebenfalls sehr eingehend befaßt und in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß Umweltpolitik gemeinsame Positionen für eine standort- und umweltgerechte, aber gleichzeitig wettbewerbsfähige Landwirtschaft erarbeitet. Zur Umwelt- und Agrarpolitik fand auch ein Gespräch mit Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel statt. Ebenfalls hat sich der Bundesfachausschuß zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und zur Umsetzung der FFH-Richtlinie in Deutschland positioniert.

Die unterschiedliche Situation der Landwirtschaft in den neuen und den alten Ländern war Gegenstand der Beratungen. Gemeinsame agrarpolitische Interessen wurden herausgearbeitet.



### *Weitere Themen:*

- Zukunft der Milchpolitik
- Altschuldenproblematik
- Tierseuchen/BSE
- EURO und Landwirtschaft

### *Beschlüsse*

- Agrarpolitik im gemeinsamen Deutschland (18. Juli 1996)
- Wettbewerbsfähigkeit stärken - Wettbewerbsnachteile abbauen /Standortsicherungs- und Kostentlastungsoffensive für die deutsche Landwirtschaft (15. September 1997)
- Landwirtschaft und Naturschutz - Zukunftschancen für ein wirkungsvolles Miteinander (gemeinsame Positionsbestimmung der Bundesfachausschüsse Agrar- und Umweltpolitik) (13. Februar 1998)
- Für eine gesunde leistungsfähige Landwirtschaft und lebendige ländliche Räume - Positionsbestimmung zur Weiterentwicklung der EU-Agrarmarkt- und Strukturpolitik (13. Mai 1998)

### *Presseaktivitäten*

- Pressemitteilung zur Konstituierung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik (5. September 1995)
- Pressemitteilung zu den agrarpolitischen Beschlüssen des SPD-Bundesparteitags 1995 (23. November 1995)
- Pressemitteilung zur BSE-Problematik „Verbraucherschutz steht an erster Stelle“ (19. April 1996)
- Pressegespräch zu den Themen Agrarpolitik im gemeinsamen Deutschland (18. Juli 1996)
- Pressemitteilung zur Milchpolitik „Neue Quotenregelung ab dem Jahr 2000“ (17. Dezember 1996)
- Pressemitteilung zum Bundesnaturschutzgesetz „Bundesnaturschutzgesetz muß Interessen der Landwirtschaft berücksichtigen“ (24. April 1997)
- Pressemitteilung zum Thema Landwirtschaft und EURO „Klares Ja zum EURO“ (29. April 1997)
- Pressemitteilung zur EU-Strukturpolitik „Ländlicher Raum braucht Priorität in Europa“ (23. September 1997)
- Pressemitteilung mit der Kurzfassung des Beschlusses „Wettbewerbsfähigkeit stärken - Wettbewerbsverzerrungen abbauen“ (25. September 1997)
- Pressefrühstück der Bundesfachausschüsse Agrarpolitik und Umwelt zur Vorstellung des CDU-Positionspapiers „Landwirtschaft und Naturschutz“ (13. Februar 1998)
- Pressemitteilung zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik „EU-Agrarpolitik muß das eigenständige Modell der europäischen Landwirtschaft absichern und deutschen Interessen Rechnung tragen“ (20. Februar 1998)

- Pressemitteilung zum Agrarteil des SPD-Wahlprogramms (6. März 1998)
- Pressemitteilung zu den agrarpolitischen Beschlüssen des CDU-Bundesparteitags 1998 in Bremen (20. Mai 1998)

### **(8) Bundesfachausschuß Medienpolitik**

Vorsitzender: Anton Pfeifer MdB (Baden-Württemberg)  
 Stellvertreter: Bernd Neumann MdB (Bremen)  
 Geschäftsführer: Ralf Golinski

#### *Schwerpunkthemen*

- Maßnahmen zur Stärkung des Jugendschutzes in den klassischen und den neuen Medien
- Auswirkungen der Konvergenzentwicklung im Bereich Rundfunk, Neue Dienste und Telekommunikation
- Novellierung des Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrages
- Funktion und Wirkung der Kommission zur Ermittlung von Konzentration (KEK)
- Revision der EU-Fernsehrichtlinie
- *Zukunft der elektronischen Medien in der auswärtigen Medien-, Kultur- und Spracharbeit Deutschlands*
- Novellierung des Bundesfilmförderungsgesetzes

#### *Arbeitsgruppen*

- Jugendschutz im Internet
- Evaluierung des Informations- und Kommunikationsdienstegesetzes des Bundes
- Strukturen der Medienaufsicht in Deutschland
- Zukunft des Dualen Rundfunksystems
- Initiative „Digitaler Rundfunk“ der Bundesregierung

Zudem wurde gemeinsam mit der CSU-Medienkommission eine medienpolitische Fachtagung zu den bevorstehenden medienpolitischen Entscheidungen des Jahres 1998 durchgeführt.

#### *Beschlüsse*

- Positionspapier der Union zu den medienpolitischen Entscheidungen des Jahres 1998 mit den Schwerpunkten Novellierung Rundfunkstaatsvertrag und Initiative „Digitaler Rundfunk“ der Bundesregierung
- Positionspapier zur Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien
- Positionspapier zur Zukunft der elektronischen Medien in der auswärtigen Medien-, Kultur- und Spracharbeit Deutschlands
- Stellungnahme zum Maßnahmenkatalog „Verstärkung des nationalen und internationalen Jugendschutzes“ der CDU/CSU Bundestagsfraktion

- Stellungnahme zur zentralen Vermarktung von Sportrechten
- Stellungnahme zur Arbeit der Kommission zur Ermittlung von Konzentration im Medienbereich
- Stellungnahme zur Novelle des Bundesfilmförderungsgesetzes

### **(9) Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik**

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter(in): Dr. Maria Böhmer MdB (Rheinland-Pfalz)

Maria Michalk (Sachsen)

Dr. Paul Hoffacker (Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführerin: Ursula Heinen

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik hat sich intensiv mit den Ursachen und den zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befaßt. Die zahlreichen Anhörungen und Diskussionen mündeten in dem Beschluß „Neue Arbeitsplätze für Deutschland“. Darüber hinaus faßte der Ausschuß Beschlüsse zur europäischen Sozialpolitik und zu Dienstleistungsarbeitsplätzen, besonders Haushaltsbeschäftigung.

Nach der Kommentierung der Diskussionsgrundlage für das gemeinsame Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ bewertete der Bundesfachausschuß das Kirchenpapier abschließend in einer Stellungnahme „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“.

Der Bundesfachausschuß veranstaltete im Februar 1997 eine Fachtagung „Neue Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte“ und eine Tagung mit dem Vorsitzenden der CDU-Landesfachausschüsse für Sozial- und Gesundheitspolitik sowie den sozialpolitischen Sprechern der CDU-Landtagsfraktionen im Januar 1998 zur Vorbereitung der Bundestagswahlen. Der Bundesfachausschuß erstellte einen Arbeitsmarktatlas Deutschland, der die regionale Entwicklung der Arbeitsmarktdaten in Deutschland beschrieb.

#### *Beschlüsse*

- Neue Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte
- Leitlinien europäischer Sozialpolitik
- Neue Beschäftigung erschließen - Service für Haushalt und Familie
- Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit
- Neue Arbeitsplätze für Deutschland

### **(10) Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik**

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter: Dr. Friedbert Pflüger MdB (Niedersachsen)

Dr. Andreas Schockenhoff MdB (Baden-Württemberg)

Geschäftsführung: Jeannet-Susann Frössinger (bis 31. Dezember 1997)

Winfried Weck (ab. 1. Januar 1998)

### *Arbeitsschwerpunkte*

Der Hauptschwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses lag in der Begleitung der aktuellen deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Mittelpunkt standen dabei die Diskussion über die Fortentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Regierungskonferenz 1996, die zum neuen EU-Vertrag von Amsterdam führte, die sich ändernde Rolle der Bundeswehr, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die transatlantischen Beziehungen und die Mittelmeerpolitik.

Der Beschluß „Die Rolle der Bundeswehr in einer sich wandelnden Gesellschaft“ vom 20. Juni 1996 befaßt sich mit den neuen Anforderungen, die an die Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges gestellt werden und gibt Hinweise zu notwendigen strukturellen Veränderungen. Die Wehrpflicht wird ausdrücklich bestätigt. Das Papier wurde am 15. Juli 1996 der Presse vorgestellt.

Das Papier „Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union in der Regierungskonferenz 1996“ faßt die CDU-Position zur Weiterentwicklung des zweiten Pfeilers der Europäischen Union bei der Regierungskonferenz zusammen. Das Papier wurde am 16. September 1996 der Presse vorgestellt und wurde vom 8. Bundesparteitag als Beschluß verabschiedet.

Das Papier „Sicherheitspolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verbreitung der Massenvernichtungswaffen“ wurde am 9. September 1997 der Presse vorgestellt und vom 8. Bundesparteitag in Hannover als Beschluß verabschiedet.

Am 9. Februar 1998 hat der Bundesfachausschuß in einer gemeinsamen Sitzung mit den Bundesfachausschüssen Entwicklungspolitik und Umweltpolitik den Beschluß „Internationales Konfliktfeld Wasser - Vorsorgend handeln - Frieden sichern“ verabschiedet und am 27. Februar 1998 der Presse vorgestellt.

Das Papier „Die Trennung überwinden - Leitlinien einer Mittelmeerpolitik“ wurde am 10. März 1997 verabschiedet und am 11. August 1998 in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Papier „12 Thesen zur Zukunft der euroatlantischen Partnerschaft“ wurde am 2. Februar 1998 beschlossen und am 28. August 1998 in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Gäste der Sitzungen waren neben zahlreichen Experten und Sachverständigen wissenschaftlicher Institute der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe MdB, der französische Europaminister, Michel Barnier, eine hochrangige Delegation der schwedischen Partnerpartei Moderata Samlingspartiet, sowie der Vertreter der Bundesregierung bei der EU-Regierungskonferenz, Staatsminister Dr. Werner Hoyer MdB.

### *Weitere Themenkreise*

- Die Osterweiterung der EU
- Europa und Rußland: Auf dem Weg zu einer umfassenden Partnerschaft
- Die Zukunft des asiatischen Raums und die Rolle Chinas
- Rollen und Aufgaben der internationalen Organisationen zur Friedenssicherung in Europa und der Welt
- Herausforderungen für die europäische Außenpolitik im 21. Jahrhundert
- Post - IFOR Mission und die Rolle der Bundeswehr
- Die Strategie der Konversionspolitik

### **(11) Bundesfachausschuß Europapolitik**

- Vorsitzender: Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreterinnen: Christine Lieberknecht MdL (Thüringen)  
Doris Pack MdEP (Saar)  
Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

### *Arbeitsschwerpunkte*

Der Hauptschwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses lag in der Begleitung der aktuellen europapolitischen Agenda. Im Mittelpunkt standen dabei die Regierungskonferenz 1996, die zum neuen EU-Vertrag von Amsterdam führte, die Vorbereitungen für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie für die Erweiterungsverhandlungen mit Zypern und der ersten Gruppe von Staaten Mittel- und Osteuropas. In diesem Zusammenhang hat der Bundesfachausschuß auch Aspekte der Agenda 2000 diskutiert. Im Hinblick auf die europäische Währungsunion befaßte sich der Bundesfachausschuß Europapolitik auch mit der Öffentlichkeitsarbeit („Euro-Dialog“).

Der Bundesfachausschuß begleitete die europapolitischen Beschlüsse der CDU Deutschlands, insbesondere den Beschluß des 7. Parteitages vom 16. Oktober 1995 „Die Europäische Union voranbringen“. Ein weiteres wichtiges Anliegen des Bundesfachausschusses bildete die Schaffung eines bürgernahen und sozialen Europas. In diesem Zusammenhang hat sich der Bundesfachausschuß mit der Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik, mit dem Subsidiaritätsprinzip, mit der Stellung der Senioren in der EU, mit dem Ausbau der europäischen Unionsbürgerschaft und mit der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik beschäftigt. Weitere Themen der Sitzungen des Bundesfachausschusses waren das Asiatisch-Europäische Treffen in Bangkok (ASEM), das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer und die aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Volkspartei (EVP).

### *Beschlüsse und Presseaktivitäten*

- „Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU unterstützt Waigels Stabilitätspakt für Europa“ (Beschluß vom 4. Dezember 1995)

- „CDU unterstützt Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union auf die Kommunen“ (Beschluß vom 4. März 1996)
- „Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU fordert die Einführung eines europäischen Seniorenausweises“ (Beschluß vom 10. Juni 1996)
- „40 Jahre Römische Verträge - ein Erfolg für unser Land“ (Beschluß vom 17. März 1997)
- „Leitlinien europäischer Sozialpolitik“ (Beschluß vom 26. Mai 1997)
- „Der Euro wird stabil und ist eine große Chance für Deutschland“ (Beschluß vom 27. April 1997)
- „Europäische Unionsbürgerschaft“ (Beschluß vom 24. November 1997)
- „Perspektiven der EU-Osterweiterung und der Agenda 2000“ (Pressekonferenz mit Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP vom 20. Juli 1998)
- „Die europapolitische Bedeutung der Bundestagswahl“ (Pressekonferenz mit Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP vom 13. August 1998)

## **(12) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik**

- Vorsitzende: Anne-Karin Glase MdEP (Brandenburg)
- Vorstand: Armin Laschet MdB (Nordrhein-Westfalen)  
Prof. Dr. Winfried Pinger MdB (Nordrhein-Westfalen)
- Geschäftsführung: Winfried Weck (bis 30. September 1998)  
Ralf Stettner (seit 1. Oktober 1998)

Schwerpunkt der Tätigkeiten in der 13. Legislaturperiode war die Erarbeitung eines umfassenden Überblicks über die entwicklungspolitischen Positionen der CDU. Dies schloß die Revision und Überarbeitung von Beschlüssen der 12. Legislaturperiode wie auch die Formulierung neuer Beschlüsse ein.

Der BFA Entwicklungspolitik veröffentlichte am 23. September 1998 fünfzehn im Verlauf der 13. Legislaturperiode erarbeitete Beschlüsse in der Publikation „Unsere Entwicklungspolitik. Perspektiven für das 21. Jahrhundert“.

### *Arbeitsgruppen*

- Die Entwicklungspolitik der CDU - Grundsätze, Ziele, Schwerpunkte
- Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer „Welt-Zukunftspolitik“
- Die soziale Dimension von Entwicklung
- Weltbevölkerung, Ernährungssicherung und Ressourcennutzung
- Perspektiven der Europäischen Entwicklungspolitik
- Kleinere und mittlere Unternehmen als Träger von Entwicklung
- Entwicklungspolitik im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit

### *Beschlüsse*

- „Komplementäre Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ vom 13. Mai 1996
- „Handel, Marktwirtschaft und Entwicklung“ vom 25. Juni 1996
- „Verwirklichung der Menschenrechte - Voraussetzung für Entwicklung“ vom 14. Oktober 1996
- „Perspektiven der europäischen Entwicklungspolitik“ vom 20. Januar 1997
- „Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika“ vom 17. Juni 1997
- Gemeinsamer Beschluß der Bundesfachausschüsse Entwicklungspolitik und Umweltpolitik „Umwelt und globale Verantwortung - Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt“ vom 15. Mai 1997
- „Thesen zur Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag einer Welt-Zukunftspolitik“ vom 17. Juni 1997
- „Die Entwicklungspolitik der CDU“ vom 2. September 1997
- „Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Asien“ vom 3. November 1997
- „Kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungs- und Transformationsländern als Träger von Entwicklung“ vom 1. Dezember 1997
- „Entwicklungspolitik im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit“ vom 1. Dezember 1997
- „Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika südlich der Sahara“ vom 1. Dezember 1997
- „Aufgaben und Stellenwert der NRO in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ vom 1. Dezember 1997
- „Bevölkerungspolitik, Familienplanung und Entwicklung - Grundpfeiler einer Welt, die überleben möchte“ vom 1. Dezember 1997
- „BUNDES EXPERTEN“ vom 1. Dezember 1997  
Gemeinsamer Beschluß der Bundesfachausschüsse Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Umweltpolitik „Internationales Konfliktfeld Wasser - Vorsorgend handeln - Frieden sichern“ vom 9. Februar 1998
- „Die soziale Dimension von Entwicklung“ vom 2. März 1998

### *Pressearbeit*

- Pressegespräch am 9. Dezember 1996 zur Vorstellung des Beschlusses „Verwirklichung der Menschenrechte - Voraussetzung für Entwicklung“
- Pressekonferenz am 24. März 1997 anlässlich der gemeinsamen Anhörung der Bundesfachausschüsse Umweltpolitik und Entwicklungspolitik „Fünf Jahre nach Rio - Umwelt und Entwicklung - Bilanz und Perspektiven“
- Pressegespräch am 4. April 1997 zur Vorstellung des Beschlusses „Perspektiven europäischer Entwicklungspolitik“

- Pressegespräch am 11. Juni 1997 zur Vorstellung des Beschlusses der Bundesfachausschüsse Entwicklungspolitik und Umweltpolitik „Umwelt und globale Verantwortung - Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt“
- Pressegespräch am 27. Februar 1998 zur Vorstellung des Beschlusses der Bundesfachausschüsse Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Umweltpolitik „Internationales Konfliktfeld Wasser. Vorsorgend handeln - Frieden sichern“
- Pressegespräch am 16. Juli 1998 zur Vorstellung des Beschlusses „Aufgaben und Stellenwert der NRO in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“
- Pressegespräch am 4. August 1998 zur Vorstellung des Beschlusses „Die soziale Dimension von Entwicklung“
- Presseerklärung vom 23. September 1998 zur Vorstellung der Publikation „Unsere Entwicklungspolitik. Perspektiven für das 21. Jahrhundert“

#### *Sonstiges Aktivitäten*

- gemeinsame Anhörung der Bundesfachausschüsse Umweltpolitik und Entwicklungspolitik „Fünf Jahre nach Rio - Umwelt und Entwicklung - Bilanz und Perspektiven“ am 24. März 1997
- Einbringung des Beschlusses „Thesen zur Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag einer Welt-Zukunftspolitik“ vom 17. Juni 1997 als Antrag auf dem 9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig

### **(13) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen**

- Vorsitzender: Herbert Helmrich MdL (Mecklenburg-Vorpommern)
- Stellvertreter: Dr. Elisabeth Dette-Koch (Baden Württemberg) (ab Nov. 1997)  
 Jakob Kraetzer (Berlin) (bis Nov. 1997)  
 Walter Remmers MdL (Sachsen-Anhalt) (bis Nov. 1997)  
 Prof. Dr. Rupert Scholz MdB (Berlin)  
 Steffen Heitmann MdL (Sachsen) (ab Nov. 1997)  
 Dr. Gabriele Wurzel (Mecklenburg-Vorpommern)
- Geschäftsführerin: Karin Althaus-Grewe (bis November 1997)  
 Peter Brörmann (ab Dezember 1997)

#### *Fachkommissionen*

- „Europa“ (Vorsitz: Prof. Dr. Carl Otto Lenz)  
 Unterkommission „Deutsches und Europäisches Kartell- und Vergaberecht“  
 (Vorsitz Prof. Dr. Winfried Tilmann)
- „Medizin-Ethik-Recht“ (Vorsitz: Heinz Seesing)
- „Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“ (Vorsitz: Prof. Dr. Klaus Letzgus)

### *Schwerpunktt Themen*

Schwerpunktt Themen des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen bildeten die europäische Rechtspolitik, das deutsche und europäische Kartell- und Vergaberecht, Rechts- und Verwaltungsvereinfachung, die Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität sowie Rechtsfragen der Inneren Sicherheit.

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen hat zu diesen Themen Fachkommissionen gegründet sowie Leit- und Grundsätze erarbeitet und veröffentlicht.

Besonders wichtige Arbeit leistete die Fachkommission „Europa“. Die in der Fachkommission erarbeiteten Reformthesen zu den Bestimmungen des Vertrages über die europäische Union zur Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres wurden teilweise für einen Entwurf zur Revision der Verträge berücksichtigt. Die Unterkommission „Deutsches und Europäisches Kartell- und Vergaberecht“ verfaßte zwei Thesenpapiere, deren politische Aktualität und wissenschaftliche Relevanz durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs bestätigt wurde.

Aber auch die Fachkommission „Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“ hat ein äußerst aktuelles und zugleich schwieriges Thema behandelt. Die in der Fachkommission erarbeiteten Grundsätze und Thesen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung sind wesentliche Bausteine des „Schlanken Staates“ und der Freiheitssicherung.

Ein weiteres Schwerpunktt Thema bildete die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität. Mit seiner Fachtagung im April 1997 in Schloß Eichholz/Wesseling hat der BACDJ praktische Handlungsstrategien zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität entwickelt. Seit dieser Fachtagung ist die Frage der geschlossenen Heimunterbringung von Jugendlichen auf Bundes- und Landesebene vielfältig und öffentlich diskutiert worden. Zuletzt hat der BACDJ im Juli 1998 ein 12-Punkte-Programm zur Bekämpfung der Jugendkriminalität verabschiedet und damit in Presse und Rundfunk ein breites Echo gefunden.

Weiterhin hat sich der BACDJ ausführlich dem besonders aktuellen Thema der Inneren Sicherheit gewidmet. Mit dem Rechtspolitischen Kongreß „Recht sichert die Freiheit - Justiz und Innere Sicherheit“ am 16. Januar 1998 in Hannover konnte der BACDJ nicht nur den niedersächsischen Landtagswahlkampf unterstützen, sondern auch in Podiumsgespräch und Diskussion mit namhaften Vertretern aus Justiz und Politik die Aufgabe der Justiz für die Wahrung der Inneren Sicherheit erörtern. Die Staatsminister der Justiz, Steffen Heitmann MdL, und Hermann Leeb MdL, nahmen zur Verantwortung von Staatsanwaltschaft, Strafgerichten und Strafvollzug für die Innere Sicherheit Stellung. Der Vorsitzende der CDU Niedersachsen, Christian Wulff MdL, forderte während des Kongresses zu neuem Denken und Handeln für die Innen- und Rechtspolitik in Niedersachsen auf. Der Kongreß endete mit der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zum Thema „Verbrechensbekämpfung und Verfassungsrecht“.

Mit seiner Rechtspolitischen Wahlkampfplattform, die zum einen die Leistungen der CDU in der Rechtspolitik darstellt und zum anderen aktuelle Forderungen in unterschiedlichen Gebieten der Rechtspolitik aufzeichnet, hat der BACDJ den Bundestagswahlkampf unterstützt. Weiterhin hat er mit der Verabschiedung des Rechtspolitischen Programms 1998 die Tradition der CDU in der Rechtspolitik fortgeführt. Die CDU ist nach wie vor die einzige Partei, die über ein rechtspolitisches Programm verfügt.

### *Beschlüsse/Erklärungen*

- 19. Januar 1996, „Grundsätze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zum europäischen und nationalen Vergaberecht“
- März 1996, „Grundsätze und Thesen des BACDJ zum europäischen und nationalen Kartellrecht“
- 4. März 1996, „Reformthesen des BACDJ zu den Bestimmungen des Vertrages über die Europäische Union zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres“
- Juli 1996, „Grundsätze des BACDJ für einen umfassenden Rechtsschutz der EU-Bürger bei der Anwendung der Europol Konvention“
- 15. Juli 1996, Grundsätze und „Thesen des BACDJ zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“
- 25. März 1997, „Leitsätze des BACDJ zu den Beratungen der Regierungskonferenz über die Justiz und Inneres betreffende Bestimmungen des EU-Vertrages (Maastricht II)“
- 8. August 1997, „Rechtsschutz in der Europäischen Union nach dem Amsterdamer Vertrag“
- 22. August 1997, „Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität“
- 16. Januar 1998, „Rechtspolitische Wahlkampfplattform des BACDJ“
- 10. Juli 1998, 12-Punkte-Programm des BACDJ zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität
- 10. Juli 1998, 20 Thesen zur Kriminalpolitik
- 10. Juli 1998, „Recht sichert die Freiheit - Rechtspolitisches Programm der CDU 1998“

## 3. Mitgliederentwicklung

### 3.1 Mitgliederwerbung

Am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997, führte die Hauptabteilung Organisation eine Ideenbörse zur Mitgliederwerbung in der CDU im Konrad-Adenauer-Haus durch. Nach dem Vortrag des Bereichsleiters für Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, zum Thema „Ist die Mitgliedschaft in einer Partei heute noch attraktiv?“ diskutierten 35 Teilnehmer aus besonders erfolgreichen Kreis- und Landesverbänden neue Modelle und Ideen zur Mitgliederwerbung.

Da das Interesse an politischen Parteien und die Zustimmung zu ihrer Arbeit in Wahlkampfzeiten zunimmt, wurde die Ideenbörse trotz des beginnenden Wahlkampfes von der Abteilung Parteiorganisation in Veranstaltungen auf Kreisebene mit Mandats- und Funktionsträgern fortgesetzt.

Dieses verstärkte Interesse sollte für die Gewinnung neuer Mitglieder genutzt werden. Wesentliche Unterstützung leisteten vor allem Prof. Dr. Hans-Joachim Veen und der Vorsitzende des Kreisverbandes St. Wendel, der saarländische Landtagsabgeordnete Hans Ley, welcher mit seinem Kreisverband erfolgreich neue Wege in der Mitgliederwerbung geht.

In folgenden Kreisverbänden wurden bisher Gesprächsrunden und Veranstaltungen über neue Methoden der Mitgliederwerbung durchgeführt:

14. Januar 1998	gemeinsame Veranstaltung der Kreisverbände Halle und Saalkreis in Halle
24. Januar 1998	Kreisverband Siegen-Wittgenstein in Bonn Bad-Godesberg
28. Januar 1998	Kreisverband Erfikreis in Frechen
31. Januar 1998	Kreisverband Südliche Weinstraße in Landau
19. Februar 1998	Kreisverband Rügen in Bergen
10. März 1998	Kreisverbände Hochtaunus und Wetterau in Oberursel
20. März 1998	Kreisverband Neubrandenburg
27. April 1998	Kreisverband Neuss
01. Juli 1998	Kreisverband Darmstadt-Dieburg in Roßdorf

Darüber hinaus veröffentlicht die CDU-Bundesgeschäftsstelle seit 1996 regelmäßig sogenannte „Hitlisten“ der in der Mitgliederwerbung erfolgreichsten Kreis- und Landesverbände. Diese Hitlisten dienen u.a. dazu, die Parteigliederungen zur Mitgliederwerbung anzuspornen. Eine Reihe von Kreisparteien veröffentlicht seitdem zusätzlich die erfolgreichsten Ortsverbände und Einzelwerber und zeichnet diese aus.

### 3.2 Mitgliederstatistik

Am 30. September 1998 hatte die CDU Deutschlands 625.769 Mitglieder.

#### Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitgliederstand 31.12.1996	Mitgliederstand 31.12.1997	Mitgliederstand 30.09.1998
Baden-Württemberg	84.378	83.047	82.133
Berlin	14.591	14.356	14.169
Brandenburg	8.678	7.928	7.871
Bremen	3.614	3.549	3.613
Hamburg	11.364	10.936	10.686
Hessen	58.373	56.858	56.170
Mecklenburg-Vorpommern	9.653	8.540	8.244
Braunschweig	8.484	8.346	8.244
Hannover	63.769	63.886	62.925
Oldenburg	15.713	15.950	15.791
Nordrhein-Westfalen	205.766	197.610	197.231
Rheinland-Pfalz	63.088	60.002	59.401
Saarland	22.608	22.009	21.851
Sachsen	21.043	18.303	17.854
Sachsen-Anhalt	14.250	11.988	11.638
Schleswig-Holstein	32.693	32.378	32.509
Thüringen	18.180	15.944	15.439

#### Dauer der Mitgliedschaft

(Stand 30. September 1998)

Mitglieder	in Prozent
unter 10 Jahre	28,2 %
10 - 20 Jahre	25,8 %
über 20 Jahre	45,9 %
Ohne Angaben	0,1 %

## Struktur der Mitgliedschaft

In der CDU Deutschlands sind 25,0 Prozent der Mitglieder (156.411) weiblich und 75,0 Prozent (469.358) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 24,2 und in den neuen Ländern bei 32,4 Prozent.

Alter	gesamt	Alte Länder	Junge Länder
16 - 24 Jahre	2,0 %	1,9 %	1,3 %
25 - 29 Jahre	3,0 %	2,8 %	2,5 %
30 - 39 Jahre	11,3 %	10,5 %	14,8 %
40 - 49 Jahre	18,3 %	17,2 %	26,6 %
50 - 59 Jahre	26,3 %	26,3 %	25,0 %
60 - 69 Jahre	23,2 %	23,1 %	16,0 %
70 - .. Jahre	15,6 %	17,8 %	13,4 %
ohne Angaben	0,3 %	0,4 %	0,4 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 54,5 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 55,6 und das der männlichen bei 54,1 Jahren.

Berufsgruppe	gesamt	Alte Länder	Junge Länder
Selbständige	21,8 %	22,7 %	13,6 %
Arbeiter	9,1 %	7,7 %	22,0 %
Angestellte	28,6 %	28,0 %	34,3
Beamte	11,4 %	12,3 %	3,2 %
Rentner/Pensionäre	6,4 %	5,5 %	14,5 %
Hausfrauen/-männer	9,9 %	10,6 %	2,8 %
in Ausbildung	4,5 %	4,7 %	2,2 %
Arbeitslose	0,6 %	0,4 %	2,3 %
Helfer im Familienbetrieb	0,6 %	0,6 %	0,9 %
ohne Angaben	7,1 %	7,3 %	4,2 %

## Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 371 Kreisverbände und 11.940 Ortsverbände.

## **4. Sonstige Dienstleistungen der Bundesgeschäftsstelle**

### **4.1 Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus**

Im Berichtszeitraum haben 161 Gruppen mit 10.125 Teilnehmern die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus besucht. Des weiteren wurden „Kleingruppen“ aus der Partei mit dem Haus und den Aufgaben der CDU bekannt gemacht, so daß insgesamt 11.595 Personen durch den Besucherdienst betreut wurden.

Im Rahmen des Besucherdienstes werden zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen mit Mitarbeitern unserer Hauptabteilungen Politik und Öffentlichkeitsarbeit und Vorträge zu speziellen Themenbereichen der Parteiarbeit, wie Organisation und Struktur der Partei oder Öffentlichkeitsarbeit, arrangiert.

### **4.2 Referentenvermittlung**

Im Berichtszeitraum hat die Bundesgeschäftsstelle für Veranstaltungen bundesweiter Organisationen 32 Referenten vermittelt.

### **4.3 Schulungen**

Seit dem 15.10.1997 hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle drei Weiterbildungsveranstaltungen für Kreisgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführerinnen angeboten. Vom 27. bis 30. Oktober 1997 fand in Schloß Wendgräben ein Seminar für Teilnehmer aus den neuen Bundesländern statt. Politische Diskussionen und Referate über das Wahl- und Versammlungsrecht bildeten den Schwerpunkt. Daneben standen die Pressearbeit und das Thema „Öffentlichkeitswirksamer Wahlkampf“ auf der Tagesordnung.

Vom 24. bis 28. November 1997 wurde ein Praktikum für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführerinnen in Bonn durchgeführt. Ein weiteres Praktikum mit 17 Teilnehmern fand vom 25. bis 28. Mai 1998 statt.

### **4.4 Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein**

Seitdem die Zahl der türkisch-stämmigen Wähler in Deutschland auf über 100.000 gewachsen ist, gibt es in Parteigliederungen eine Diskussion über die organisatorische Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen der CDU und hier lebenden Türken.

Dies ist Anlaß, daran zu erinnern, daß seit vielen Jahren CDU-Mitglieder und türkische Mitbürger erfolgreich im Freiheitlich Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein (Hür Türk), einem selbständigen und eingetragenen Verein, zusammenarbeiten. Viele türkische bzw. türkischstämmige Hür Türk-Mitglieder sind inzwischen in die CDU eingetreten.

Hür Türk wurde 1978 mit Hilfe der CDU und der damaligen türkischen Gerechtigkeitspartei auf Bundesebene in Bonn gegründet. Ziel des Vereins war und ist es, Deutsche und hier lebende Tür-

ken enger zusammenzuführen, sowie gegenseitiges Verständnis zu wecken und zu vertiefen. Seitdem immer mehr Türken die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, hat der Verein, der über 15.000 Mitglieder in 51 Ortsverbänden hat, eine zusätzliche Bedeutung für die CDU gewonnen. Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt den Verein organisatorisch.

So fand die letzte Delegiertenversammlung von Hür Türk am 8. November 1997 im Konrad-Adenauer Haus statt. Auch werden die Bundesvorstandssitzungen des Vereins von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet und im Konrad-Adenauer Haus durchgeführt.

Zur Bundestagswahl hat Hür Türk mehrere Podiumsdiskussionen - vor allem für türkisch-stämmige Deutsche - veranstaltet und mit Anzeigen in türkisch-sprachigen Zeitungen für die Union geworben.

## 5. Politischer Arbeitskalender

13.-15. Oktober 1997	9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig
17. Oktober 1997	Sitzung der Fachkommission „Europa“ des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)
27. Oktober 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Sport
28. Oktober 1997	Präsidium in Bonn
3. November 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik
4. November 1997	Redaktionsbeirat Union-Magazin
5. November 1997	Konferenz der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder beim Parteivorsitzenden
10. November 1997	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
10. November 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik
20. November 1997	Agrarkongreß der CDU Deutschlands in Osnabrück „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft“
24. November 1997	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
24. November 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn; Beschluß: „Europäische Unionsbürgerschaft“
28. November 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik
30. November 1997	Mitgliederversammlung des BACDJ
1. Dezember 1997	Beratungen des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik zu den Berichten der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen über Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit mit dem Vorsitzenden Prof. Dr. Meinhard Miegel
1. Dezember 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik
2. Dezember 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik
4. Dezember 1997	Landesgeschäftsführerkonferenz
4. Dezember 1997	CDU-Präsidiumsgespräch mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken
8. Dezember 1997	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
8. Dezember 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik
10. Dezember 1997	Sitzung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik

23. Dezember 1997 In einem Rundschreiben an die Vorsitzenden der Parteigliederungen erläutert Generalsekretär Peter Hintze die politischen Grundzüge für die Wahlkämpfe des neuen Jahres.
6. Januar 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
- 9./10. Januar 1998 Klausurtagung von Präsidium und Bundesvorstand in Windhagen
12. Januar 1998 Aussiedlerbeauftragten-Konferenz
16. Januar 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur
16. Januar 1998 „Recht sichert die Freiheit - Justiz und Innere Sicherheit“, Rechtspolitischer Kongreß der CDU in Hannover; Sitzung von Vorstand und Koordinierungsausschuß des BACDJ sowie Verabschiedung der Rechtspolitischen Wahlkampfplattform des BACDJ
19. Januar 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport mit Bundesinnenminister Manfred Kanther
19. Januar 1998 Konferenz der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder beim Parteivorsitzenden
19. Januar 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik
20. Januar 1998 Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei
21. Januar 1998 Kongreß „Innovationen - Wir gestalten das 21. Jahrhundert menschlich“, Bonn
22. Januar 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik
22. Januar 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
26. Januar 1998 Präsidium in Bonn
28. Januar 1998 Existenzgründungskongreß/Messe Hannover in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Fraktion
2. Februar 1998 Der Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik beschließt „12 Thesen zur Zukunft der Eurotransatlantischen Partnerschaft“
9. Februar 1998 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
9. Februar 1998 Gemeinsame Sitzung der Bundesfachausschüsse Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Umweltpolitik in Bonn
9. Februar 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik: Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Landjugend über die Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik

9. Februar 1998 Verabschiedung der „Innenpolitischen Wahlkampfplattform“ durch den Bundesfachausschuß Innenpolitik
9. Februar 1998 Start des tagesaktuellen Informationsdienstes „Politik OnLine“
13. Februar 1998 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdB, und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Agrarpolitik, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB, zur Vorstellung eines gemeinsamen Beschlusses zum Thema Landwirtschaft und Naturschutz
16. Februar 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
18. Februar 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
20. Februar 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik
27. Februar 1998 Pressegespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Prof. Dr. Winfried Pinger MdB, und dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt Dieter Grill MdB, zur Vorstellung des Beschlusses „Internationales Konfliktfeld Wasser - Vorsorgend handeln - Frieden sichern“ der Bundesfachausschüsse Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Umweltpolitik
1. März 1998 Landtagswahl Niedersachsen
2. März 1998 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
2. März 1998 Sitzung der Arbeitsgruppe Wahlvorbereitung des Bundesfachausschusses Sport
2. März 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik
5. März 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
6. März 1998 Aussiedlerbeauftragten-Konferenz
6. März 1998 Sitzung des engeren Vorstandes des BACDJ
13. März 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur
13. März 1998 Rundschreiben von Generalsekretär Peter Hintze an die Kreis-, Bezirks-, Landes- und Vereinigungsvorsitzenden anlässlich der Betriebsratswahlen 1998
16. März 1998 Bundesvorstand in Bonn
16. März 1998 Konferenz der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder beim Parteivorsitzenden

16. März 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn
17. März 1998 Mandats- und Funktionärsträgerkonferenz-Ost in Berlin
17. März 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik
23. März 1998 Präsidium in Bonn
23. März 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik
26. März 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
28. März 1998 „Sicherheit für Deutschland - Kampf dem organisierten Verbrechen“, CDU-Zukunftsforum Innere Sicherheit, Halle/Saale
30. März 1998 Präsidium in Bonn
30. März 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
2. April 1998 Sitzung der Kommission „Zukunftsprogramm“
- 2./3. April 1998 Landesgeschäftsführerkonferenz in Eichholz
- 2./3. April 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik in Quedlinburg; Pressekonferenz des Ausschußvorsitzenden Dr. Karl-Heinz Daehre zum Thema Stadterneuerung / Städtebauförderung
3. April 1998 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze und dem Vorsitzenden der CDU-Programmkommission, Dr. Wolfgang Schäuble, zur Vorstellung des ersten Diskussionsentwurfes für ein Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands
20. April 1998 Bundesvorstand in Bonn
20. April 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
20. April 1998 Sitzung von Vorstand und Koordinierungsausschuß des BACDJ
26. April 1998 Landtagswahl Sachsen-Anhalt
27. April 1998 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
27. April 1998 Sitzung der Kommission „Zukunftsprogramm“
27. April 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn; Beschluß: „Der Euro wird stabil und ist eine große Chance für Deutschland“
29. April 1998 Konferenz der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder beim Parteivorsitzenden
29. April 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden

30. April 1998 Bundesvorstand in Bonn
4. Mai 1998 Präsidium in Bonn
4. Mai 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport
4. Mai 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik
5. Mai 1998 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz Mdl., zum Beschluß „Neue Arbeitsplätze für Deutschland“
6. Mai 1998 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze und dem Vorsitzenden der CDU-Programmkommission, Dr. Wolfgang Schäuble, zur Vorstellung des Zukunftsprogramms der CDU Deutschlands
6. Mai 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
8. Mai 1998 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze zur bundesweiten Kampagne „Neuer Aufschwung - neue Arbeit“
17. Mai 1998 Präsidium und Bundesvorstand in Bremen
- 18.-19. Mai 1998 10. Parteitag der CDU Deutschlands in Bremen
20. Mai 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
20. Mai 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
25. Mai 1998 Konferenz der Wahlkampf-Beauftragten der neuen Länder bei Generalsekretär Peter Hintze
27. Mai 1998 Präsidium in Bonn
2. Juni 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn
8. Juni 1998 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
10. Juni 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
19. Juni 1998 Konferenz der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder beim Parteivorsitzenden, Schwerin
19. Juni 1998 Aussiedlerbeauftragten-Konferenz
22. Juni 1998 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
22. Juni 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn
23. Juni 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin

25. Juni 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
26. Juni 1998 Wahlkampf-Regionalkonferenz der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saar in Kaiserslautern
26. Juni 1998 Sitzung der Fachkommission „Europa“ des BACDJ
26. Juni 1998 Pressekonferenz zur Vorstellung der Leitsätze des Bundesfachausschusses Innenpolitik „Wege aus der Sucht“
1. Juli 1998 Fachkonferenz „Ostsee“ des Bundesfachausschusses Umweltpolitik in Rostock
6. Juli 1998 Präsidium in Bonn
9. Juli 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
10. Juli 1998 Sitzung von Vorstand und Koordinierungsausschuß des BACDJ, Verabschiedung des Rechtspolitischen Programms des BACDJ 1998 und der 20 Thesen zur Kriminalpolitik sowie Pressegespräch zur Vorstellung des Zwölf-Punkte-Programms zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität
16. Juli 1998 Pressegespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Armin Laschet MdB, zur Vorstellung des Beschlusses „Aufgaben und Stellenwert der NRO in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“
18. Juli 1998 Wahlkampf-Regionalkonferenz des Landesverbandes Sachsen in Dresden
23. Juli 1998 Wahlkampf-Regionalkonferenz des Landesverbandes Baden-Württemberg in Stuttgart
24. Juli 1998 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik
27. Juli 1998 Pressekonferenz in München zur Vorstellung des ersten Teils der gemeinsamen Wahlplattform von CDU und CSU
27. Juli 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
30. Juli 1998 Pressekonferenz des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdB, zur Vorstellung des „Wassersparbuchs“
3. August 1998 Pressekonferenz in Schwerin zur Vorstellung des zweiten Teils der gemeinsamen Wahlplattform von CDU und CSU
4. August 1998 Pressegespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Armin Laschet MdB, zur Vorstellung des Beschlusses „Die soziale Dimension von Entwicklung“

4. August 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
10. August 1998 Präsidium in Bonn
11. August 1998 Konferenz der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder beim Parteivorsitzenden
11. August 1998 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Elmar Brok MdEP, zur Vorstellung des Beschlusses „Die Trennung überwinden - Leitlinien einer Mittelmeerpolitik“
12. August 1998 Pressekonferenz in Bonn zur Vorstellung des dritten Teils der gemeinsamen Wahlplattform von CDU und CSU
13. August 1998 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, Herbert Reul MdL, zum Thema „Qualität sichern - Lernen fördern - Leistung fordern - CDU-Leitsätze für die Schule von morgen“.
13. August 1998 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Europapolitik, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zur „europapolitischen Bedeutung der Bundestagswahl“
13. August 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
17. August 1998 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
19. August 1998 Redaktionsbeirat Union-Magazin
20. August 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
23. August 1998 Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle zum Wahlkampf-Auftakt
25. August 1998 Vorstellung der neuen Offensive „Weniger Steuern - mehr Arbeitsplätze“ mit dem Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages und Mitglied des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik der CDU, Friedrich Merz MdB
25. August 1998 Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
27. August 1998 Pressekonferenz zur Vorstellung des Arbeitsmarktatlases Deutschland durch den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Norbert Blüm MdB, und den Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz MdL

28. August 1998      Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Elmar Brok MdEP, und dem Ausschußmitglied Ruprecht Polenz MdB zur Vorstellung des Beschlusses „12 Thesen zur Zukunft der Euroatlantischen Partnerschaft“
29. August 1998      Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
31. August 1998      Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
1. September 1998    Fachkongreß „Extremismus in Deutschland“, Bonn
10. September 1998    Pressegespräch anlässlich der Vorstellung des Rechtspolitischen Arbeitsbuchs des BACDJ
11. September 1998    Arbeitsgruppe „Wahlkampf“ beim Parteivorsitzenden
14. September 1998    Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
17. September 1998    Informationsgespräch von Generalsekretär Peter Hintze und Lothar Späth mit Wirtschafts- und Verbandsvertretern aus den neuen Bundesländern in Berlin anlässlich des Aktionstages „Blühende Landschaften“
21. September 1998    Präsidium in Bonn
23. September 1998    Pressekonferenz des BACDJ anlässlich des Deutschen Juristentages in Bremen
23. September 1998    Vorstellung der Publikation „Unsere Entwicklungspolitik. Perspektiven für das 21. Jahrhundert“ mit den 15 Beschlüssen des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik aus der 13. Legislaturperiode durch die Ausschußvorsitzende Anne-Karin Glase MdEP sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Armin Laschet MdB und Prof. Dr. Winfried Pinger MdB
27. September 1998    Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sowie Kommunalwahlen in Brandenburg
28. September 1998    Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
5. Oktober 1998        Präsidium in Bonn
6. Oktober 1998        Bundesvorstand in Bonn
21. Oktober 1998      Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
22. Oktober 1998      Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
6. November 1998      Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
7. November 1998      11. Parteitag der CDU Deutschlands in Bonn

## 6. Wahltermine 1999

Bundesland	Wahltermin	Letzte Wahl	Wahlart
Hessen	07.02.1999	19.02.1995	Landtagswahl
Bundesgebiet	23.05.1999	23.05.1994	Bundespräsident
Bremen	06.06.1999	14.05.1995	Bürgerschaftswahl
Bundesgebiet	13.06.1999	12.06.1994	Europawahl
Mecklenburg-Vorp.	13.06.1999	12.06.1994	Kommunalwahl
Rheinland-Pfalz	13.06.1999	12.06.1994	Kommunalwahl
Thüringen	13.06.1999	12.06.1994	Kommunalwahl
Saarland	13.06.1999	12.06.1994	Kommunalwahl
Sachsen	13.06.1999	12.06.1994	Kommunalwahl
Sachsen-Anhalt	13.06.1999	12.06.1994	Kommunalwahl
Brandenburg	05.09.1999	11.09.1994	Landtagswahl
Nordrhein-Westfalen	12.09.1999	16.10.1994	Kommunalwahl
Sachsen	19.09.1999	11.09.1994	Landtagswahl
Baden-Württemberg	24.10.1999	12.06.1994	Kommunalwahl
Berlin	Oktober 1999	22.10.1995	Abgeordnetenhaus und Bezirks- verordnetenversammlung
Saarland	Herbst 1999	16.10.1994	Landtagswahl
Thüringen	Herbst 1999	16.10.1994	Landtagswahl









CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Abteilung: Öffentlichkeitsarbeit  
Konrad-Adenauer-Haus  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn  
E-Mail: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)  
Internet: <http://www.cdu.de>

**Bestell-Nr · 5/118 · H516**